



LAND BRANDENBURG

Versorgungsbericht 2018

Versorgungsbericht 2018

Bericht über die Beamtenversorgung im Land Brandenburg

Herausgeber:

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel.: (03 31) 8 66-6007

E-Mail: pressestelle@mdf.brandenburg.de

Text: Referat 45

Satz: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Druck: Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg

3. Auflage, 100 Exemplare

Bildnachweis: Markus Mainka/fotolia.com (Titel); MdF/Johanna Bergmann (Seite 6)

Das Bemühen um eine verständliche Sprache erfordert mitunter Kompromisse zu Lasten juristischer Detailpräzision. Verbindlich für die steuerliche Beurteilung sind deshalb stets nur die einschlägigen Rechtsgrundlagen. Obwohl diese Broschüre sorgfältig zusammengestellt wurde, kann dennoch keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit übernommen werden.

Diese Informationsschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.



Liebe Leserinnen und Leser,

die stetig steigenden Versorgungsausgaben nehmen eine immer bedeutendere Rolle auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte ein. Um diese Entwicklung im Landeshaushalt abbilden zu können, bedarf es belastbarer Daten und Prognosen, die in dem vorliegenden Bericht zusammengefasst sind. Der Versorgungsbericht 2018 konzentriert sich wie die Vorgängerberichte auf wesentliche Kernaussagen und enthält eine kurz kommentierte Zusammenstellung der aktuellen Daten und Fakten zur Beamtenversorgung. Im Vergleich zum vorherigen Bericht ist der vorliegende Bericht erweitert worden. So sind erstmals umfangreiche Statistiken zur Altersstruktur der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger eingearbeitet worden. Zudem wurden die statistischen Daten zu den Zuruhesetzungsgründen und zur Struktur der Versorgungsbezüge vertieft.

Aus dem Versorgungsbericht 2018 ergibt sich insbesondere, dass die Landesverwaltung noch immer einen relativ hohen Altersdurchschnitt aufweist. Mit der seit dem Jahr 2010 deutlich erhöhten Zahl von Neueinstellungen wird dem weiteren Anstieg des Altersdurchschnitts der Landesverwaltung jedoch entgegengewirkt. Und der Bericht zeigt, welche Ausgaben das Land für die Beamtenversorgung zu erwarten hat. Für einen Teil der künftigen Aufwendungen für Pensionen hat das Land seit 1999 Vorsorge getroffen, diese Mittel sind heute in einem Versorgungsfonds angelegt.

Die öffentliche Verwaltung unterliegt einem ständigen Veränderungsprozess. Weil eine effiziente öffentliche Verwaltung von überragender Bedeutung für ein funktionierendes Gemeinwesen ist und zugleich einen wichtigen Standortfaktor für unser Land darstellt, muss dieser Prozess durch ein modernes Dienstrecht flankiert werden. Dazu gehört nicht zuletzt eine angemessene Absicherung nach dem Ausscheiden aus dem Dienst. Umfassende landesrechtliche Regelungen zur Besoldung und Versorgung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im Land Brandenburg sind bereits im Jahr 2014 in Kraft getreten. Der vorliegende Versorgungsbericht leistet auch einen Beitrag, um diese Regelungen des finanziellen Dienstrechts fortzuentwickeln und damit den dargestellten Bedürfnissen gerecht zu werden.

Ich hoffe, dass die vorliegende Broschüre als Informationsgrundlage für zukünftige haushaltspolitische Entscheidungen dienen und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen Überblick über die Thematik verschaffen kann.

Ihr

Christian Görke
Minister der Finanzen
des Landes Brandenburg

Inhalt

Erläuterung der verwendeten Begriffe	6
I. Grundlagen	8
1. Auftrag	8
2. Datenbasis	8
3. Hinweis auf Geheimhaltung und Rundung	9
II. Rechtentwicklung auf dem Gebiet der Beamtenversorgung bis zum Jahr 2018	10
1. Föderalismusreform	10
2. Beamtenversorgungs- und Besoldungsrecht in Brandenburg	10
3. Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge	10
4. Änderungen im Landesbeamtenrecht	11
III. Personalbestand im aktiven Dienst	13
1. Entwicklung der Anzahl der aktiven Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	13
2. Aufteilung nach Laufbahngruppen, Einstufung und Geschlecht	13
3. Altersstruktur	15
4. Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen	19
5. Aufteilung nach Beschäftigungsumfang	21
IV. Personalbestand der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	23
1. Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	23
2. Aufteilung nach Laufbahngruppen, Art der Versorgung und Geschlecht	25
3. Ruhestandseintrittsalter	28
4. Versorgungszugänge nach Grund der Zuruhesetzung	30
5. Altersstruktur der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	32
6. Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte (§ 27 des Beamtenstatusgesetzes)	33
V. Entwicklung der durchschnittlichen Höhe und Struktur der Versorgungsbezüge	35
1. Höhe und Verteilung der Ruhegehaltssätze	35
2. Höhe der Versorgungsbezüge	38
3. Anzahl und Höhe der Fälle der Mindestversorgung	39
VI. Entwicklung und Prognose zur Höhe der Versorgungsausgaben	44
1. Ausgaben für Versorgungsbezüge	44
2. Beihilfeausgaben für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	46
3. Verhältnis der Versorgungsausgaben zu haushaltsrechtlichen Parametern	47
VII. Einnahmen und Ausgaben durch Versorgungslastenteilung	49
1. Versorgungslastenteilung nach § 107b Beamtenversorgungsgesetz	49
2. Versorgungslastenteilung nach Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag	50

VIII.	Maßnahmen zur Finanzierung der Beamtenversorgung	52
1.	Versorgungsrücklage nach § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes (ab 1. Januar 2014 – § 15 BbgBesG)	52
2.	Versorgungsfonds des Landes Brandenburg	54
3.	Entnahmen aus der Versorgungsrücklage bzw. dem Versorgungsfonds des Landes Brandenburg	57
IX.	Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben für die Beamtenversorgung	59
1.	Wirkungsgleiche und systemkonforme Übertragung von Maßnahmen aus der Rentenversicherung	59
2.	Verlängerung der Lebensarbeitszeit	60
3.	Kostendämpfende Maßnahmen im Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetz	60
4.	Weitere Maßnahmen	60
	Anlagen – Tabellen	62
1.	A 1 Aktive Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nach Laufbahngruppe, Einstufung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016	62
2.	A 2 Aktive Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nach Alter und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016	66
3.	A 3 Aktive Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nach Alter und Bereichen in den Jahren 2014 bis 2016	68
4.	V 2 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Laufbahngruppe, Einstufung, Art der Versorgung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016	73
5.	V 3 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Alter, Art der Versorgung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016	83
6.	V 4/5 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Art des früheren Dienstverhältnisses, Laufbahngruppe, Art der Versorgung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016	90
7.	V 6 Neuzugänge nach Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, Geschlecht und Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2014 bis 2016	95
8.	V 8 Durchschnittsalter bei Einstellung der Zahlung von Ruhegehalt nach Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2007 bis 2016	102
9.	V 9 Durchschnittlicher Ruhegehaltssatz nach Laufbahngruppe, Einstufung und Art der Versorgung für die Jahre 2014 bis 2016	103
10.	V 11 Durchschnittliche Versorgungsbezüge im Monat Januar nach Laufbahngruppe, Einstufung und Art der Versorgung für die Jahre 2014 bis 2016	109
11.	V 12 Neuzugänge wegen Dienstunfähigkeit nach Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2014 bis 2016	115
12.	V 13 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nach Art der Mindestversorgung, Art der Versorgung, Laufbahngruppe und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016	118
13.	V 14 Neuzugänge nach Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, Alter, Geschlecht und Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2014 bis 2016	122

Erläuterung der verwendeten Begriffe

■ Altersgrenze

Gesetzlich bestimmter Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand.

■ Antragsaltersgrenze

Altersgrenze, ab deren Erreichen die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag möglich ist (Allgemeine Antragsaltersgrenze: vollendetes 63. Lebensjahr; Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte: vollendetes 60. Lebensjahr).

■ Besondere Altersgrenze

Regelaltersgrenze für Beamtinnen und Beamte der Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes, des Justizvollzugsdienstes und des feuerwehrtechnischen Dienstes.

■ Besondere Antragsaltersgrenze

Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte der Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes, des Justizvollzugsdienstes und des feuerwehrtechnischen Dienstes, ab deren Erreichen die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag möglich ist (vollendetes 60. Lebensjahr).

■ Empfängerinnen und Empfänger von Waisengeld

Hinterbliebene Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes eine Anwartschaft auf Ruhegehalt oder Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften hatten, soweit sie Waisengeld in Höhe von zwölf Prozent (Halbwaisen), 20 Prozent (Vollwaisen) oder 30 Prozent (Unfallwaisen) des Versorgungsbezugs der oder des Verstorbenen erhalten.

■ Empfängerinnen und Empfänger von Witwen-/Witwergeld

Hinterbliebene Ehegattinnen und Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von

Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes eine Anwartschaft auf Ruhegehalt oder Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften hatten.

■ Hinterbliebene

Empfängerinnen und Empfänger von Witwen-/Witwergeld und Waisengeld.

■ Mindestruhegehalt

Mindestabsicherung im Ruhestand. Die amtsabhängige Mindestversorgung beträgt 35 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Sofern es günstiger ist, steht die amtsunabhängige Mindestversorgung in Höhe von 66,5 Prozent der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4 zu.

■ Referenzaltersgrenze

Für die Berechnung des Versorgungsabschlags maßgebliche Altersgrenze; eine Verminderung des Ruhegehalts wird vorgenommen, wenn die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag oder wegen dauernder Dienstunfähigkeit vor dem Erreichen der Referenzaltersgrenze erfolgt.

■ Regelaltersgrenze

Bis einschließlich Geburtsjahrgang 1948 das vollendete 65. Lebensjahr. Ab dem Geburtsjahrgang 1964 das vollendete 67. Lebensjahr (Ausnahme: Beamtinnen und Beamte mit besonderer Altersgrenze). Bei den Geburtsjahrgängen ab 1949 bis einschließlich 1963 wird die Regelaltersgrenze stufenweise vom vollendeten 65. Lebensjahr auf das vollendete 67. Lebensjahr angehoben.

■ Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger

Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie ehemalige Beschäftigte mit beam-

tenrechtlicher Hauptversorgung aus dem zuvor innegehabten Rechtsverhältnis.

■ Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

Bemessungsgrundlage für die Versorgungsbezüge; dazu zählen das zuletzt mindestens für zwei volle Jahre (Wartefrist aus dem letzten Amt) gezahlte Grundgehalt sowie sonstige Dienstbezüge und im Hochschulbereich gewährte Leistungsbezüge, die nach dem Besoldungsrecht ruhegehaltfähig sind.

■ Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Dienstzeiten im Beamtenverhältnis sowie gegebenenfalls Vordienstzeiten (unter anderem Wehrdienstzeiten, Ausbildungszeiten, Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst), die der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde zu legen sind.

■ Ruhegehaltssatz

Der Ruhegehaltssatz wird aus der Summe der ruhegehaltfähigen Dienst- und Vordienstzeiten ermittelt. Für jedes volle Jahr der ruhegehaltfähigen Dienstzeit beträgt das Ruhegehalt 1,79375 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (Steigerungssatz). Der Höchstruhegehaltssatz wird nach 40 ruhegehaltfähigen Dienstjahren erreicht und beträgt 71,75 Prozent.

■ Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit

Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter auf Lebenszeit sind in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie wegen ihres körperlichen Zustands oder aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) sind.

■ Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Personen mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder beamtenrechtlichen Grundsätzen. Hierzu zählen

in den Ruhestand getretene Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter und deren Hinterbliebene (Witwen, Witwer und Waisen), ehemalige Beschäftigte mit beamtenrechtlicher Hauptversorgung sowie Bezieherinnen und Bezieher von dauerhaften Versorgungsleistungen nach dem Brandenburgischen Ministergesetz.

■ Versorgungslastenteilung

Finanzielle Beteiligung früherer Dienstherren an der späteren Versorgung von Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern. Seit dem 1. Januar 2011 erfolgt die Versorgungslastenteilung bei bund-/länderübergreifenden Dienstherrenwechseln und landesinternen Dienstherrenwechseln auf der Grundlage des Staatsvertrages über die Verteilung von Versorgungslasten (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag).

■ Versorgungsurheberin, Versorgungsurheber

Person, aus deren früheren Dienstverhältnis der Anspruch der Hinterbliebenen auf Versorgung abgeleitet wird.

■ Zurechnungszeit

Bei der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit vor Vollendung des 60. Lebensjahres erhöht sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit um die Zurechnungszeit. Die Zurechnungszeit beträgt zwei Drittel der Zeit zwischen dem Ruhestandsbeginn und dem Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres.

I. Grundlagen

1. Auftrag

Das Ministerium der Finanzen hat dem Ausschuss für Haushaltskontrolle des Landtages in den Jahren 2013 und 2015 die ersten beiden Versorgungsberichte für das Land Brandenburg vorgelegt. Es ist entschieden worden, den Versorgungsbericht erst im Jahr 2018 fortzuschreiben, weil sich durch den um ein Jahr verlängerten Beobachtungszeitraum Entwicklungen und Veränderungen besser erkennen lassen. Mit dem Bericht über die Beamtenversorgung im Land Brandenburg 2018 wird das Zahlenmaterial aus den Jahren 2013 und 2015 fortgeschrieben und aktualisiert.

Der Bericht fasst statistische Daten zur Beamtenversorgung bis zum Ende des Jahres 2016 zusammen. Soweit verfügbar, sind auch Daten aus dem Jahr 2017 herangezogen

worden; dies betrifft insbesondere die Daten der Zentralen Bezügestelle zu den Versorgungsausgaben und zu den Einnahmen und Ausgaben durch Versorgungslastenteilung. Zur Entwicklung der Ausgaben für die Beamtenversorgung wird erstmals eine längerfristige Prognose bis zum Jahr 2027 dargestellt. Die Berechnungen basieren auf den der Landesverwaltung vorliegenden Daten zur Zurruhesetzung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter in den vergangenen Jahren und auf Annahmen für die Entwicklung in den Folgejahren.

Es wird geprüft, die Prognose der Versorgungsausgaben im Versorgungsbericht 2021 durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg durchführen zu lassen. Das Land Berlin verfährt bereits so.

2. Datenbasis

Dem Bericht liegen ganz überwiegend vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg nach bundeseinheitlichen Standards erstellte amtliche Statistiken zugrunde. Quelle für die statistischen Auswertungen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg für die aktiven Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter ist die Personalstandsstatistik, die jährlich zum 30. Juni erhoben wird. Grundlage für die Auswertungen über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ist die Versorgungsempfängerstatistik, die jährlich per 1. Januar erhoben wird.

Ausgewertet wurden Angaben zu den Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern bzw. Versorgungsempfängerinnen und

Versorgungsempfängern des Landes sowie dessen selbstständiger Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Diese Einrichtungen sind die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und die Stiftung Europa-Universität Viadrina.

In die statistischen Darstellungen sind auch Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter einbezogen worden, die ohne Dienstbezüge beurlaubt sind. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Beurlaubungen für eine Tätigkeit außerhalb der Landesverwaltung oder zur Betreuung und Pflege von Kindern oder pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen. In den üblichen Auswertungen der amt-

lichen Personalstandsstatistik werden „ohne Bezüge Beurlaubte“ hingegen nur nachrichtlich ausgewiesen.

Außerdem wurden bei der Erstellung des Versorgungsberichts Daten verwendet, die

von der Zentralen Bezügestelle des Landes Brandenburg und vom Ministerium der Finanzen zusammengestellt und ausgewertet worden sind.

3. Hinweis auf Geheimhaltung und Rundung

Statistische Ergebnisse sind stets Zusammenfassungen der Ausgangsdaten, die sich aus den Angaben zu den einzelnen Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern zusammensetzen. Nur diese zusammengefassten Ergebnisse, die keinen Rückschluss auf personenbeziehbare Einzelangaben ermöglichen, gelangen an die Öffentlichkeit, da nach § 16 des Bundesstatistikgesetzes bzw. § 18 des Brandenburgischen Statistikgesetzes Einzelangaben grundsätzlich geheim zu halten sind. Die Geheimhaltung der diesem Bericht zugrunde liegenden Daten wird durch Rundung der Ergebnisse sichergestellt. Dieses Verfahren führt zu geringen Informationsverlusten. Die Abweichung je ausgewiesenem Datenfeld vom Originalwert beträgt maximal zwei Personen. Dies gilt auch für summierte Werte innerhalb der Tabellen, da diese zunächst unabhängig ermittelt und anschließend gerundet wurden. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass logisch identische Angaben in unterschied-

lichen Tabellen immer mit exakt demselben Wert angegeben werden (tabellenübergreifende Konsistenz). Gegenüber herkömmlichen Geheimhaltungsverfahren müssen bei Rundungsverfahren keine Angaben mehr vollständig gesperrt werden. Durch das Runden der Daten können sich Abweichungen zwischen Tabellenfeldern und deren Summen ergeben. Tabellenfelder, die Durchschnittswerte enthalten und die auf einer tatsächlichen oder gerundeten Fallzahl von 0 beruhen, werden gesperrt und mit „.“ dargestellt.

In den Tabellen werden folgende Zeichen verwendet (Zeichenerklärung):

- 0 = (nach Rundung) nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

II. Rechtsentwicklung auf dem Gebiet der Beamtenversorgung bis zum Jahr 2018

1. Föderalismusreform

Im Rahmen der Föderalismusreform sind die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes und der Länder durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) neu geordnet worden. Seither sind die Länder ausschließlich selbst für die Gestaltung ihres Laufbahn-, Besoldungs- und Versor-

gungsrechts zuständig und können Inhalt und Umfang ihrer Regelungen eigenständig bestimmen. Dabei müssen die in Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes verankerten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums sowie die zum Statusrecht ergangenen bundesrechtlichen Regelungen berücksichtigt werden.

2. Beamtenversorgungs- und Besoldungsrecht in Brandenburg

Der Brandenburgische Gesetzgeber hat mit dem Gesetz zur Neuregelung des brandenburgischen Besoldungsrechts und des brandenburgischen Beamtenversorgungsrechts vom 20. November 2013 (GVBl. I Nr. 32) von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht und die bundesgesetzlichen Regelungen durch eigene, landesrechtliche Regelungen ersetzt. Seit dem 1. Januar 2014 ist die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter in Brandenburg im Brandenburgischen Besoldungsgesetz (BbgBesG) bzw. im Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetz (BbgBeamtVG) geregelt.

Regelungen im Wesentlichen in der Praxis bewährt. Gleichwohl hat sich gezeigt, dass einige Vorschriften inhaltlich und redaktionell überarbeitet oder ergänzt werden mussten. Die danach erforderlichen Änderungen wurden mit dem Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2016 vom 20. Dezember 2016 (GVBl. I Nr. 32) vorgenommen. Dabei wurden unter anderem die Schließung der Versorgungslücke für Beamtinnen und Beamte in einer Altersteilzeitbeschäftigung vorgenommen, die doppelte Anrechnung von Zeiten eines Auslandseinsatzes als ruhegehaltfähige Dienstzeit bestimmt sowie Übergangsregelungen angepasst.

Nach den seit dem Inkrafttreten des Gesetzes gewonnenen Erfahrungen haben sich die

3. Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge

Im Rahmen der Föderalismusreform hat das Land Brandenburg auch die Gesetzgebungskompetenz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge seiner Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und

Richter sowie seiner Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten. In der Folge sind diese Bezüge in Brandenburg durch die Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze vom

21. November 2008 (GVBl. I S. 158), vom 7. Juli 2009 (GVBl. I S. 198), vom 18. Oktober 2011 (GVBl. I Nr. 23), vom 15. Oktober 2013 (GVBl. I Nr. 28), vom 25. September 2015 (GVBl. I Nr. 26) und vom 10. Juli 2017 (GVBl. I Nr. 14) angepasst worden. Die Bezüge sind zuletzt ab 1. Januar 2018 um 2,85 Prozent erhöht worden.

Wegen des Grundsatzes der Akzessorietät der Versorgung zur Besoldung haben die

Anpassungen der Dienstbezüge unmittelbare Auswirkungen auf die Beamtenversorgung, denn die jeweils geltenden Besoldungstabellen werden auch der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde gelegt. So werden die im Vergleich zu den Vorjahren erfolgten überdurchschnittlichen Bezügerhöhungen in den Jahren 2017 und 2018 auch zu einem stärkeren Anstieg der Versorgungsausgaben führen.

4. Änderungen im Landesbeamtenrecht

Der Bund hat von seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz für die Statusrechte und -pflichten der Beamtinnen und Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes mit dem Beamtenstatusgesetz vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010) Gebrauch gemacht, welches am 1. April 2009 in Kraft trat. Die in der Folge notwendigen Änderungen im Landesbeamtenrecht wurden durch das Brandenburgische Beamtenrechtsneuordnungsgesetz vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26) umgesetzt. Die erfolgten Änderungen hatten lediglich mittelbare Auswirkungen auf die Beamtenversorgung.

Einfluss auf die Beamtenversorgung hat das Gesetz über ergänzende Regelungen zur Neuordnung des Beamtenrechts im Land Brandenburg vom 5. Dezember 2013 (GVBl. I Nr. 36). Dieses bestimmt die stufenweise Erhöhung der Regelaltersgrenze für die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter in Brandenburg um zwei Jahre auf das vollendete 67. Lebensjahr ab dem 1. Januar 2014. Die Anhebung der Regelaltersgrenze beginnend mit den Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern des Geburtsjahrganges 1949 wird in 16 Stufen bis zum Abschluss im Jahr 2030 vorgenommen. Die neue Regelaltersgrenze von 67 Jahren

nach § 45 Absatz 1 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes (LBG) greift damit erstmalig für die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter des Geburtsjahrganges 1964.

Ebenfalls stufenweise angehoben werden die besonderen Altersgrenzen für die Beamtinnen und Beamten der Vollzugslaufbahnen (§ 110 LBG). Sie werden im mittleren Dienst vom vollendeten 60. auf das vollendete 62., im gehobenen Dienst vom vollendeten 60. auf das vollendete 64. und im höheren Dienst vom vollendeten 60. auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Mit § 110 Absatz 5 LBG wird für den gehobenen Polizeivollzugsdienst bei Vorliegen besonderer Tätigkeiten (u. a. Tätigkeit im Wechselschichtdienst) eine individuelle Reduzierung der auf das vollendete 64. Lebensjahr angehobenen besonderen Altersgrenze geregelt. Mit der Anhebung der besonderen Altersgrenze im Polizeivollzugsdienst ist mit § 110 Absatz 8 LBG eine neue, besondere Antragaltersgrenze eingeführt worden. Sie liegt beim vollendeten 60. Lebensjahr und entspricht damit der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden besonderen Altersgrenze.

Aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes vom 29. Juni 2018 (GVBl. I Nr. 17) wurden dar-

über hinaus die Höchst- und Mindestaltersgrenzen für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes sowie auch die Altersgrenzen für einen Aufstieg neu geregelt. So wurde u. a. die allgemeine Einstellungshöchstaltersgrenze für die Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes auf das vollendete 40. Lebensjahr festgelegt. Abweichend hiervon wurde die jeweilige Höchstaltersgrenze für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst in den Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes, des allgemei-

nen Vollzugsdienstes und des feuerwehertechnischen Dienstes auf das vollendete 36. Lebensjahr angehoben. Mit der erfolgten Anhebung der Altersgrenzen für den Vorbereitungsdienst soll eine größere Flexibilität bei der Bewerberauswahl von Nachwuchskräften für den öffentlichen Dienst Brandenburgs erreicht werden. Gleichzeitig wurde bei der neuen Ausgestaltung der Einstellungshöchstaltersgrenzen darauf geachtet, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen aktiver Dienstzeit und Dauer der Zahlung der Versorgungsbezüge gewahrt bleibt.

III. Personalbestand im aktiven Dienst

1. Entwicklung der Anzahl der aktiven Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter

Stand am 30.06.	Landesverwaltung und rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform
2005	34.750
2006	34.605
2007	34.395
2008	34.230
2009	33.990
2010	34.050
2011	34.220
2012	34.045
2013	33.325
2014	33.165
2015	33.200
2016	33.710

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

In den Jahren 2005 bis 2014 hat sich ein leichter, aber stetiger Rückgang der Anzahl der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im aktiven Dienst vollzogen. In diesem Zeitraum hat sich der aktive Personalbestand um rund vier Prozent verringert. Ursächlich für den im Vergleich mit der Entwicklung der Anzahl der Tarifbeschäftigten relativ geringen Rückgang der Anzahl der beamteten Beschäftigten ist vor allem die weitere Erhöhung der Verbeamtungsquote in den Schullaufbahnen; damit konnten die zunehmend größer werdenden Altersabgänge kompensiert werden. In den Jahren 2015 und 2016 ist eine Abkehr vom Stellenabbau im Beamtenbereich zu beobachten; die Anzahl der Einstellungen liegt in diesen beiden Jahren über der Anzahl der aus dem Dienst ausscheidenden Personen in einem Beamtenverhältnis.

2. Aufteilung nach Laufbahngruppen, Einstufung und Geschlecht

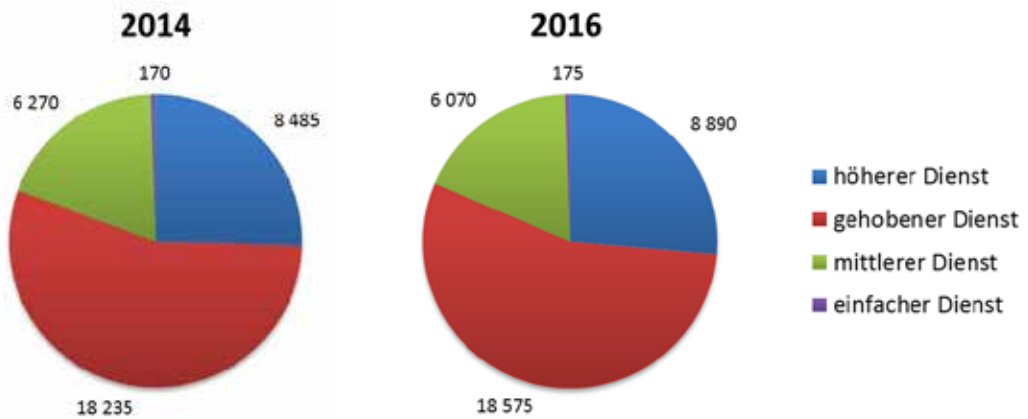
Die als Anlage dem Bericht beigefügte Tabelle A 1 verdeutlicht die Aufteilung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter nach Laufbahngruppen, Einstufung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016.

Nach wie vor stellen die Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 13 den größten Teil des Personalkörpers (fast 40 Prozent im Jahr 2016). Ursächlich

hierfür ist vor allem der hohe Verbeamtungsgrad im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer.

Richterinnen und Richter nach Laufbahngruppen im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2014 kaum verändert hat:

Die folgenden Diagramme zeigen, dass sich die Aufteilung der Beamtinnen, Beamten,

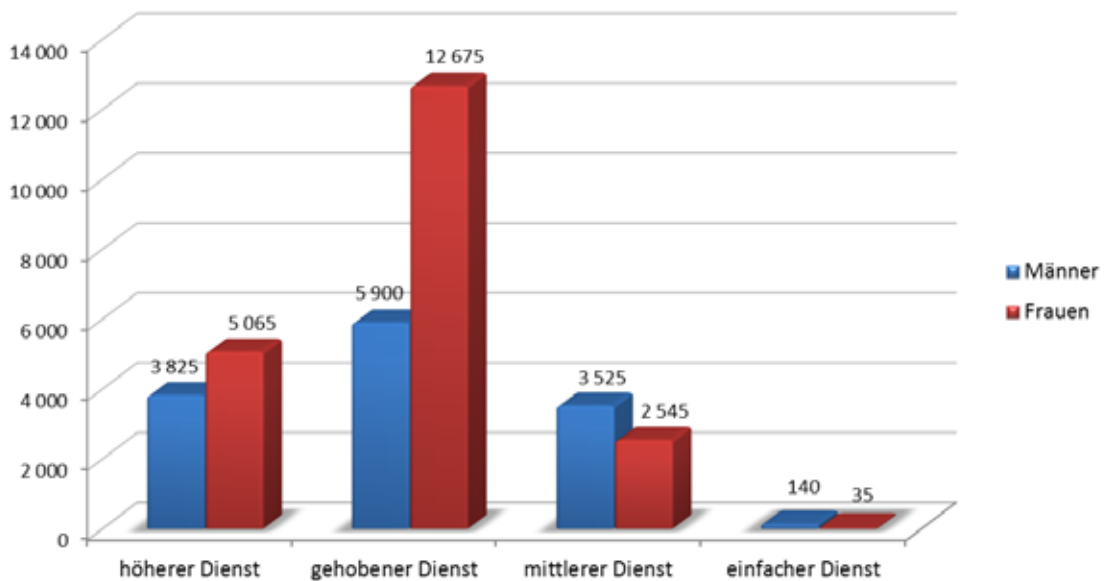


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Die Verteilung nach Geschlechtern ist in den Laufbahngruppen unterschiedlich ausgeprägt. Während im höheren und gehobenen Dienst der Frauenanteil überwiegt, stellen die

Männer im mittleren und einfachen Dienst die meisten verbeamteten Beschäftigten, wie die folgende Übersicht zeigt:

Aufteilung nach Laufbahngruppen und Geschlecht 2016



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

3. Altersstruktur

Aus der als Anlage beigefügten Tabelle A 2 ist die Altersstruktur in der gesamten Landesverwaltung in den Jahren 2014 bis 2016 ersichtlich.

Das Durchschnittsalter aller Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im aktiven Dienst entwickelte sich in den Jahren 2004 bis 2016 wie folgt:

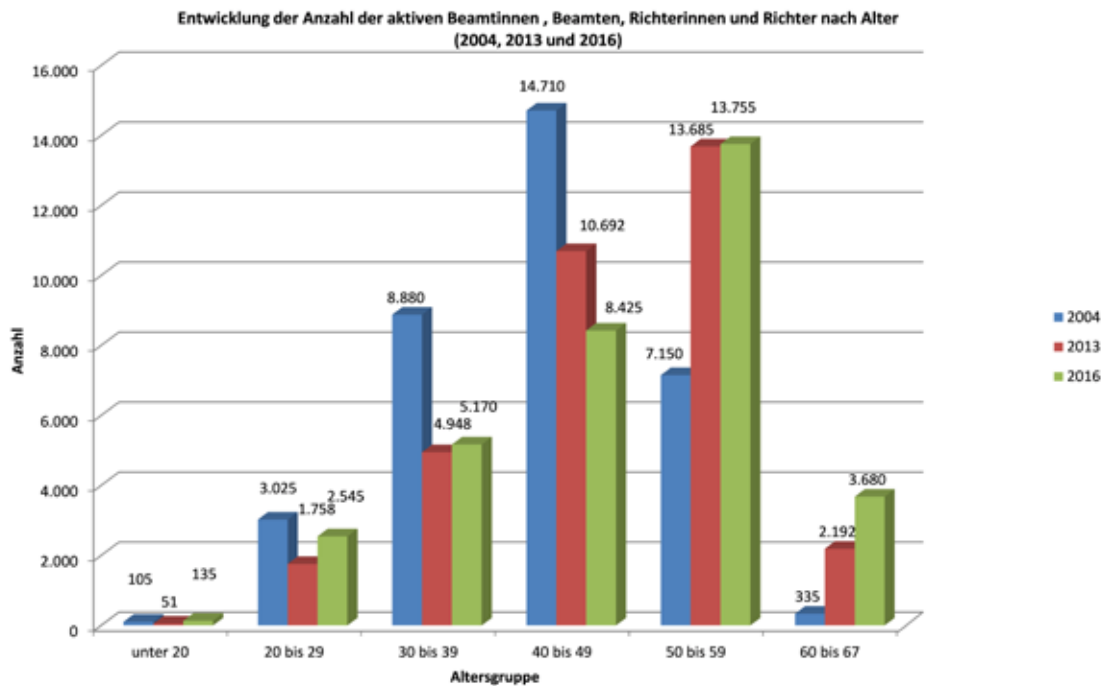
Jahr	Durchschnittsalter
2004	42,4
2007	44,8
2010	46,5
2011	46,9
2012	47,3
2013	47,5
2014	47,7
2015	47,6
2016	47,6

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Zu erkennen ist ein starker Anstieg des Durchschnittsalters der beamteten Beschäftigten in den Jahren 2004 bis 2012. In den Jahren 2013 und 2014 ergab sich nur noch eine leichte Erhöhung; in den Jahren 2015 und 2016 liegt der Wert sogar knapp unter dem des Jahres 2014. Hier wirken sich zum einen die starken Zurruesetzungszahlen der vergangenen Jahre aus. Zum anderen wurde der Anstieg des Durchschnittsalters

der beamteten Beschäftigten durch deutlich steigende Zahlen der Einstellungen in den Landesdienst gestoppt.

Noch immer leicht über dem Durchschnitt der gesamten Landesverwaltung lag im Jahr 2016 das Durchschnittsalter der beamteten Beschäftigten in Bereich der Schullaufbahnen (49,1 Jahre) und im Bereich der Hochschulen (51,6 Jahre). Während im Schuldienst ein leichter Rückgang des Durchschnittsalters gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen ist (minus 0,3 Jahre gegenüber 2014 und 2015), ist im Hochschulbereich wiederum ein leichter Anstieg zu beobachten (plus 0,3 Jahre). Das Durchschnittsalter der beamteten Beschäftigten in den Laufbahnen des Vollzugsdienstes lag hingegen im Jahr 2013 noch bei 44,3 Jahren und ist bis zum Jahr 2016 auf 43,8 Jahre abgesunken. Das nachstehende Schaubild illustriert den Vergleich der Altersstruktur im Jahr 2004 mit der Altersstruktur im Jahr 2016. In der grafischen Darstellung wird eine deutliche Erhöhung der Anteile der Lebensälteren am Personalkörper sichtbar.



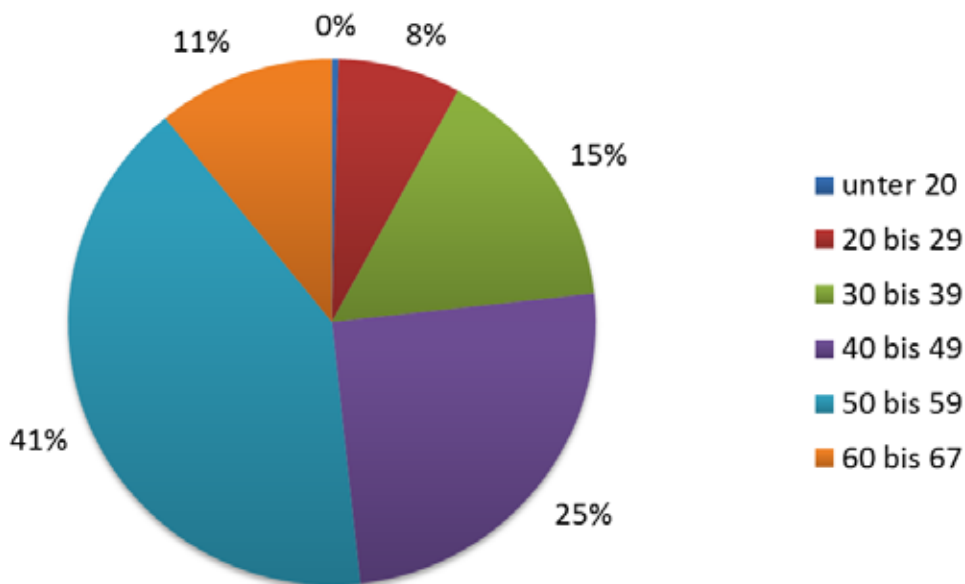
Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

In der jüngeren Vergangenheit ist jedoch eine Trendwende ersichtlich. Im Vergleich der Jahre 2016 und 2013 hat sich die Anzahl der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im Landesdienst, die jünger als 30 Jahre sind, deutlich um 48,7 Prozent erhöht. Am 30. Juni 2016 waren 2.680 Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter im Landesdienst jünger als 30 Jahre. In der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen befanden sich am 30. Juni 2016 5.170 Personen (plus 4,7 Prozent im Vergleich zum Jahr 2013). In der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen waren am 30. Juni 2016 8.425 Personen (minus 21,2 Prozent im Vergleich zum Jahr 2013). Die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen stieg im gleichen Zeitraum nur noch leicht auf 13.755 Personen an (plus 0,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2013).

ren Altersgruppen und lassen erste Erfolge beim Aufbau einer ausgeglicheneren Altersstruktur in der Landesverwaltung erkennen. Gleichwohl mangelt es in der Landesverwaltung Brandenburg – wie auch in den anderen ostdeutschen Ländern – insgesamt noch immer an einer jahrzehntelang gewachsenen und gleichmäßigen Altersstruktur.

Die Zahlen verdeutlichen eine Zunahme der Anzahl der Personen in jüngeren und mittle-

Altersstruktur 2016



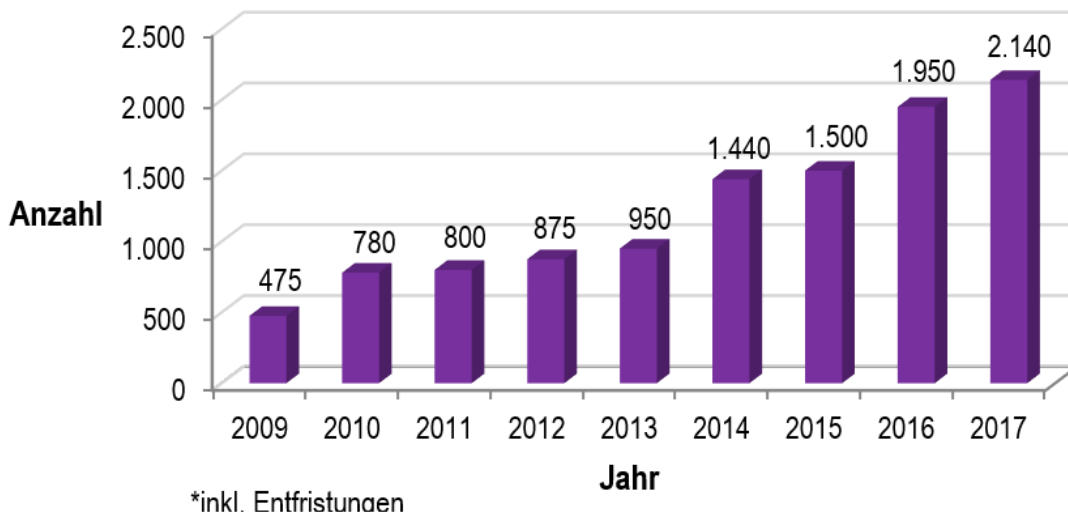
Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

Die unausgewogene Altersstruktur zeigt sich noch immer besonders bei den beamteten Bediensteten, die im Jahr 2016 zwischen 48 und 62 Jahre alt sind: Mit jeweils zwischen 945 und 1.060 Personen pro Jahrgang und insgesamt 19.100 Personen stellen die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter dieser 15 Jahrgänge eine zahlenmäßig sehr starke Personengruppe dar (fast 57 Prozent des verbeamteten Gesamtpersonalbestandes); allerdings hat der Anteil gegenüber dem Jahr 2013 bereits um rund vier Prozent abgenommen. Wenn die beamteten Bediensteten dieser Jahrgänge in den kommenden Jahren nach und nach in den Ruhestand treten, werden sich einerseits ein erheblicher Nachbesetzungsbedarf und andererseits ein enormes Ansteigen der Aufwendungen für Versorgungsbezüge ergeben.

Die seit dem Jahr 2010 deutlich erhöhte Zahl von Neueinstellungen (Beamten- und Tarifbereich zusammen) wirkt dem weiteren

Anstieg des Altersdurchschnitts der Landesverwaltung erkennbar entgegen. Dem nachfolgenden Schaubild sind die Zahlen der dauerhaften Einstellungen einschließlich Entfristungen und der Übernahme von Nachwuchskräften in die Landesverwaltung in den Jahren 2009 bis 2017 zu entnehmen:

Dauerhafte Neueinstellungen in der brandenburgischen Landesverwaltung*



Quelle: Ministerium der Finanzen

Das Land hat also im Jahr 2017 noch einmal deutlich mehr Einstellungen vorgenommen als in den vergangenen Jahren. 2.140 Beschäftigte wurden dauerhaft für die Landesverwaltung neu eingestellt beziehungsweise ihre Beschäftigungsverhältnisse entfristet. Dies waren 190 dauerhafte Einstellungen und Entfristungen mehr als im Jahr 2016. Seit 2010 hat das Land insgesamt fast 10.500 Beschäftigte neu und dauerhaft eingestellt.

Ein Teil der Neueinstellungen entfällt wie in den Vorjahren auf die Nachwuchsstellen, die den Alterungsprozess in der Landesverwaltung dämpfen sollen. Gegenüber Nachbesetzungen besteht dabei der Vorteil, dass Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger so ihre Stelle noch parallel zu den bisherigen Stelleninhaberinnen und -inhabern antreten können, damit Kenntnisse und Erfahrungen weitergegeben werden und ein optimaler Wissenstransfer gesichert ist. Neue Nachwuchskräfte gab es 2017 beispielsweise

für die Polizei, die Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften, die Umwelt- und Straßenverwaltung sowie den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB), zudem für viele Ministerialbereiche. Über 400 Nachwuchsstellen (sogenannte „Tandemstellen“) sind im Haushaltsplan 2018 veranschlagt und an die Ressorts zur Bewirtschaftung ausgereicht. Damit haben die Ressorts seit 2010 rund 750 Nachwuchskräfte eingestellt. Allein für das laufende Jahr 2018 wurden den Ressorts wieder über 70 zusätzliche Nachwuchsstellen zur Verfügung gestellt. Ab dem Doppelhaushalt 2019/2020 sollen die Nachwuchsstellen dauerhaft in den Einzelplänen der Ressorts veranschlagt werden.

Mit der von der Landesregierung am 19. Juli 2016 verabschiedeten Personalbedarfsplanung bis 2020 wurde der personalpolitische Spielraum der Ressorts für Nachbesetzungen und insbesondere zur Gewinnung von Nachwuchskräften gegenüber den bisherigen Planungen noch einmal deutlich erwei-

tert. Zum 31. Dezember 2020 waren insgesamt 1.050 landesfinanzierte Stellen mehr vorgesehen als bisher geplant. Angesichts der Altersabgänge werden in den kommenden Jahren in erheblichem Umfang Neueinstellungen vorzunehmen sein. Dies dient auch dazu, den Generationswechsel in der Landesverwaltung zu gestalten.

Zur weiteren personellen Stabilisierung der Landesverwaltung angesichts vielfältiger

Herausforderungen in den kommenden Jahren ist im Rahmen der Fortschreibung der Personalbedarfsplanung bis zum 31. Dezember 2022 und im Haushaltsplan 2019/2020 ein Stellenmoratorium umgesetzt worden. Mit der Aussetzung der bisher vorgesehenen Einsparauflagen ergeben sich nochmal zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für die Landesverwaltung. Insgesamt können fast 700 Stellen mehr dauerhaft besetzt werden als bisher vorgesehen.

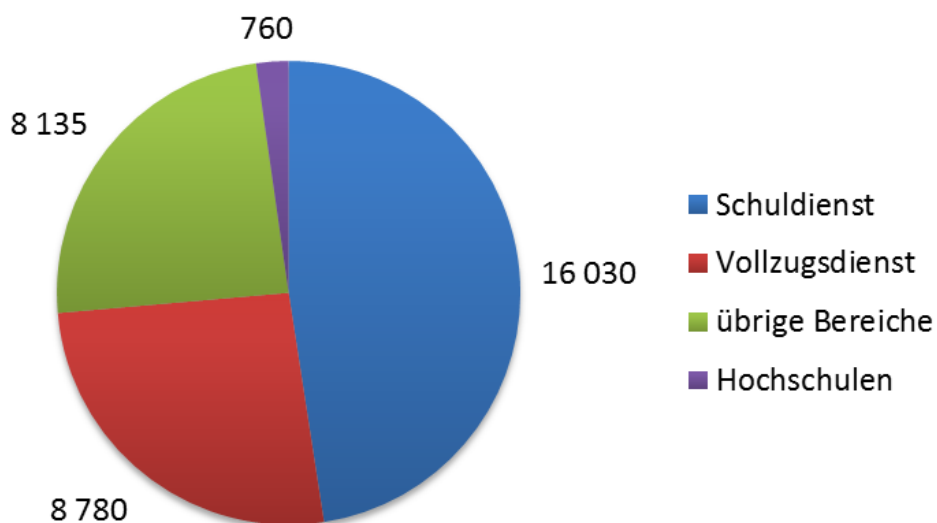
4. Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen

Nach wie vor wird der Personalbestand der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter in der Landesverwaltung von den im Schuldienst eingesetzten Personen dominiert: Zum 30. Juni 2016 waren insgesamt 16.030 Beamtinnen und Beamte im Bereich des Schuldienstes tätig (47,6 Prozent); gegenüber dem Jahr 2013 hat sich ihr Anteil um fast einen Prozentpunkt erhöht. Weitere Schwerpunkte staatlicher Aufgaben liegen in den Bereichen der Inneren Sicherheit, der Justiz und im Wissenschaftsbereich. In den Laufbahnen des Polizei- und Justizvollzugsdienstes arbeiteten zum 30. Juni 2016 insgesamt 8.780 Beamtinnen und Beamte (26 Prozent); gegenüber dem Jahr 2013 hat sich die Zahl der beamteten Vollzugsbediensteten

leicht erhöht (gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent). Im Bereich der Hochschulen des Landes waren zu diesem Zeitpunkt 760 (im Jahr 2013: 720) Beamtinnen und Beamte tätig (2,3 Prozent); der Anteil am gesamten Personalkörper hat sich leicht um 0,1 Prozentpunkte erhöht.

Die Zahl der im Bereich der übrigen Landesverwaltung eingesetzten Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter hat sich von insgesamt 8.270 Personen im Jahr 2013 (24,8 Prozent) auf 8.135 Personen im Jahr 2016 (24,1 Prozent) verringert. Dieser Rückgang verdeutlicht die personalpolitische Schwerpunktsetzung im Bereich Innere Sicherheit und des Personals der Schulen.

Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen Stand 30.06.2016



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

Der nachstehenden Tabelle ist eine Aufteilung des beamteten Personals nach Alter

und Tätigkeitsbereich im Jahr 2016 zu entnehmen:

Aktive Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nach Alter und Bereichen Stand: 30.6.2016					
Alter in Jahren	Insgesamt	Schuldienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen
Durchschnittsalter	47,6	49,1	43,8	48,2	51,6
Insgesamt	33.710	16.030	8.780	8.135	760
unter 20	135	0	110	25	0
20 bis 29	2.545	900	1.315	330	0
30 bis 39	5.170	2.320	1.765	1.025	60
40 bis 49	8.425	3.435	1.990	2.740	260
50 bis 59	13.755	7.125	3.380	2.985	270
60 bis 67	3.680	2.255	225	1.030	170

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

5. Aufteilung nach Beschäftigungsumfang

Ganz überwiegend befinden sich die beamteten Beschäftigten in Vollzeitbeschäftigung. In einer Teilzeitbeschäftigung befanden sich im Jahr 2014 rund 12,6 Prozent (4.170 Personen); die Quote hat sich bis zum Jahr 2016 geringfügig auf 12,8 Prozent (4.300 Personen) erhöht.

Die nachstehende Tabelle zeigt, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Schulbe-

reich mit rund 16,7 Prozent und in den übrigen Bereichen mit rund 16,6 Prozent im Jahr 2016 deutlich über dem Durchschnitt aller Beamtinnen und Beamten liegt. Hierbei ist in den übrigen Bereichen seit 2014 (rund 15,6 Prozent) ein Anstieg zu beobachten, während im Schuldienst prozentual ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist (von rund 17 Prozent in 2014):

Jahr	Bereiche	Beschäftigte am 30.6. des Jahres				
		insgesamt	Vollzeit	Teilzeit	Altersteilzeit	ohne Bezüge beurlaubte
2014	insgesamt	33.165	26.985	4.170	1.410	595
	Schuldienst	15.535	11.685	2.640	930	280
	Vollzugsdienst	8.700	8.305	245	40	110
	übrige Bereiche	8.190	6.330	1.275	430	160
	Hochschulen	735	670	15	5	45
2015	insgesamt	33.200	27.265	4.170	1.070	700
	Schuldienst	15.695	12.035	2.625	680	360
	Vollzugsdienst	8.675	8.275	230	30	140
	übrige Bereiche	8.090	6.295	1.300	350	145
	Hochschulen	745	665	15	5	60
2016	insgesamt	33.710	27.820	4.300	825	770
	Schuldienst	16.030	12.490	2.685	500	355
	Vollzugsdienst	8.780	8.355	250	25	150

Jahr	Bereiche	Beschäftigte am 30.6. des Jahres				
		insgesamt	Vollzeit	Teilzeit	Altersteilzeit	ohne Bezüge beurlaubte
2016	übrige Bereiche	8.135	6.295	1.350	295	200
	Hochschulen	760	680	15	5	60

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Die Anzahl der in einer Altersteilzeitbeschäftigung befindlichen Beamtinnen und Beamten hat aufgrund der auslaufenden Regelung nach § 133 LBG weiter abgenommen. Im Jahr 2014 waren es noch rund 4,3 Prozent

(1.410 Personen); dieser Wert sank im Jahr 2016 auf rund 2,4 Prozent (825 Personen). Im Jahr 2019 werden die letzten Personen aus der längstens zehnjährigen Altersteilzeitphase in den Ruhestand übertreten.

IV. Personalbestand der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

1. Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Der Bestand der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger hat in den zurückliegenden zehn Jahren jeweils um über 10 Prozent jährlich zugenommen. Bis zum Jahr 2015 betrug der Zuwachs jeweils über 15 Prozent, während er danach abflachte. So betrug der Zuwachs am 1. Januar 2017 knapp 13 Prozent (absolut: 1.015 Zahlfälle). Ähnliche Steigerungsraten wiesen die Zahlen der Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger (Versorgungsemp-

fängerinnen und Versorgungsempfänger abzüglich Hinterbliebene) sowie der Empfängerinnen und Empfänger von Witwengeld/Witwengeld auf. Bei den Waisengeldberechtigten war im Laufe der vergangenen zehn Jahre eine Abnahme zu beobachten, wobei sich von 2016 auf 2017 gegen diesen Trend ein Anstieg um 15 auf 175 Zahlfälle ergab. In der nachstehenden Tabelle wird die Entwicklung der Anzahl der Versorgungsfälle in den Jahren 2006 bis 2017 dargestellt.

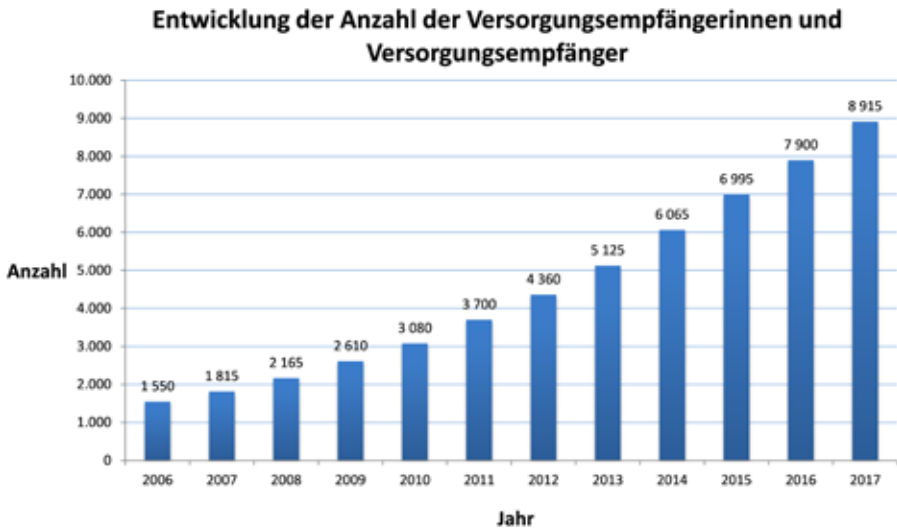
Stand 01.01. ...	Landesverwaltung und rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform			
	Versorgungsfälle	davon Ruhegehalt	davon Witwengeld	davon Waisengeld
2006	1.550	1.095	260	190
2007	1.815	1.320	290	200
2008	2.165	1.660	320	190
2009	2.610	2.060	365	180
2010	3.080	2.480	420	180
2011	3.700	3.085	455	160
2012	4.360	3.690	510	165
2013	5.125	4.390	565	170
2014	6.065	5.295	615	155
2015	6.995	6.155	685	160

Stand 01.01. ...	Landesverwaltung und rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform			
	Versorgungsfälle	davon Ruhegehalt	davon Witwengeld	davon Waisengeld
2016	7.900	6.985	750	160
2017	8.915	7.890	850	175

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger macht in Brandenburg derzeit etwa ein Viertel der Anzahl der Beamtinnen und Beamten im aktiven Dienst aus. Nach den Erfahrungen in den westdeutschen Flächenländern mit jahrzehntelang gewachsenen Personalkörpern kann davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger auf lange Sicht etwa zwei Drittel der Anzahl der aktiven Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter ausmachen wird.¹ Der in Brandenburg zu beobachtende und auch für die kommenden Jahre zu erwartende starke und immer schnellere Anstieg der Anzahl der Versorgungsemp-

fängerinnen und Versorgungsempfänger ist damit Ausdruck der Entwicklung zur Normalität. Die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger wird in den kommenden Jahren solange einen stetig steigenden Anteil ausmachen, bis der Normalzustand einer gewachsenen Versorgungsempfängerzahl erreicht ist. Dieser Zustand dürfte in den Jahren 2030 bis 2035 erreicht sein. Die in den nächsten Jahren das Ruhestandseintrittsalter erreichenden geburtenstarken Jahrgänge, die ab dem Jahr 1991 verbeamtet wurden, werden innerhalb von zehn Jahren mindestens zu einer Verdoppelung der Zahlfälle im Bereich der Beamtenversorgung führen.



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

1 In Bayern beträgt dieser Anteil beispielsweise rd. 60 Prozent und in Nordrhein-Westfalen rund 70 Prozent.

2. Aufteilung nach Laufbahngruppen, Art der Versorgung und Geschlecht

Die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger verteilten sich in den Jahren 2014 bis 2016 wie folgt auf die einzelnen Laufbahngruppen:

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Laufbahngruppe, Art der Versorgung und Geschlecht												
Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungs- verursachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Stand: 1. Januar 2015												
Insgesamt	6.995	4.075	2.925	6.155	3.845	2.310	685	150	535	160	80	80
höherer Dienst	2.040	1.180	860	1.835	1.125	710	170	35	135	35	20	15
gehobener Dienst	2.825	1.425	1.405	2.520	1.315	1.200	255	85	170	55	25	30
mittlerer Dienst	2.110	1.460	650	1.790	1.395	395	255	35	225	70	35	30
einfacher Dienst	15	10	10	10	10	5	5	0	5	0	0	0
Stand: 1. Januar 2016												
Insgesamt	7.900	4.495	3.400	6.985	4.255	2.730	750	160	590	160	80	80
höherer Dienst	2.295	1.290	1.010	2.070	1.225	845	190	40	150	40	25	15
gehobener Dienst	3.245	1.595	1.645	2.905	1.485	1.425	280	90	190	55	25	30
mittlerer Dienst	2.340	1.600	740	1.995	1.535	460	280	35	245	65	30	35
einfacher Dienst	20	10	10	15	10	5	5	0	5	0	0	0
Stand: 1. Januar 2017												
Insgesamt	8.915	4.890	4.030	7.890	4.620	3.270	850	180	670	175	85	90

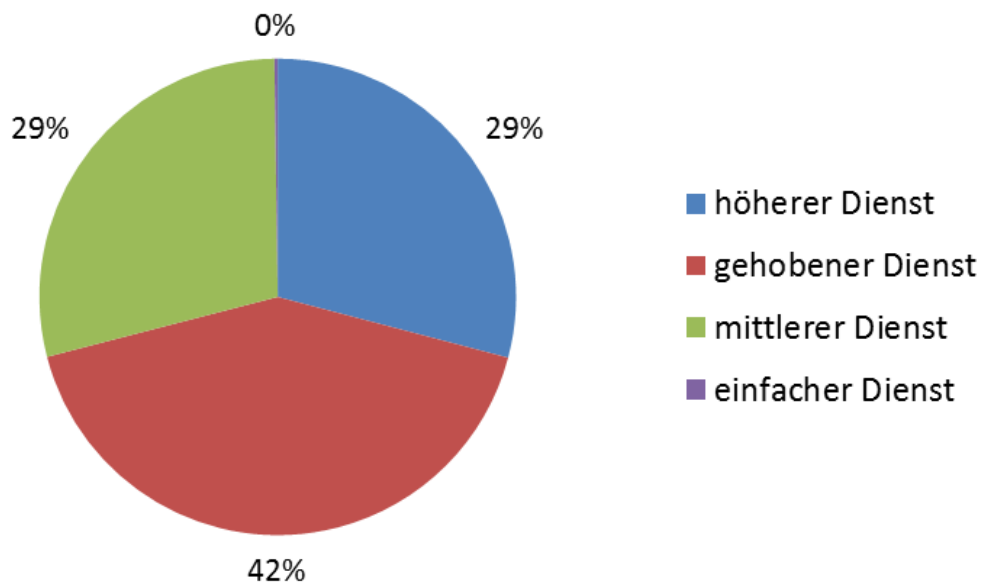
Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Laufbahngruppe, Art der Versorgung und Geschlecht												
Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungs- verursachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
höherer Dienst	2.595	1.410	1.185	2.340	1.345	995	215	45	170	45	25	20
gehobener Dienst	3.730	1.735	1.995	3.345	1.605	1.740	325	100	220	65	25	35
mittlerer Dienst	2.570	1.730	840	2.190	1.660	530	310	35	275	65	35	35
einfacher Dienst	20	10	10	15	10	5	5	0	5	0	0	0

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Zum 1. Januar 2017 erhielten 7.890 der 8.915 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ein Ruhegehalt (88,5 Prozent). Auch dieser Wert verdeutlicht die noch unausgewogene Struktur in diesem Bereich, denn in den westdeutschen Ländern ist der Anteil derer, die ein Ruhegehalt erhalten, etwa zehn Prozentpunkte geringer und die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Hinterbliebenenleistungen (insbesondere Witwengeld) entsprechend höher.

Insbesondere wegen des sehr hohen Verbeamtungsgrades in den Schullaufbahnen beträgt der Anteil der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aus dem gehobenen und höheren Dienst über 70 Prozent (im Jahr 2012 waren es noch 66,0 Prozent). Daraus resultieren entsprechend hohe Zahlbeträge und in der Summe hohe Versorgungsausgaben. Detailliertere Informationen sind der als Anlage beigefügten Tabelle V 4/5 zu entnehmen.

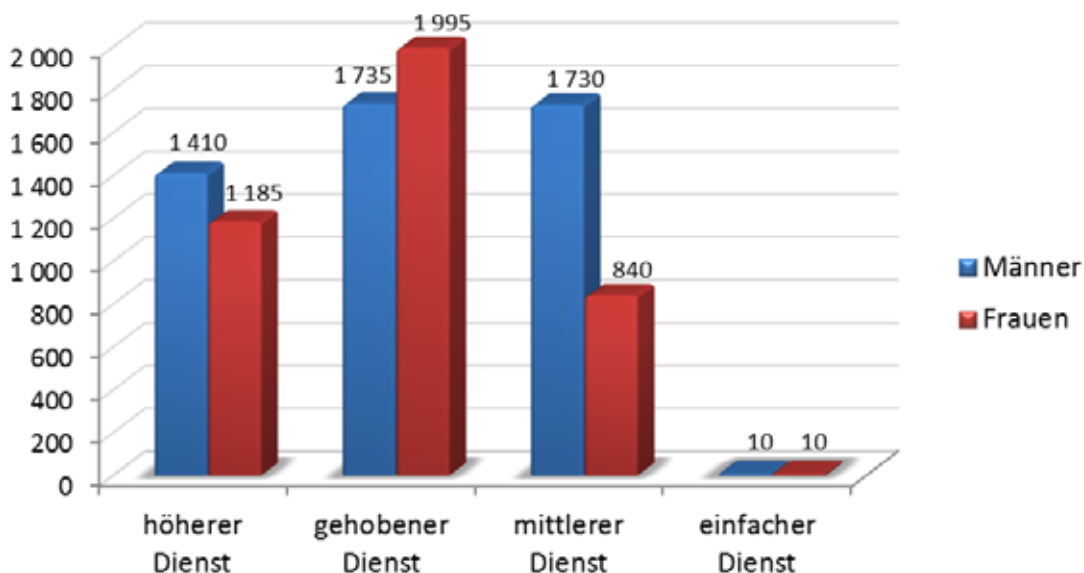
Aufteilung nach Laufbahngruppen Stand 1. Januar 2017



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

Zum 1. Januar 2017 waren rund 45 Prozent der Zahlfälle weiblich (4.030). Die Tatsache, dass die männlichen Versorgungsfälle überwiegen, resultiert aus der Beschäftigtenstruktur im mittleren Dienst (insbesondere Vollzugslaufbahnen). Im mittleren Dienst beträgt der Anteil der weiblichen Versorgungsempfängerinnen lediglich rund ein Drittel (840 von 2.570 Zahlfällen):

Aufteilung nach Laufbahngruppen und Geschlecht Stand 1. Januar 2017



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

3. Ruhestandseintrittsalter

Das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter hat sich in den Jahren 2007 bis 2013 um 3,5 Jahre auf 61,4 Jahre erhöht. Im Jahr 2014 hat dieser Wert mit 61,6 Jahren seinen Höchststand erreicht, um dann in den Jahren 2015 bis 2016 bei 61,5 Jahren zu stagnieren. Diese Entwicklung ist mit Blick auf die seit dem Jahr 2014 stufenweise ansteigenden gesetzlichen Altersgrenzen bemerkenswert, denn es wäre zu erwarten gewesen, dass die Neuregelung eine weitere Erhöhung des durchschnittlichen Ruhestandseintrittsalters bewirken würde. Ursächlich für diese Ent-

wicklung dürften zum einen die angestiegene Anzahl der vorzeitigen Ruhestandseintritte infolge dauernder Dienstunfähigkeit und zum anderen die vor allem im Jahr 2017 deutlich angestiegene Neigung, auf eigenen Antrag vorzeitig in den Ruhestand versetzt zu werden, sein.

Zusammengefasst hat sich das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter für alle Laufbahnen seit dem Jahr 2007 wie folgt entwickelt:

Jahr	durchschnittliches Ruhestandseintrittsalter
2007	57,9
2008	58,8

Jahr	durchschnittliches Ruhestandseintrittsalter
2012	61,0
2013	61,4

Jahr	durchschnittliches Ruhestandseintrittsalter
2009	59,5
2010	59,6
2011	59,8

Jahr	durchschnittliches Ruhestandseintrittsalter
2014	61,6
2015	61,5
2016	61,5

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Weitere Einzelheiten können der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

Art des früheren Dienstverhältnisses	Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger	Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des Ausscheidens					
		Insgesamt	männlich	weiblich	höherer Dienst	gehobener	einfacher und mittlerer
01.01.2015							
Insgesamt	940	61,6	61,6	61,6	63,1	61,7	59,3
Beamtinnen und Beamte im Schuldienst	450	62,4	63,0	62,2	62,8	62,2	•
Beamtinnen und Beamte im Vollzugsdienst	250	59,1	59,4	56,9	60,1	59,5	58,9
Beamtinnen und Beamte in übrigen Bereichen	225	62,5	64,0	61,1	63,8	62,1	60,9
Richterinnen und Richter	15	64,0	65,1	62,8	64,0	•	•
01.01.2016							
Insgesamt	900	61,5	61,4	61,6	63,5	61,7	58,9
Beamtinnen und Beamte im Schuldienst	385	62,5	63,2	62,3	63,0	62,1	•
Beamtinnen und Beamte im Vollzugsdienst	295	59,1	59,4	57,4	61,0	59,2	59,0
Beamtinnen und Beamte in übrigen Bereichen	210	62,9	64,0	61,5	64,7	63,3	58,4

Art des früheren Dienstverhältnisses	Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger	Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des Ausscheidens					
		Insgesamt	männlich	weiblich	höherer Dienst	gehobener	einfacher und mittlerer
Richterinnen und Richter	15	63,2	64,4	61,7	63,2	•	•
01.01.2017							
Insgesamt	965	61,5	61,4	61,6	62,9	61,7	59,4
Beamtinnen und Beamte im Schuldienst	480	62,1	62,5	62,0	62,3	62,0	•
Beamtinnen und Beamte im Vollzugsdienst	255	59,5	59,7	58,5	60,5	60,2	59,2
Beamtinnen und Beamte in übrigen Bereichen	220	62,2	63,5	61,3	64,1	61,9	60,0
Richterinnen und Richter	15	65,0	65,0	65,2	65,0	•	•

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

4. Versorgungszugänge nach Grund der Zuruhesetzung

In den Jahren 2007 bis 2014 hat der Anteil der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen wegen dauernder Dienstunfähigkeit kontinuierlich abgenommen. Im Vergleich der Werte für die Jahre 2007 und 2014 ergab sich etwa eine Halbierung des Anteils von 30,1 auf 15,5 Prozent. Dieser Trend hat sich in den Jahren 2015 mit einem Wert von 16,1 Pro-

zent und 2016 mit einem Wert von 17,6 Prozent nicht fortgesetzt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Jahren 2007 bis 2016:

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl aller Zuruhesetzungen	360	425	445	625	660	735	965	940	900	965
Anzahl der Zuruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit	110	110	110	145	150	125	150	145	145	170

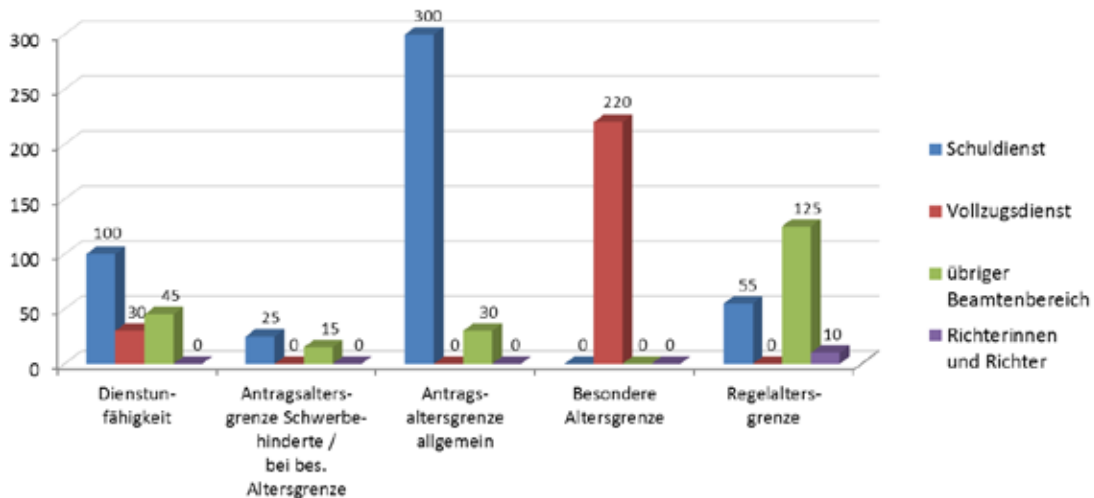
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anteil in Prozent	30,6	25,9	24,7	23,2	22,7	17,0	15,5	15,4	16,1	17,6

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Auffällig war in den Jahren 2014 bis 2016 und insbesondere im Jahr 2017 die stark zunehmende Neigung zum vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand auf eigenen Antrag. Im Jahr 2014 wurde in 290 Fällen von der Möglichkeit des Antragsruhestands Gebrauch gemacht (30,9 Prozent aller Zuruhesetzungen); im Jahr 2015 waren es 285 Fälle (31,7 Prozent aller Zuruhesetzungen); dieser Wert stieg im Jahr 2016 auf 370 an (38,3 Prozent aller Zuruhesetzungen). Ausweislich einer gesonder-

ten Auswertung der Zentralen Bezügestelle erfolgte im Jahr 2017 bereits jeder zweite Ruhestandseintritt auf eigenen Antrag der Betroffenen. Diese Entwicklung führt unweigerlich zu steigenden Versorgungsausgaben. Ursächlich hierfür ist die durch den vorzeitigen Ruhestandseintritt verlängerte Versorgungslaufzeit, die durch den Versorgungsabschlag nicht vollständig kompensiert wird. Zudem ergeben sich Mehrausgaben für die frühere Nachbesetzung der Dienstposten.

Neuzugänge nach Grund der Zuruhesetzung und Bereichen 2016

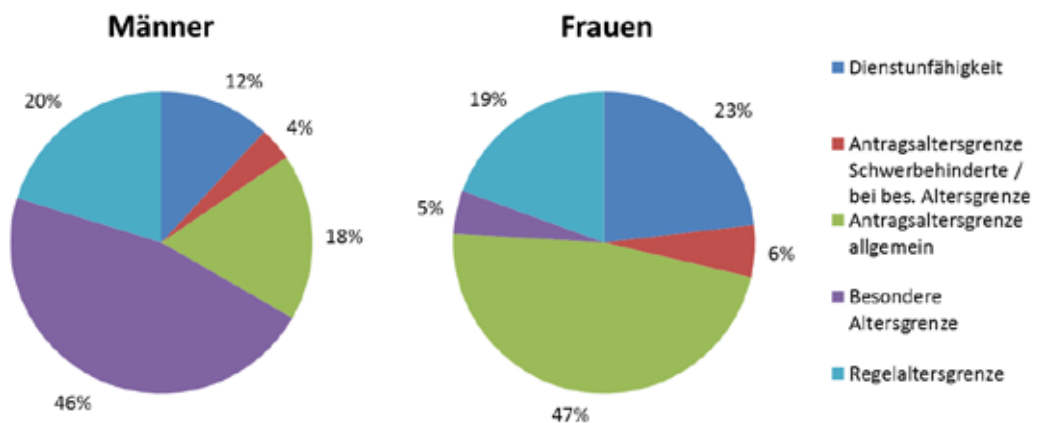
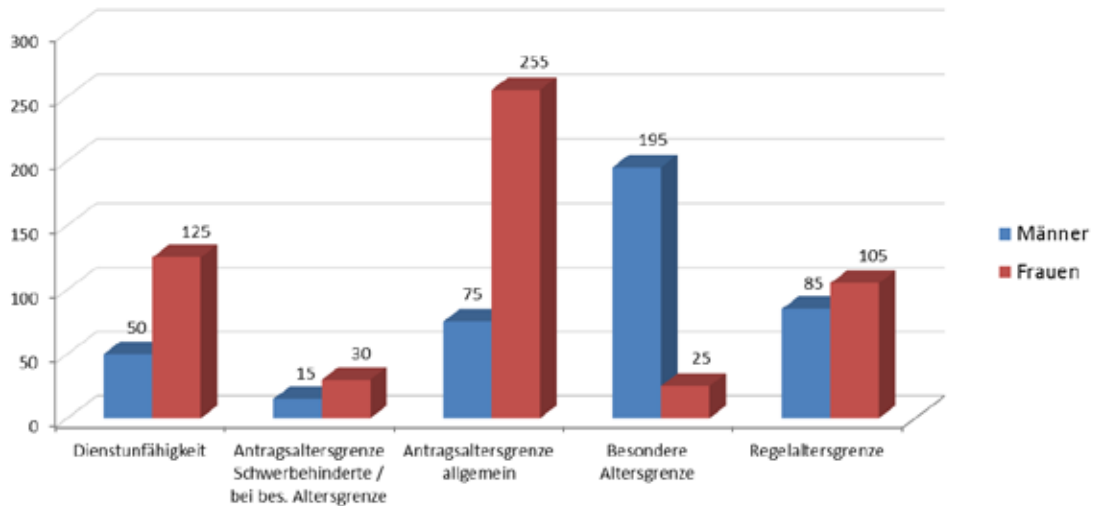


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

Den nachfolgenden Diagrammen ist die Verteilung der Neuzugänge nach dem Grund der Zuruhesetzung und dem Geschlecht zu entnehmen. Deutlich wird, dass die männlichen Beschäftigten wegen des von ihnen dominierten Vollzugsdienstes zu einem sehr großen Teil mit dem Erreichen der für diesen Bereich geltenden besonderen Altersgrenzen in den Ruhestand treten. Die weiblichen Beschäftig-

ten hingegen treten in mehr als der Hälfte der Fälle auf Antrag vorzeitig in den Ruhestand.

Neuzugänge nach Grund der Zurruesetzung und Geschlecht 2016



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

Weitere Einzelheiten können der als Anlage beigefügten Tabelle V 6 „Neuzugänge nach Grund für den Eintritt des Versorgungsfal-

les, Alter, Geschlecht und Art des früheren Dienstverhältnisses“ entnommen werden.

5. Altersstruktur der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

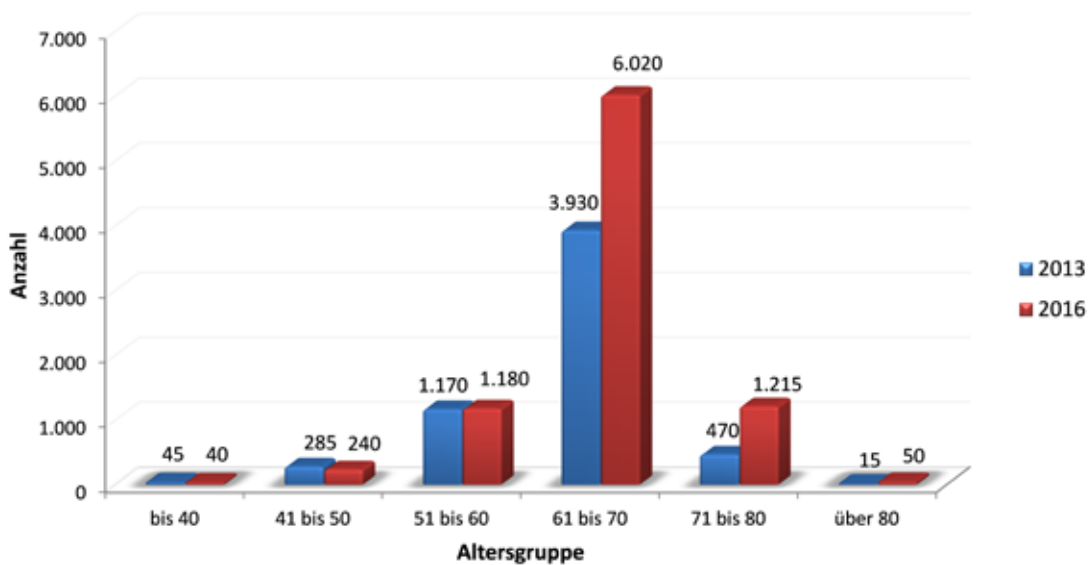
Aufgrund des sich in Brandenburg kontinuierlich aufbauenden Bestands an Pensionärinnen und Pensionären und wegen der zunehmenden Lebenserwartung erhöht sich das durchschnittliche Alter der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Das Durchschnittsalter der Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt hat sich von 63,0 Jahren im Jahr 2012 auf 65,2 Jahre im Jahr 2016 erhöht. Einzelheiten zur Altersstruktur sind der als Anlage beigefügten Tabelle V 3 zu entnehmen. Die Altersstruktur

der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (ohne Empfängerinnen und Empfänger von Waisengeld) ist in dem folgenden Schaubild für die Jahre 2013 und

2016 dargestellt worden. Deutlich zu erkennen ist der stark gestiegene Anteil der 61- bis 70-Jährigen.

Altersstruktur der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den Jahren 2013 und 2016



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

6. Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte (§ 27 des Beamtenstatusgesetzes)

Im Rahmen der zum 1. Januar 2001 wirksam gewordenen Rentenreform wurde das alte System der gesetzlichen Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten durch eine neue Erwerbsminderungsrente abgelöst. Seither besteht unter bestimmten Voraussetzungen nur Anspruch auf eine halbe Erwerbsminderungsrente. Diese Regelung wurde für den Beamtenbereich wirkungsgleich und systemkonform nachvollzogen, indem als Alternative zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit das Rechtsinstitut der begrenzten Dienstfähigkeit geschaffen wurde. Danach soll von der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit abgesehen werden, wenn die Beamtin oder

der Beamte unter Beibehaltung des übertragenen Amtes die Dienstpflichten noch während mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit erfüllen kann. In diesen Fällen ist die Arbeitszeit entsprechend der begrenzten Dienstfähigkeit herabzusetzen.

Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte erhalten nach § 7 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 6 Absatz 1 BbgBesG entsprechend dem Grad ihrer Dienstfähigkeit verminderte Dienstbezüge. Sie erhalten jedoch einen nichtruhegehaltfähigen Zuschlag in Höhe von 50 Prozent des Unterschiedsbetrags zwischen der gekürzten Besoldung und der Besoldung, die nach der regelmäßi-

gen Arbeitszeit zu zahlen wäre (§ 7 Absatz 1 Satz 2 BbgBesG). Die Regelungen zur Teildienstfähigkeit werden versorgungsrechtlich flankiert durch die Bestimmung, dass Zeiten der eingeschränkten Verwendung einer Beamtin oder eines Beamten wegen begrenzter Dienstfähigkeit nach § 27 des Beamtenstatusgesetzes bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres mindestens im Umfang der Zurechnungszeit nach § 23 Absatz 1 Satz 2 BbgBeamtVG ruhegehaltfähig sind.

In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung der Anzahl der Personalfälle mit Teildienstfähigkeit (begrenzte Dienstfähigkeit)

seit dem Jahr 2014 dargestellt. Zu beobachten ist eine deutliche Zunahme der Anwendung der Regelungen zur begrenzten Dienstfähigkeit.

Stichtag	Anzahl
31.12.2014	130
31.12.2015	270
31.12.2016	375
31.12.2017	455

Quelle: Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg

V. Entwicklung der durchschnittlichen Höhe und Struktur der Versorgungsbezüge

1. Höhe und Verteilung der Ruhegehaltssätze

Die Versorgungsbezüge werden auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Bezüge und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet (§ 12 Absatz 3 BbgBeamVG). Das Ruhegehalt wird durch Anwendung eines Prozentsatzes (Ruhegehaltssatz) auf die ruhegehaltfähigen Bezüge ermittelt. Der Ruhegehaltssatz beträgt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,79375 Prozent (sogenannter Steigerungssatz), insgesamt jedoch höchstens 71,75 Prozent. Abweichend davon gilt ein Ruhegehaltssatz von 80 Prozent für Beamtinnen und Beamte, die wegen eines sogenannten qualifizierten Dienstunfalls in den Ruhestand versetzt wurden und denen ein erhöhtes Unfallruhegehalt zusteht.

Die Höhe der Ruhegehaltssätze, die den Versorgungsbezügen zugrunde liegen, nahm im Zeitraum von 2001 bis 2016 bei den Ruhegehältern kontinuierlich ab, wobei sich die Abnahme in den letzten drei Jahren im Zehntelprozentbereich abspielte. Im Jahr 2016 betrug der durchschnittliche Ruhegehaltssatz für ein Ruhegehalt 47,1 Prozent; rein rech-

risch lagen diesem Satz also gut 26 ruhegehaltfähige Dienstjahre zugrunde.

Die Entwicklung verdeutlicht, dass zunehmend Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter in den Ruhestand treten, die nach 1990 als Lebensältere erstmalig in ein Beamtenverhältnis berufen wurden und aufgrund der bis zum Eintritt in den Ruhestand verbleibenden Zeit nur geringere Ruhegehaltssätze erreichen konnten. In den kommenden Jahren ist jedoch zu erwarten, dass sich der Ruhegehaltssatz, der den Ruhegehältern durchschnittlich zu Grunde gelegt wird, ansteigen wird. Auf lange Sicht sind mit Blick auf die Daten der westdeutschen Länder Werte zu erwarten, die etwa 20 Prozentpunkte über den heutigen Durchschnittswerten liegen.

Für die Jahre 2001, 2006 sowie 2011 bis 2016 ist die durchschnittliche Höhe der Ruhegehaltssätze, die den jeweiligen Versorgungsbezügen zugrunde liegen, in der folgenden Tabelle dargestellt.

	durchschnittliche Höhe des Ruhegehaltssatzes bei den Ruhegehältern	durchschnittliche Höhe des Ruhegehaltssatzes beim Witwengeld/Witwergeld	durchschnittliche Höhe des Ruhegehaltssatzes beim Waisengeld
2001	66,4	60,7	61,1
2006	55,6	39,7	42,5
2011	49,3	39,8	45,6
2012	48,6	40,1	46,2

	durchschnittliche Höhe des Ruhegehaltssatzes bei den Ruhegehältern	durchschnittliche Höhe des Ruhegehaltssatzes beim Witwengeld/Witwergeld	durchschnittliche Höhe des Ruhegehaltssatzes beim Waisengeld
2013	47,8	40,7	47,2
2014	47,6	40,8	47,9
2015	47,3	40,9	48,0
2016	47,1	41,3	49,2

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Auch bei der Verteilung der Ruhegehaltssätze spiegelte sich in den vergangenen Jahren der steigende Anteil von erstmalig nach der Wiedervereinigung verbeamteten Personen wider, die zunehmend in den Ruhestand wechseln. Der Anteil der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die den Höchstruhegehaltssatz erreichen, hat von 22 Prozent im Jahr 2008 auf 8,8 Pro-

zent im Jahr 2016 – also um fast zwei Drittel – abgenommen. Im Gegenzug stieg der Anteil der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die auf das amtsunabhängige Mindestruhegehalt angewiesen sind, bis zum Jahr 2012 auf über 26 Prozent an, um in den folgenden Jahren nach und nach auf gut 20 Prozent (Stand: 1. Januar 2017) zu sinken.

Stand am 01.01. ...	erdienter Ruhegehaltssatz (Anteile in Prozent)					
	unter 35 %	35 bis 49,99 %	50 bis 59,99 %	60 bis 69,99 %	70 bis 74,99 %	Höchst- ruhe- gehaltssatz (i. d. R. 75 %)
2008	15,4	10,3	45,8	4,2	2,4	22,0
2009	19,7	9,3	44,5	4,3	2,2	20,0
2010	22,6	9,2	43,1	4,8	2,2	18,1
2011	23,1	11,8	38,2	8,8	2,1	15,9
2012	26,6	13,6	41,4	3,3	1,2	13,9
2013	26,4	17,4	39,1	3,6	1,0	12,6
2014	25,3	23,9	33,0	5,8	0,9	11,2

Stand am 01.01. ...	erdienter Ruhegehaltssatz (Anteile in Prozent)					
	unter 35 %	35 bis 49,99 %	50 bis 59,99 %	60 bis 69,99 %	70 bis 74,99 %	Höchstruhegehaltssatz (i. d. R. 75 %)
2015	23,9	29,0	26,0	10,0	0,8	10,3
2016	23,2	33,0	20,5	13,1	0,7	9,6
2017	20,7	38,7	16,7	14,4	0,6	8,8

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der durchschnittlichen Ruhegehaltssätze der Ruhegehaltsempfängerin-

nen und -empfänger nach Art des früheren Dienstverhältnisses und Geschlecht.

Stand am 01.01. ...	Geschlecht	2015			2016			2017		
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
„Empfänger/-innen von Ruhegehalt“	Insgesamt	6.150	3.840	2.310	6.985	4.255	2.730	7.890	4.620	3.270
	Schuldienst	1.970	540	1.425	2.340	625	1.715	2.815	725	2.090
	Vollzugsdienst	2.655	2.325	335	2.910	2.540	375	3.135	2.715	415
	übriger Beamtenbereich	1.365	865	500	1.560	975	585	1.755	1.055	700
	Richter	160	110	50	170	115	55	185	125	60
	„Angestellte/Arbeiter“	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Stand am 01.01. ...		2015			2016			2017		
Geschlecht		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Ruhegehaltssatz in Prozent	Insgesamt	47,6	49,5	44,3	47,3	49,2	44,3	47,1	49,0	44,6
	Schuldienst	41,8	41,3	42,1	42,1	41,5	42,3	42,6	42,1	42,8
	Vollzugs- dienst	48,3	48,1	49,5	47,9	47,8	49,1	47,6	47,4	49,0
	übriger Beamtenbe- reich	53,2	57,0	46,7	52,8	56,4	46,7	52,6	56,4	46,9
	Richterin- nen und Richter	57,6	61,7	48,5	57,7	62,1	48,7	57,3	61,4	48,6
	„Angestellte/ Arbeiter“	•	•	•	•	•	•	•	•	•

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

2. Höhe der Versorgungsbezüge

Die Höhe der durchschnittlichen monatlichen Ruhegehälter und Witwen-/Witwergelder hat sich in den Jahren 2007 bis 2016 wie folgt entwickelt:

	durchschnittliche Höhe des Ruhegehalts	durchschnittliche Höhe des Witwen-/Witwergeldes
	in Euro	
2007	2.119	812
2008	2.036	811
2009	2.080	840
2010	2.045	851

	durchschnittliche Höhe des Ruhegehalts	durchschnittliche Höhe des Witwen-/Witwergeldes
	in Euro	
2011	2.044	912
2012	1.990	878
2013	2.001	941
2014	2.035	872
2015	2.045	980
2016	2.070	988

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Ruhegehaltfähige Dienstzeiten für erstmalig in ein Beamtenverhältnis Berufene werden grundsätzlich erst ab dem 3. Oktober 1990 angerechnet. Die Struktur der Gruppe der Pensionärinnen und Pensionäre war dadurch jahrelang durch Ostdeutsche geprägt, die über keine geschlossene Berufsbiografie als Beamtin oder als Beamter und damit nur über geringere Versorgungsanwartschaften verfügten. Bei den durchschnittlichen Ruhegehältern ist bis zum Jahre 2012 eine leicht abnehmende Tendenz zu beobachten. Grund hierfür war, dass zunehmend Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter in den Ruhestand traten, die nach 1990 bereits als Lebensältere erstmalig in ein Beamten-

verhältnis berufen worden waren und daher nur in begrenztem Maße ruhegehaltfähige Dienstzeiten erreichen konnten. Seit dem Jahr 2013 steigen die Durchschnittswerte kontinuierlich an, weil nahezu 30 Jahre nach dem Erreichen der deutschen Einheit die Neuzugänge jetzt und in den kommenden Jahren über entsprechend längere Dienstzeiten verfügen. Zu beachten ist, dass dieser Personenkreis in der Regel nicht allein auf die beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge angewiesen ist. Bei diesem Personenkreis setzt sich die Altersversorgung in der Regel aus einem Ruhegehalt und einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zusammen (sogenannte Mischversorgungsfälle).

3. Anzahl und Höhe der Fälle der Mindestversorgung

Die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und der Hinterbliebenen beruht ebenso wie die Besoldung auf dem Alimentationsprinzip. Daher steht den pensionierten Beamtinnen und Beamten eine angemessene Mindestsicherung in Form eines Mindestruhegehalts zu. Unabhängig von der verdienten Versorgung steht mindestens ein Mindestruhegehalt von 35 Prozent der jeweiligen ruhegehaltfähigen Bezüge (amtsabhängiges Mindestruhegehalt) zu. Sollte dies günstiger sein, steht wenigstens ein Mindestruhegehalt in Höhe von 66,5 Prozent aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4 zu (amtsunabhängiges Mindestruhegehalt nach § 25 Absatz 4 BbgBeamtVG).

Das Niveau des amtsunabhängigen Mindestruhegehalts ist in Brandenburg auch im Vergleich mit dem Bund und anderen Ländern sehr hoch; verheirateten bzw. verpartnerten Beamtinnen und Beamten stehen im Jahr 2018 monatlich mindestens rund 1.780 Euro als Ruhegehalt zu. Die Wertigkeit dieser Versorgung wird im Vergleich mit der sog. Standardrente eines gesetzlich Versicherten,

der 45 Jahre lang stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgelts aller Versicherten bezogen hat, deutlich. Die Höhe der Standardrente beläuft sich in den neuen Bundesländern seit dem 1. Juli 2018 auf 1.381,05 Euro (brutto). Das vergleichsweise hohe amtsunabhängige Mindestruhegehalt führt dazu, dass erst ab der Besoldungsgruppe A 13 der sich ergebende Betrag von 35 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (entspricht der amtsabhängigen Mindestversorgung) oberhalb des Betrages des amtsunabhängigen Mindestruhegehalts liegt.

Die Mehrheit der derzeit in den Ruhestand tretenden Beamtinnen und Beamten verfügt später neben dem Ruhegehalt jedoch über eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, welche gemäß § 26 Absatz 5 und § 76 BbgBeamtVG auf die Versorgung angerechnet wird.

Der Anteil der Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten mit Mindestversorgung ist in den drei Jahren, für die jetzt erstmalig Daten erhoben worden sind, vergleichsweise

hoch. Die Auswertung des Datenbestandes zeigt, dass die Bedeutung der Mindestversorgung für die Beamtenversorgung sehr groß ist.

- Im Jahr 2014 bezogen 38,7 Prozent der Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten ein Mindestruhegehalt (2.380 Personen).
- Im Jahr 2015 bezogen 38,4 Prozent der Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten ein Mindestruhegehalt (2.685 Personen).
- Im Jahr 2016 bezogen 38,7 Prozent der Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten ein Mindestruhegehalt (3.055 Personen).

Besonders auffällig ist, dass fast ein Drittel der Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger auf das amtsunabhängige Mindestruhegehalt angewiesen ist. Diese Werte liegen deutlich über den Werten

in westdeutschen Ländern. Ursächlich hierfür ist zum einen die – in allen ostdeutschen Ländern anzutreffende – vereinigungsbedingte Sondersituation, infolge derer ruhegehaltfähige Dienstzeiten für erstmalig in ein Beamtenverhältnis Berufene grundsätzlich erst ab dem 3. Oktober 1990 angerechnet werden. Die Pensionärinnen und Pensionäre aus Ostdeutschland sind in der Regel spät verbeamtet worden und verfügen über keine geschlossene Berufsbiografie als Beamtin oder Beamter und damit nur über geringere Versorgungsanswartschaften. Zum anderen hat das hohe Niveau der amtsunabhängigen Mindestversorgung zur Folge, dass es länger dauert, diese Leistung zu erdienen. Jedoch ist auch hier zu berücksichtigen, dass die Betroffenen in der Regel neben ihrem Ruhegehalt über eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung verfügen.

In der nachstehenden Tabelle sind Daten zur Anzahl und Verteilung der Fälle des Mindestruhegehalts dargestellt.

Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Mindestversorgung											
				keine (Ruhegehalt oberhalb der MV)			amtsunabhängig			amtsabhängig		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
01.01.2015												
Insgesamt	6.995	4.075	2.925	3.970	2.495	1.475	2.510	1.300	1.210	515	275	240
Ruhegehalt	6.155	3.845	2.310	3.770	2.445	1.325	1.950	1.145	805	430	250	180
höherer Dienst	1.835	1.125	710	1.490	935	555	30	10	20	310	180	135
gehobener Dienst	2.520	1.315	1.200	1.425	785	640	980	460	520	115	70	45

Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Mindestversorgung											
	Insgesamt	männlich	weiblich	keine (Ruhegehalt oberhalb der MV)			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
mittlerer Dienst	1.790	1.395	395	855	725	130	930	665	260	5	5	0
einfacher Dienst	10	10	5	0	0	0	10	10	5	0	0	0
sonstige/ Angestellte/ Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
01.01.2016												
Insgesamt	7.900	4.495	3.400	4.540	2.725	1.815	2.820	1.480	1.340	540	290	250
Ruhegehalt	6.985	4.255	2.730	4.300	2.660	1.640	2.230	1.330	900	455	265	190
höherer Dienst	2.070	1.225	845	1.720	1.035	685	30	10	15	320	180	140
gehobener Dienst	2.905	1.485	1.425	1.675	865	815	1.100	535	565	130	85	45
mittlerer Dienst	1.995	1.535	460	905	760	145	1.085	770	315	5	5	0
einfacher Dienst	15	10	5	0	0	0	15	10	5	0	0	0
sonstige/ Angestellte/ Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
01.01.2017												
Insgesamt	8.915	4.890	4.030	5.125	2.910	2.210	3.245	1.690	1.560	545	290	260
Ruhegehalt	7.890	4.620	3.270	4.835	2.830	2.005	2.595	1.525	1.070	460	265	195
höherer Dienst	2.340	1.345	995	1.980	1.155	830	30	10	20	325	180	145
gehobener Dienst	3.345	1.605	1.740	1.930	905	1.025	1.285	620	665	130	85	45

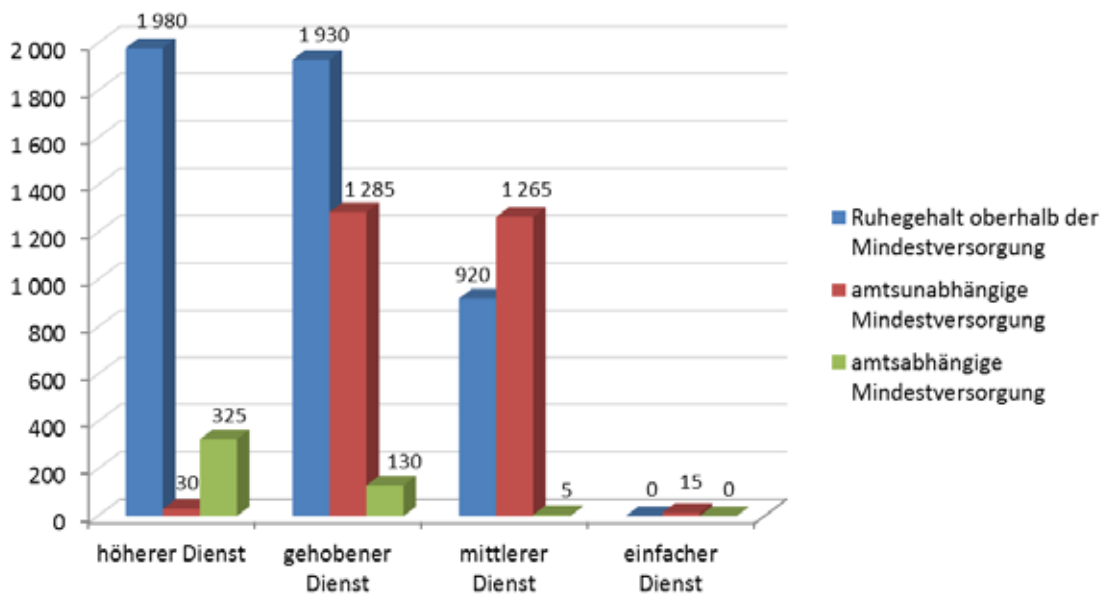
Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Mindestversorgung											
	Insgesamt	männlich	weiblich	keine (Ruhegehalt oberhalb der MV)			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
mittlerer Dienst	2.190	1.660	530	920	770	150	1.265	885	380	5	5	0
einfacher Dienst	15	10	5	0	0	0	15	10	5	0	0	0
sonstige/ Angestellte/ Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Darüber hinaus ist der nachfolgenden Darstellung die Verteilung der beiden Arten der Mindestversorgung bzw. der Ruhegehälter oberhalb der Mindestversorgung in den ver-

schiedenen Laufbahngruppen zu entnehmen. Daraus wird ersichtlich, dass die Anzahl der Mindestversorgungsfälle mit steigender Besoldungsgruppe tendenziell abnimmt.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nach Mindestversorgung und Laufbahngruppe 2016

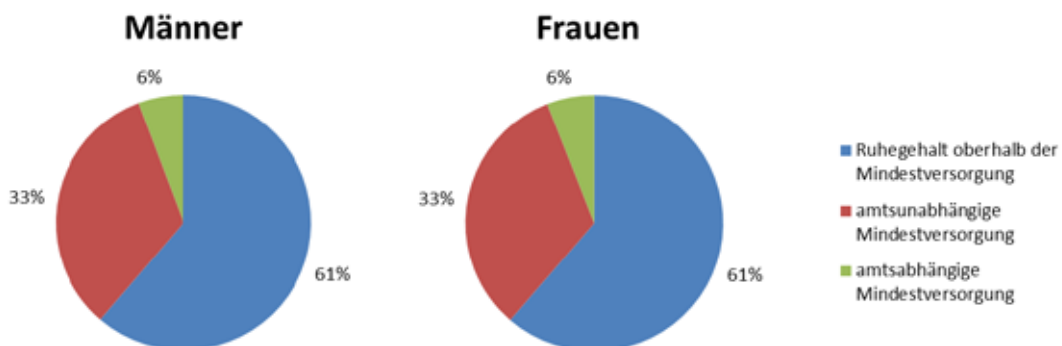
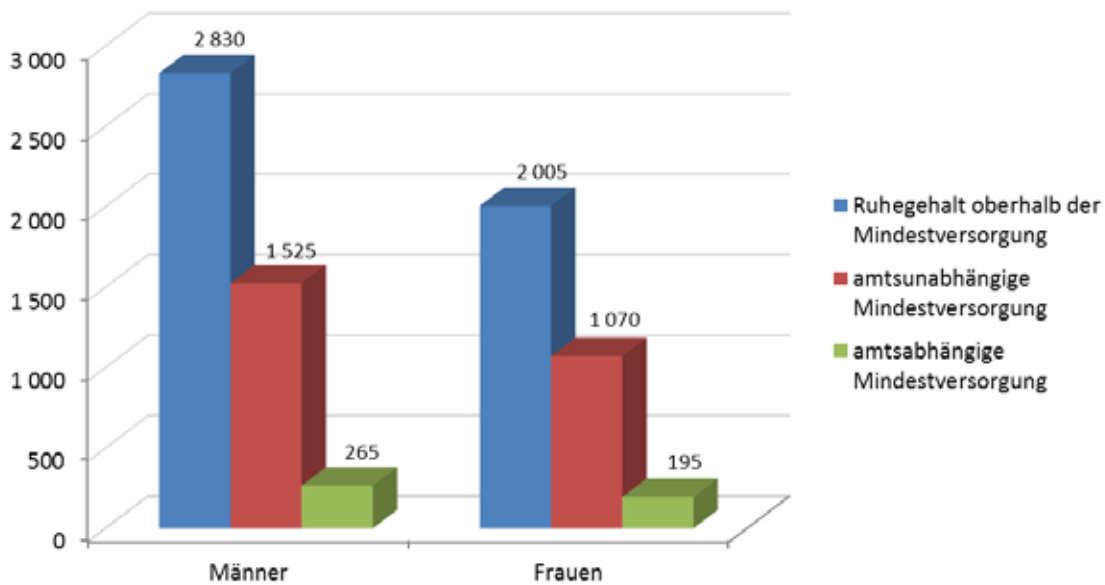


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Die nachfolgenden Diagramme stellen dar, wie sich im Jahr 2016 die Anteile der Mindestversorgungsfälle bei Männern und Frauen verteilen. Es zeigt sich eine exakt gleiche prozentuale Verteilung. Gleichwohl weisen Versorgungsempfängerinnen im Vergleich zu Versorgungsempfängern durchschnittlich einen niedrigeren Ruhegehaltssatz auf

(siehe Tabelle auf Seite 28: Ruhegehaltssatz am 1. Januar 2017, Versorgungsempfängerinnen: 44,6 Prozent, Versorgungsempfänger: 49 Prozent). Dies dürfte an der bei weiblichen Personen höheren Teilzeitquote und an den daraus resultierenden durchschnittlichen ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten liegen.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nach Mindestversorgung und Geschlecht 2016



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Ministerium der Finanzen

VI. Entwicklung und Prognose zur Höhe der Versorgungsausgaben

1. Ausgaben für Versorgungsbezüge

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der Ausgaben für Versorgungsbezüge in den Jahren 1993 bis 2017 dar (nur Gruppe 432 – Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter des Landes Brandenburg):

Jahr	Ausgaben in Euro
1993	159.012
1994	332.851
1995	951.536
1996	1.938.125
1997	3.276.600
1998	4.531.353
1999	5.985.288
2000	8.039.272
2001	10.796.668
2002	10.450.694
2003	15.086.096
2004	19.139.082
2005	29.576.255
2006	34.812.975

Jahr	Ausgaben in Euro
2007	41.864.745
2008	51.265.949
2009	62.399.942
2010	75.379.271
2011	89.562.967
2012	104.633.039
2013	125.409.872
2014	148.282.061
2015	171.209.250
2016	194.982.079
2017	233.638.421

Quelle: Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg

Die Ausgaben für die Beamtenversorgung werden im Landeshaushalt Brandenburg auch in den kommenden Jahren so lange einen stetig steigenden Anteil ausmachen, bis der Zustand einer gewachsenen Anzahl an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern erreicht ist. Das weitere Anwachsen der Versorgungsausgaben beruht in erster Linie auf dem hohen Verbeamtungsgrad sowie auf der Tatsache, dass zunehmend diejenigen Jahrgänge das Ruhestandseintrittsalter erreichen, die aktuell am

stärksten in der Landesverwaltung vertreten sind.

Im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung wurde eine Prognose über die Entwicklung der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2022 erstellt, die für diesen

Bericht bis zum Jahr 2027 fortgeschrieben wurde. Danach werden die Versorgungsausgaben unter Berücksichtigung der Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge bis zum Jahr 2027 voraussichtlich wie folgt ansteigen:



Quelle: Ministerium der Finanzen

Die Prognosezahlen für die Jahre bis 2027 basieren auf Berechnungen des Ministeriums der Finanzen, bei denen eine Reihe von Annahmen zu treffen waren. Ausgangspunkt waren die für die kommenden Jahre vorliegenden Daten der Personalabgangsstatistik.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Fallzahlen der vorzeitigen Eintritte in den Ruhestand auf eigenen Antrag in den Jahren bis 2017 starken und unerwarteten Veränderungen unterlagen. Gesicherte Annahmen für die Zukunft zu diesen für eine solide Versorgungsprognose wichtigen Kennziffern können daher nur schwer getroffen werden. Somit sind die vorgenommenen Berechnungen von einer Reihe von Unabwägbarkeiten gekennzeichnet. Es wird geprüft, die Prognose der Versorgungsausgaben im Versorgungsbericht 2021 durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

durchführen zu lassen. Das Land Berlin verfährt bereits so.

Hinzu kommen strukturelle Besoldungsverbesserungen, die auf lange Sicht auf die Versorgungsausgaben durchschlagen werden. Mit Blick auf die geänderten Vorbildungserfordernisse und zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg wurden durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juli 2017 mit Wirkung vom 1. August 2017 die Ämter der Lehrkräfte mit einer Befähigung für die Sekundarstufe I von BesGr. A 12 nach BesGr. A 13 sowie funktionsbezogene Beförderungsämtter an Grundschulen und in der Primarstufenleitung an Oberschulen und Gesamtschulen angehoben. Aufgrund gestiegener Anforderungen sind weitere besoldungsrechtliche Verbesserungen vorgesehen. Geplant sind Anhebungen bei den Lehrkräften an Grundschulen und für Lehrkräfte mit einer in der ehemaligen DDR

erworbenen Lehrbefähigung sowie bei den Eingangssämtern für den mittleren Polizeivollzugsdienst, den Justizvollzugsdienst und den mittleren Dienst der Steuerverwaltung; zudem soll der Justizwachtmeisterdienst in die Laufbahn des mittleren Dienstes überführt werden. Diese Maßnahmen werden zu

Versorgungsmehrausgaben führen, weil die Berechnung des Ruhegehalts – bei erfüllter Wartefrist aus dem letzten Amt (soweit es sich nicht um das Eingangsamtsamt handelt) – zukünftig mindestens aus den angehobenen Ämtern erfolgt.

2. Beihilfeausgaben für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Der Anspruch auf Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen für die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger einschließlich ihrer Familien leitet sich aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn ab.

Aufgrund der ergänzenden Funktion der Beihilfe erstattet der Dienstherr den Beihilfeberechtigten einen in Prozentsätzen festgelegten Anteil der notwendigen und angemessenen Krankheits-, Pflege- und Geburtskosten. Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger beträgt dieser Bemessungssatz 70 Prozent. Die von den Beihilfezahlungen nicht gedeckten Aufwendungen müssen von den Beihilfeberechtigten durch eine ergänzende private Krankenversicherung abgesichert werden.

Die Ausgaben für die Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhöhten sich im Zeitraum zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2016

von 3,1 Mio. Euro auf 29,9 Mio. Euro. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für die Beihilfe der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sind im gleichen Zeitraum von 1.445 auf 3.317 Euro pro Jahr gestiegen.

Der Anstieg der Beihilfeausgaben für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wurde – außer durch den erheblichen Anstieg der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger – auch durch die stetig steigenden Kosten im Gesundheitswesen und durch die kontinuierlich steigende Lebenserwartung verursacht. Im Vergleich dazu beliefen sich die durchschnittlichen Beihilfeausgaben bei den aktiven Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im Jahr 2016 auf 1.704 Euro (im Jahr 2005 waren es noch 1.203 Euro).

Die Entwicklung der Beihilfeausgaben für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Landesdienst in den Jahren 2005 bis 2016 ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

	Jährliche Ausgaben in Euro	Pro-Kopf Ausgaben in Euro
2005	3.115.274	1.445
2006	3.958.808	1.727

	Jährliche Ausgaben in Euro	Pro-Kopf Ausgaben in Euro
2011	11.287.309	2.713
2012	15.151.700	2.975

	Jährliche Ausgaben in Euro	Pro-Kopf Ausgaben in Euro
2007	4.675.487	2.040
2008	6.484.926	2.568
2009	8.224.328	2.732
2010	9.764.573	2.737

	Jährliche Ausgaben in Euro	Pro-Kopf Ausgaben in Euro
2013	18.452.000	3.052
2014	21.643.251	3.019
2015	24.534.949	3.041
2016	29.863.384	3.317

Quelle: Ministerium der Finanzen

3. Verhältnis der Versorgungsausgaben zu haushaltsrechtlichen Parametern

Die reine Betrachtung der Entwicklung der Versorgungsausgaben lässt keine verlässliche Aussage über die Finanzierbarkeit der Versorgungsausgaben zu. Eine Einschätzung zur haushaltsmäßigen Belastung ist jedoch möglich, wenn die Ausgaben für die Beamtenversorgung ins Verhältnis zu anderen Parametern gesetzt werden. In den Versorgungsberichten wurden daher Angaben zur Entwicklung verschiedener Belastungsquoten in den Jahren 2015 bis 2017 aufgenommen: die Versorgungs-Steuer-Quote, die Versorgungs-Haushalts-Quote und die Personalausgabenquote.

Die Versorgungs-Steuer-Quote stellt die Versorgungsausgaben einer Periode als Prozentsatz der jeweiligen Steuereinnahmen des Jahres dar. Über den Zeitablauf betrachtet gibt diese Quote Auskunft darüber, wie sich die Inanspruchnahme der Steuereinnahmen durch die Versorgungsausgaben verändert. Die Versorgungs-Steuer-Quote belief sich im Jahr 2015 auf 2,66 Prozent und erhöhte sich bis zum Jahr 2017 auf 3,19 Prozent.

Die Versorgungs-Haushalts-Quote gibt das in Prozent ausgedrückte Verhältnis der Versorgungsausgaben zu den bereinigten Aus-

gaben des Landeshaushalts wieder. Die Versorgungs-Haushalts-Quote betrug im Jahr 2015 1,70 Prozent und erhöhte sich bis zum Jahr 2017 auf 2,18 Prozent.

Die Personalausgabenquote beschreibt den Anteil der Personalausgaben einschließlich der Versorgung an den Gesamtausgaben. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben belief sich im Jahr 2015 auf 23,3 Prozent und stieg bis zum Jahr 2017 leicht auf 24,4 Prozent an.

Die Daten zu den dargestellten Parametern verdeutlichen eine derzeit noch unterdurchschnittliche Belastung des Haushalts in Brandenburg durch die Ausgaben für die Beamtenversorgung. In den westdeutschen Bundesländern sind die Werte für die Versorgungs-Steuer-Quote und die Versorgungs-Haushalts-Quote etwa dreifach so hoch; die Personalausgabenquote beträgt in vielen westdeutschen Ländern fast das Doppelte des Wertes in Brandenburg. In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung der erläuterten Parameter zusammengefasst dargestellt.

	in Mio. Euro in Prozent		
	2015	2016	2017
Versorgungsausgaben (Obergruppe 43) (ohne Beihilfen, Unterstützungen und dgl.)	177,7	203,1	242,6
Steuereinnahmen (Hauptgruppe 0 ohne Obergruppe 09)	6.681,4	7.219,4	7.609,7
Versorgungs-Steuer-Quote	2,66 %	2,81 %	3,19 %
Bereinigte Ausgaben	10.461,5	10.716,7	11.114,9
Versorgungs-Haushalts-Quote	1,70 %	1,90 %	2,18 %
Personalausgabenquote (bezogen auf HGr. 4)	23,3 %	23,8 %	24,4 %
Gesamte Personalausgaben (Hauptgruppe 4 zzgl. Verlagerungen)	3.002,4	3.117,0	3.306,1
Anteil Versorgungsausgaben an Personalausgaben (Gesamt)	5,92 %	6,52%	7,34 %

Quelle: Ministerium der Finanzen

VII. Einnahmen und Ausgaben durch Versorgungslastenteilung

1. Versorgungslastenteilung nach § 107b Beamtenversorgungsgesetz

Bei der Festsetzung der Versorgungsbezüge sind auch ruhegehaltfähige Dienstzeiten zu berücksichtigen, die von den Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern im Dienst früherer Dienstherrn geleistet worden sind. Nach einem Dienstherrnwechsel hat der letzte Dienstherr für die gesamten Versorgungsanswartschaften aufzukommen und die volle Versorgung zu tragen.

Eine erste Regelung zur Versorgungslastenteilung wurde rückwirkend zum 3. Oktober 1990 in § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) getroffen, nachdem eine Reihe von erfahrenen und auch teilweise lebensälteren Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern in das Beitrittsgebiet gewechselt waren und ihre Versorgungsanswartschaften von den Dienstherrn der ostdeutschen Länder übernommen werden mussten. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1994 schuf der Bundesgesetzgeber eine

allgemeine Versorgungslastenteilungsregelung, die bundesweit alle Dienstherrn – einschließlich der ostdeutschen Länder – erfasste. Die seinerzeit getroffene Regelung sah eine Teilung der Versorgungslasten zwischen dem aufnehmenden und dem abgebenden Dienstherrn vor, der grundsätzlich das Verhältnis der beim abgebenden Dienstherrn zu den beim aufnehmenden Dienstherrn abgeleisteten ruhegehaltfähigen Dienstzeiten zugrunde lag. Erstattungspflichtig war der frühere Dienstherr jedoch erst nach dem Eintritt des Versorgungsfalls.

Die in den Jahren 2002 bis 2017 entstandenen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der Versorgungslastenteilung nach § 107b BeamtVG sind nachstehend aufgeführt. Aus der Darstellung ist ersichtlich, dass in den vergangenen Jahren ein bedeutender Teil der Versorgungsausgaben refinanziert werden konnte.

Jahr	Einnahmen in Euro	Ausgaben in Euro
2002	4.945.052	19.116
2003	6.173.871	79.421
2004	5.443.484	30.597
2005	9.882.321	31.284
2006	9.088.110	46.772
2007	8.771.520	37.625

Jahr	Einnahmen in Euro	Ausgaben in Euro
2010	9.710.246	400.574
2011	13.080.362	403.346
2012	8.694.695	403.652
2013	12.239.199	361.460
2014	13.957.224	586.019
2015	11.308.107	747.727

Jahr	Einnahmen in Euro	Ausgaben in Euro
2008	8.545.733	64.896
2009	8.901.410	114.593

Jahr	Einnahmen in Euro	Ausgaben in Euro
2016	13.837.084	505.166
2017	11.920.972	490.599

Quelle: Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg

2. Versorgungslastenteilung nach Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Wegen der unterschiedlichen Entwicklung des Dienstrechts im Bund und in den Ländern als Folge der Föderalismusreform I im Jahr 2006 waren gemeinsame Regelungen für eine verursachungsgerechte Verteilung der Versorgungslasten bei dienstherrenübergreifenden Versetzungen erforderlich, um die Mobilität der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter zu gewährleisten. Das frühere Recht der Versorgungslastenteilung wurde grundlegend neu konzipiert: Der abgebende Dienstherr beteiligt sich an den Versorgungslasten nicht erst beim Eintritt des Versorgungsfalls, sondern leistet dem aufnehmenden Dienstherrn bereits zum Zeitpunkt des Dienstherrnwechsels eine pauschalierte Kapitalabfindung für die erworbenen Versorgungsanswartschaften in Form einer Einmalzahlung.

§ 107b BeamtVG ist am 1. Januar 2011 durch den zwischen Bund und Ländern geschlossenen Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag ersetzt worden. Nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag gelten auch für die bis zum 31. Dezember 2010 begründeten Erstattungsansprüche seit 2011 ausschließlich die Regelungen des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages. Die Modalitäten der Erstattungen für die Altfälle orientieren sich aber an der früheren Regelung nach § 107b BeamtVG.

Die Gesamthöhe der Einnahmen und Ausgaben aus der Neuregelung der Versorgungslastenteilung hängt davon ab, wie viele Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter zum Dienstherrn Land Brandenburg wechseln bzw. ihn verlassen. Eine negative Wechselbilanz führt per Saldo zu Mehrausgaben. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass mit jedem Weggang auch ein späterer Anspruch auf Versorgungsbezüge gegen das Land entfällt. Abgesehen vom Jahr 2011 hat sich bisher in jedem Jahr eine positive Wechselbilanz für den Dienstherrn Land Brandenburg ergeben. Die Einnahmen und Ausgaben in den Jahren nach dem Inkrafttreten des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages sind nachfolgend dargestellt:

Jahr	Einnahmen in Euro	Ausgaben in Euro
2011	1.682.262	3.243.881
2012	9.330.150	7.330.569
2013	9.770.025	6.718.993
2014	12.282.611	7.234.572
2015	13.159.603	8.844.858
2016	12.439.615	5.326.373

Jahr	Einnahmen in Euro	Ausgaben in Euro
2017	13.805.454	7.183.131

Quelle: Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg

Die Einnahmen aus der Versorgungslastenteilung sind den Jahren 2011 bis 2017 stetig angestiegen. In allen Jahren außer im Jahr 2011 lagen die Ausgaben unter den jeweiligen Einnahmen. Ursächlich hierfür ist, dass die Zahl der nach Brandenburg wechselnden Beamtinnen und Beamten über der Zahl derer lag, die das Land zu einem anderen Dienstherrn verlassen haben.

VIII. Maßnahmen zur Finanzierung der Beamtenversorgung

1. Versorgungsrücklage nach § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes (ab 1. Januar 2014 – § 15 BbgBesG)

Die Ausgaben für die Versorgung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter werden grundsätzlich aus den Gesamteinnahmen des Landeshaushaltes finanziert. Abgeleitet aus dem verfassungsrechtlich abgesicherten Alimentationsprinzip hat dieser Personenkreis selbst keine Beiträge zu seiner Alterssicherung zu erbringen. Ab dem Jahr 1999 verpflichtete § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes Bund und Länder zur Bildung einer Versorgungsrücklage aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen um jeweils 0,2 Prozentpunkte. Zur Durchführung dieser Vorschrift regelte das Brandenburgische Versorgungsrücklagengesetz die Schaffung von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg“. Damit ergab sich für die Beamtinnen, Beam-

ten, Richterinnen und Richter eine faktische Eigenbeteiligung an ihrer Versorgung. Im Zeitraum von 2003 bis 2012 war die Regelung ausgesetzt, um eine Doppelbelastung durch die in diesem Zeitraum durchgeführte achtstufige Absenkung des Versorgungsniveaus („Riester-Treppe“) zu vermeiden. In den Jahren 2013 bis 2017 leisteten die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter wieder Beiträge zur Versorgungsrücklage, mit deren Hilfe künftige Versorgungsausgaben gedämpft werden können.

Der Vermögensbestand in der Versorgungsrücklage belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 245,9 Mio. Euro. Die Zuführungen zur Versorgungsrücklage sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

jährliche Zuführungen	Stiftung Preußische Schlösser	Land BRB ZBB Cottbus	Deutsche Rentenversicherung Berlin/Brandenburg	Gesamt	Vermögensbestand zum 31.12. des Jahres*
Jahr	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1999	0	961	3	964	983
2000	0	1.845	5	1.851	2.867
2001	1	3.826	12	3.840	6.767
2002	3	7.627	18	7.648	14.833
2003	0	5.236	20	5.257	20.768

jährliche Zuführungen	Stiftung Preußische Schlösser	Land BRB ZBB Cottbus	Deutsche Rentenversicherung Berlin/Brandenburg	Gesamt	Vermögensbestand zum 31.12. des Jahres*
Jahr	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
2004	3	6.916	25	6.944	28.750
2005	3	6.972	27	7.002	37.264
2006	4	7.186	24	7.214	46.124
2007	4	7.144	950	8.098	56.258
2008	4	7.523	186	7.714	66.414
2009	5	7.732	179	7.916	77.169
2010	5	9.373	242	9.620	91.143
2011	6	9.554	249	9.808	104.737
2012	7	10.732	293	11.032	119.028
2013	7	11.100	284	11.391	134.863
2014	8	17.880	388	18.275	158.104
2015	8	17.774	368	18.151	180.884
2016	9	28.153	517	28.679	213.991
2017	11	27.523	473	28.007	245.860
2018**	13	5.296	80	5.389	
Gesamt:	102	200.355	4.343	204.799	

* Daten der jährlichen Haushaltsrechnung. Bis 2006 sind nur Zuführungen der Mandanten als Einnahmen dargestellt. Ab 2007 sind zusätzlich die Bestandsveränderungen durch den WP-Handel (E/A) mit in der HHR enthalten.

** Bei den Zuführungen im Jahr 2018 handelt es sich um die Restzuführung aus der endgültigen Abrechnung der Zuführungsbeträge für das Jahr 2017.

Quelle: Ministerium der Finanzen

Die Regelung zur Zuführung der Mittel zur Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz (BbgVRG) war gemäß § 15 Absatz 2 BbgBesG bis zum 31. Dezember 2017 befristet.

Mit dem Gesetz über die Aufhebung des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 20. Dezember 2016 wurde die Auflösung der Versorgungsrücklagen im Land Brandenburg mit Wirkung vom 31. Dezember 2017 bestimmt. Die brandenburgischen Vorsorgesysteme wurden kon-

zentriert, indem die bis dahin im Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg“ angesammelten Vermögenswerte in das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Brandenburg“ übertragen wurden. Dadurch wurde der Versorgungsfonds gestärkt und die Vorsorge für die steigenden Versorgungszahlungen in nur einem Sondervermögen transparenter und effizienter gestaltet. Nach der Übertragung werden die Vermögenswerte der ehemaligen Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg gesondert vom restlichen Vermögen des Versorgungsfonds ausgewiesen.

2. Versorgungsfonds des Landes Brandenburg

Zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen des Landes Brandenburg wurde neben dem Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg“ ein Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Brandenburg“ errichtet. Damit sollen die Versorgungsanwartschaften des Personenkreises finanziert werden, dessen Versorgungsanwartschaften auf einem erstmals nach dem 31. Dezember 2008 begründeten Beamten-, Richter- oder Amtsverhältnis beruhen. Für Anwartschaften, die bereits vor dem 1. Januar 2009 begründet worden sind, erfolgt eine Teilfinanzierung (§ 2 Absatz 1 des Brandenburgischen Versorgungsfondsgesetzes – BbgVfG). Die dem Sondervermögen zugeführten Mittel einschließlich der Erträge sind unter Wahrung der Anlagegrundsätze Sicherheit, Liquidität und Rendite anzulegen. Näheres dazu ist in den Anlagerichtlinien geregelt. Zum 31. Dezember 2017 belief sich der im Versorgungsfonds angesammelte Vermögensbestand auf 573,1 Mio. Euro.

Die Zuführungen zum Versorgungsfonds für die nach dem 31. Dezember 2008 neu eingestellten Beamtinnen, Beamten, Richterinnen

und Richter des Landes erfolgten bis zum 31. Dezember 2016 grundsätzlich als Prozentsatz der jeweiligen ruhegehaltfähigen monatlichen Dienstbezüge.

Aufgrund des Gesetzes über die Aufhebung des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 20. Dezember 2016 wurden die Zuführungsregelungen geändert. Seit dem 1. Januar 2017 können dem Sondervermögen für alle aktiven Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter Mittel nach Maßgabe des Haushaltes zugeführt werden.

Die Änderungen sind aufgrund der jüngeren Entwicklungen am Kapitalmarkt und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels erfolgt. Die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wird zukünftig weiter stark ansteigen, während kapitalbasierte Vorsorgesysteme im aktuellen Niedrigzinsumfeld kaum noch die notwendigen Renditen erzielen, um zukünftige Versorgungsausgaben decken zu können. Vor dem Hintergrund dieser aktuellen wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen sind bei Neuanlagen des Versorgungsfonds die für die nach dem 31. Dezember 2008 neu verbeamteten Personen versicherungsmathematisch vorgegebenen Renditeziele nur erreichbar, wenn unverhältnismäßig hohe Risiken unter Aufgabe des Grundsatzes der Kapitalsicherheit in Kauf genommen werden würden.

Aufbau der Vorsorge zu gegebener Zeit weiter auszubauen. Bei sich ändernden Rahmenbedingungen am Kapitalmarkt wäre zu prüfen, ob die Zuführungen an den Versorgungsfonds wieder aufgenommen werden können. Die Entscheidung hierüber bleibt dann dem jeweiligen Haushaltsgesetzgeber vorbehalten.

Weitere Kapitalzuführungen für alle aktiven Beamtinnen und Beamten sind nach Maßgabe des Haushaltes möglich. Insofern ist weiterhin jegliche Flexibilität gegeben, den

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung des Vermögensbestandes im Versorgungsfonds des Landes Brandenburg seit 2009 dar.

Entwicklung des Vermögensbestandes im Versorgungsfonds des Landes Brandenburg (in TEUR)			
	Verbeamtung vor dem 1.1.2009	Verbeamtung ab dem 1.1.2009	Gesamt
Vermögensbestand zum 31.12.2009	0	0	0
+ Zuführung 2010	200.000	16.181	216.181
+ Kapitalerträge 2010	1.246	0	1.246
./. Kosten 2010	1.640	0	1.640
Vermögensbestand zum 31.12.2010	199.606	16.181	215.788
+ Zuführung 2011	0	22.372	22.372
+ Kapitalerträge 2011	5.031	591	5.622
./. Kosten 2011	199	391	591
Vermögensbestand zum 31.12.2011	204.438	38.753	243.192
+ Zuführung 2012	0	29.391	29.391
+ Kapitalerträge 2012	5.704	1.548	7.253
./. Kosten 2012	192	1.201	1.394

Entwicklung des Vermögensbestandes im Versorgungsfonds des Landes Brandenburg (in TEUR)			
	Verbeamtung vor dem 1.1.2009	Verbeamtung ab dem 1.1.2009	Gesamt
Vermögensbestand zum 31.12.2012	209.950	68.491	278.442
+ Zuführung 2013	0	38.062	38.062
+ Kapitalerträge 2013	5.556	2.743	8.299
./. Kosten 2013	94	277	371
Vermögensbestand zum 31.12.2013	215.412	109.020	324.433
+ Zuführung 2014	0	49.481	49.481
+ Kapitalerträge 2014	6.119	3.590	9.708
./. Kosten 2014	43	450	493
Vermögensbestand zum 31.12.2014	221.488	161.640	383.130
+ Zuführung 2015	0	65.446	65.446
+ Kapitalerträge 2015	7.552	6.573	14.125
./. Kosten 2015	227	274	501
Vermögensbestand zum 31.12.2015	228.814	233.384	462.199
+ Zuführung 2016	0	84.821	84.821
+ Kapitalerträge 2016	3.751	6.388	10.139
./. Kosten 2016	311	493	804
Vermögensbestand zum 31.12.2016	232.254	324.101	556.356
+ Zuführung 2017	0	0	0
+ Kapitalerträge 2017	4.258	13.110	17.369
./. Kosten 2017	243	359	601

Entwicklung des Vermögensbestandes im Versorgungsfonds des Landes Brandenburg (in TEUR)			
	Verbeamtung vor dem 1.1.2009	Verbeamtung ab dem 1.1.2009	Gesamt
Vermögensbestand zum 31.12.2017	236.269	336.853	573.123

Quelle: Ministerium der Finanzen

3. Entnahmen aus der Versorgungsrücklage bzw. dem Versorgungsfonds des Landes Brandenburg

Nach der Übertragung der Versorgungsrücklage in das Sondervermögen Versorgungsfonds des Landes Brandenburg sind ausschließlich aus den Anlagen der ehemaligen Versorgungsrücklage jährliche Entnahmen vorgesehen. Die Entnahmen setzen sich zusammen aus den Fälligkeiten der gehaltenen Wertpapiere und den im entsprechenden

Jahr erzielten Zinseinnahmen. So wird ab dem Jahr 2018 eine Minderung der Versorgungslasten des Landeshaushalts erreicht. Im Jahr 2018 wird entsprechend des Ansatzes im Nachtragshaushalt ein Betrag von rd. 12.750.600 Euro entnommen. Die Entnahmen der Jahre ab 2019 sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Übersicht Entnahmen – ehemaliges Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg				
Jahr	Zinsen	Fälligkeiten	Entnahmen Gesamt	Anteil Land BB (20 710 Titel 234 10)
in Euro				
2019	4.005.638	11.300.000	15.305.638	14.973.000
2020	3.539.513	8.800.000	12.339.513	12.071.000
2021	3.269.013	15.700.000	18.969.013	18.557.000
2022	2.672.388	18.955.000	21.627.388	21.157.000
Summe	13.486.550	54.755.000	68.241.550	66.758.000

Quelle: Ministerium der Finanzen

Davon abgesehen können gemäß § 2 Absatz 1 BbgVfG ab dem 1. Januar 2020 erstmalig Entnahmen aus dem Sondervermögen Versorgungsfonds für alle nach dem

31. Dezember 2008 (Satz 1) und alle vor dem 1. Januar 2009 (Satz 2) verbeamteten Personen vorgenommen werden. In der aktuellen Finanzplanung für die Jahre 2018 bis

2022 sind noch keine derartigen Entnahmen vorgesehen. Infolgedessen wird der Vermögensstock, der nach Einführung des Moratoriums für eine Finanzierung der Versorgungsausgaben der Beamtinnen und Beamten im Land Brandenburg zur Verfügung steht, auch noch nach dem Jahr 2020 vorhanden sein.

IX. Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben für die Beamtenversorgung

1. Wirkungsgleiche und systemkonforme Übertragung von Maßnahmen aus der Rentenversicherung

In den zurückliegenden Jahren sind in der Beamtenversorgung eine Vielzahl von Maßnahmen zur Dämpfung der Kosten für die Beamtenversorgung eingeleitet und umgesetzt worden. Beginnend mit der im Jahr 1992 wirksam gewordenen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung sind bis heute nahezu alle Kürzungsmaßnahmen aus dem Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung wirkungsgleich und systemkonform auf das Alterssicherungssystem der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter übertragen worden. In den westdeutschen Bundesländern haben diese Maßnahmen in den vergangenen Jahren u. a. zu einem Absinken des durchschnittlichen Ruhegehaltssatzes geführt. Die Wirkung dieser Effekte wird in Brandenburg überlagert von den jährlichen Ausgabensteigerungen, die einerseits mit dem sich noch aufbauenden Bestand an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern einhergehen und andererseits daraus resultieren, dass die Pensionärinnen und Pensionäre zunehmend über längere berücksichtigungsfähige Dienstzeiten und damit höhere Versorgungsanwartschaften verfügen.

Ein wichtiger Dämpfungseffekt hat sich durch die Übertragung der Rentenreform 2001 auf die Beamtenversorgung ergeben. In den Jahren 2003 bis 2012 ist der Anstieg der Versorgungshöhe der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im Land Brandenburg in acht gleichen Schritten um jeweils 0,54 Prozent gemindert worden. Davon sind alle heutigen und zukünftigen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger betroffen.

Für sie ergab und ergibt sich im Ergebnis eine Senkung des Versorgungsniveaus um 4,33 Prozent. Seinen Abschluss hat dieser Prozess mit der Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge zum 1. Januar 2012 gefunden. Seither wirkt sich diese kostendämpfende Reformmaßnahme direkt auf die Höhe der Ruhegehaltssätze aus. Seit diesem Zeitpunkt betragen der Steigerungssatz für jedes Jahr der ruhegehaltfähigen Dienstzeit 1,79375 Prozent (zuvor: 1,875 Prozent) und der Höchstruhegehaltssatz 71,75 Prozent (zuvor 75 Prozent). Die Absenkung des Versorgungsniveaus um 4,33 Prozent erfasst – abgesehen von den Sätzen des Mindestruhegehalts – im Ergebnis jeden einzelnen Ruhegehaltssatz.

Im Übrigen sind die jeweils geltenden Besoldungstabellen Bemessungsgrundlage für die Ruhegehälter und die anderen Versorgungsbezüge. Daher wirkt das derzeitige Niveau der Besoldung in Brandenburg, das teilweise deutlich hinter den Regelungen des Bundes und der anderen Länder (außer Berlin) zurückbleibt, auch in Bezug auf die Beamtenversorgung stark entlastend. Im Vergleich zu den Dienstherrn, die ihren Beamtinnen und Beamten am höchsten besolden, ergibt sich für das Land Brandenburg ein Entlastungseffekt um bis zu zehn Prozent.

2. Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Die Höhe der Versorgungsausgaben lässt sich wirkungsvoll über die Dauer der Zahlung der Versorgungsleistungen beeinflussen. Wirksame Maßnahmen zur Dämpfung des Anstiegs der Versorgungsausgaben sind daher insbesondere Regelungen, die vorzeitigen Pensionierungen entgegenwirken und damit die Versorgungslaufzeit verkürzen.

Die vom Jahr 2014 bis zum Jahr 2029 wirkende stufenweise Erhöhung der Pensionsaltersgrenzen gleicht die infolge des Anstiegs der Lebenserwartung verlängerte Bezugsdauer der Versorgung teilweise aus und führt zu einer Dämpfung des Anstiegs der Versorgungsausgaben. Die Anhebung der Regelaltersgrenze um zwei Jahre bewirkt auf lange Sicht die Verringerung der durchschnittlichen

Zahldauer der Ruhegehälter (derzeit etwa 20 Jahre) um zwei Jahre und damit um etwa zehn Prozent. Auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die um bis zu zwei Jahre verlängerte Dienstzeit zu einer Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und damit in einigen Fällen zu höheren Ruhegehältern führen wird, wird sich dennoch langfristig eine Verringerung der Versorgungsausgaben ergeben.

Zudem führt die Erhöhung des Pensions Eintrittsalters bei gleichbleibenden Antragaltersgrenzen zu erhöhten Versorgungsabschlägen für diejenigen Beamtinnen und Beamten, die vorzeitig auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt werden.

3. Kostendämpfende Maßnahmen im Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetz

Darüber hinaus werden einige der mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Neuregelungen im Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetz kostendämpfend wirken:

- Anhebung des Referenzalters zur Berechnung des Versorgungsabschlages bei vorzeitigen Zuruhesetzungen parallel zur Anhebung der beamtenrechtlichen Regelaltersgrenze,
- Wegfall der bisherigen Berücksichtigung von vor der Berufung in das Beamtenver-

- hältnis zurückgelegten Zeiten einer Tätigkeit als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt,
- Begrenzung der Anrechnung von Hochschulausbildungszeiten,
 - Begrenzung der Zahldauer des Unterhaltsbeitrags für entlassene Beamtinnen und Beamte,
 - Verminderung des Satzes der Höhe des Witwen- und Witwergeldes und
 - Verminderung der Sätze des Unfall-Mindestruhegehaltes und des Unfall-Höchstruhegehaltes.

4. Weitere Maßnahmen

Die Beamtenversorgung ist eine verfassungsrechtlich durch Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes geschützte eigenständige

Altersversorgung für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie deren Hinterbliebene. Die Beamtenversorgung basiert

insbesondere auf dem ebenfalls von der Verfassung geschützten beamtenrechtlichen Alimentationsprinzip. Das Alimentationsprinzip verpflichtet den Dienstherrn, seine Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger amtsangemessen zu besolden und zu versorgen. Es handelt sich um einen prägenden Grundsatz, der bei der gesetzlichen Ausgestaltung von Besoldung und Versorgung zu beachten ist.

In diesem Zusammenhang hat das Bundesverfassungsgericht der Regelung weiterer Maßnahmen zur Verringerung des Versorgungsniveaus bereits mit seinem Urteil vom 27. September 2005 – 2 BvR 1387/02 – klare Grenzen gesetzt. So hat es entschieden, dass steigende Ausgaben der Beamtenversorgung keinen sachlichen Grund für die Verminderung des Versorgungsniveaus darstellen. Finanzielle Erwägungen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der öffentlichen Hand können für sich genommen also nicht als ausreichende Legitimation für eine Kürzung der Beamtenversorgung dienen. Kürzungen sind nur dann rechtlich zulässig, wenn weitere Gründe hinzukommen, die im Bereich des Systems der Altersversorgung liegen. So können insbesondere Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung Anlass bieten, diese in der Beamtenversorgung nachzuzeichnen, soweit dies mit den strukturellen Unterschieden der beiden Versorgungssysteme vereinbar ist.

Mit einem weiteren bedeutsamen Urteil hat das Bundesverfassungsgericht auch die Bedeutung der Beamtenversorgung für eine amtsangemessene Alimentation insgesamt hervorgehoben. In dem Urteil vom 5. Mai 2015 – 2 BvL 17/09 u. a. – wird eine Reihe von Kriterien für die Amtsangemessenheit der Besoldung aufgestellt. Dabei kann die Vermutung einer amtsunangemessenen Alimentation im Rahmen einer Gesamtabwä-

gung durch Berücksichtigung weiterer alimentationsrelevanter Kriterien widerlegt oder erhärtet werden. Zu diesen weiteren Kriterien zählt das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich die Beamtenversorgung.

Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind die Spielräume des Besoldungs- bzw. Versorgungsgesetzgebers insgesamt stark eingeschränkt worden. Bei weiteren finanziellen Einschränkungen könnte der Gesetzgeber daher mit dem verfassungsrechtlich abgesicherten Alimentationsprinzip in Konflikt geraten.

Wenn der Dynamik der steigenden Versorgungsausgaben entgegen gewirkt werden soll, müssen daher alternative Wege außerhalb der Leistungen der Beamtenversorgung in den Blick genommen werden. Denkbar wäre, die Flexibilität im Hinblick auf den Übergang in den Ruhestand weiter zu erhöhen. Ein längeres Verbleiben im aktiven Dienst ist gegenüber einem Ausscheiden zur Regelaltersgrenze oder früher finanziell vorteilhaft. Ein späterer Ruhestandseintritt würde zu einer Verkürzung der Zeit des Versorgungsbezugs führen. Zudem würde das längere Verbleiben im Dienst dazu führen, dass erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Nachbesetzung erfolgen muss.

Anlagen – Tabellen

Quelle für die als Anlagen 1 bis 13 beigefügten Tabellen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Hinsichtlich der nachfolgend aufgeführten Tabellenwerte wird auf die Erläuterungen unter Tz. I.3. hingewiesen.

1. A 1 Aktive Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nach Laufbahngruppe, Einstufung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016

Stand: jeweils 30. Juni des Jahres einschließlich ohne Bezüge Beurlaubte gerundete Werte									
Laufbahngruppe/ Einstufung	2014			2015			2016		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Beamte und Richter	33.165	13.250	19.910	33.200	13.175	20.030	33.710	13.395	20.315
höherer Dienst	8.485	3.695	4.790	8.515	3.685	4.830	8.890	3.825	5.065
B 11	10	5	5	10	5	5	10	5	5
B 10	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 9	10	5	0	10	5	5	10	5	5
B 8	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 6	10	5	5	10	5	0	5	5	0
B 5	20	15	5	25	15	5	25	20	5
B 4	10	10	0	5	5	0	5	5	0
B 3	10	5	0	10	5	0	10	5	0
B 2	130	95	30	125	90	35	125	90	35
R 8	0	0	0	0	0	0	0	0	0
R 6	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Stand: jeweils 30. Juni des Jahres
einschließlich ohne Bezüge Beurlaubte
gerundete Werte

Laufbahngruppe/ Einstufung	2014			2015			2016		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
R 5	5	5	0	5	5	0	5	5	0
R 4	5	5	0	5	5	0	5	5	0
R 3	50	30	20	45	30	15	45	30	15
R 2	290	195	95	280	190	95	280	190	90
R 1	720	330	390	715	325	390	735	330	405
C 4	115	105	10	105	95	10	100	90	10
C 3	165	140	30	155	130	25	150	125	25
C 2	55	45	10	50	40	10	50	40	10
W 3	170	125	45	190	140	50	215	160	55
W 2	140	95	45	155	100	50	165	110	55
W 1	25	15	10	30	15	15	30	15	15
A 16 hD+Zulage	0	0	0	0	0	0	5	5	0
A 16 hD	280	185	95	270	175	95	260	165	95
A 15 hD	755	425	335	735	400	335	725	395	330
A 14 hD	535	310	225	545	310	235	595	315	275
A 13 hD	4.610	1.420	3.190	4.680	1.460	3.220	4.885	1.550	3.335
Ausbildung HD	355	120	240	345	120	225	445	160	285
gehobener Dienst	18.235	5.785	12.455	18.380	5.800	12.580	18.575	5.900	12.675

Stand: jeweils 30. Juni des Jahres
einschließlich ohne Bezüge Beurlaubte
gerundete Werte

Laufbahngruppe/ Einstufung	2014			2015			2016		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
A 15 gD L	50	20	30	55	20	30	40	20	20
A 14 gD L	320	90	230	280	75	205	220	55	165
A 13 gD L	1.595	185	1.410	1.630	195	1.435	1.655	200	1.455
A 14 gD S	5	0	5	10	5	5	10	5	5
A 13 gD S + Zulage	5	5	0	5	0	0	5	0	0
A 13 gD S	730	395	335	740	380	355	750	390	360
A 12	6.885	1.340	5.545	7.030	1.380	5.645	7.140	1.420	5.720
A 11	3.750	1.065	2.680	3.745	1.055	2.690	3.725	1.060	2.665
A 10 gD	2.385	1.340	1.045	2.330	1.295	1.035	2.350	1.295	1.055
A 9 gD	1.680	1.000	680	1.625	995	630	1.620	995	625
Ausbildung GD	840	340	500	935	395	540	1.065	465	600
mittlerer Dienst	6.270	3.635	2.635	6.135	3.550	2.585	6.070	3.525	2.545
A 10 mD S	0	0	0	10	0	10	0	0	0
A 9 mD S + Zulage	225	140	85	285	195	95	330	225	105
A 9 mD S	2.120	1.455	660	1.955	1.300	655	1.855	1.230	625
A 8	2.305	1.135	1.170	2.205	1.075	1.130	2.205	1.040	1.165
A 7	1.315	725	595	1.235	700	540	1.170	710	460
A 6 mD	75	20	55	100	35	65	125	45	85

Stand: jeweils 30. Juni des Jahres
 einschließlich ohne Bezüge Beurlaubte
 gerundete Werte

Laufbahngruppe/ Einstufung	2014			2015			2016		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Ausbildung MD	235	160	70	345	250	95	385	280	105
einfacher Dienst	170	140	35	170	135	35	175	140	35
A 7 eD	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A 6 eD S	30	30	0	30	30	0	30	30	0
A 5 eD S	85	70	15	85	70	15	85	70	20
A 4	55	40	15	55	40	15	55	45	15

Quelle: Personalstandstatistik am 30.06. des jeweiligen Jahres

2. A 2 Aktive Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nach Alter und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016

Stand: 30. Juni des jeweiligen Jahres einschließlich ohne Bezüge Beurlaubte									
Alter in Jahren	2014			2015			2016		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Durchschnittsalter	47,7	47,6	47,7	47,6	47,3	47,8	47,6	47,1	47,8
Insgesamt	33.165	13.250	19.910	33.200	13.175	20.030	33.710	13.395	20.315
16	0	0	0	0	0	0	5	5	0
17	5	0	0	5	5	0	15	10	5
18	10	5	5	30	20	10	20	10	10
19	45	20	25	90	55	35	100	65	35
20	70	35	35	105	60	45	145	90	55
21	75	55	20	110	65	45	140	90	50
22	70	50	20	100	70	35	125	75	50
23	150	90	60	90	70	20	120	80	45
24	170	100	70	180	100	80	120	80	40
25	190	100	90	260	130	130	260	115	145
26	290	115	175	285	135	155	400	160	235
27	270	125	145	360	150	210	385	170	215
28	305	115	190	325	150	180	435	165	265
29	315	125	190	360	145	220	420	180	240
30	315	115	200	360	145	215	435	180	255
31	435	155	280	380	140	240	440	185	255
32	435	160	275	510	185	330	440	175	270
33	400	165	235	475	180	295	575	215	360
34	495	200	290	440	180	260	535	210	325
35	495	210	285	510	205	300	490	200	290
36	555	200	355	510	215	295	545	225	325
37	570	205	365	575	205	365	540	225	310
38	605	225	375	580	200	375	580	215	365
39	555	205	355	620	230	390	595	210	385
40	635	220	415	555	200	360	640	240	400

Stand: 30. Juni des jeweiligen Jahres
einschließlich ohne Bezüge Beurlaubte

Alter in Jahren	2014			2015			2016		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
41	650	220	430	650	230	420	570	205	365
42	825	300	525	660	225	440	670	235	430
43	850	315	530	845	315	535	670	230	440
44	835	310	525	855	325	530	855	320	540
45	965	340	625	850	315	535	870	330	535
46	1.065	410	655	970	345	625	850	315	535
47	1.280	465	815	1.065	415	650	970	340	625
48	1.320	500	820	1.275	465	805	1.060	415	645
49	1.385	570	820	1.315	495	820	1.270	465	800
50	1.520	655	865	1.375	565	810	1.310	495	815
51	1.505	610	900	1.510	650	865	1.370	565	805
52	1.485	615	870	1.490	600	890	1.505	645	860
53	1.495	610	885	1.470	610	865	1.480	595	885
54	1.345	580	760	1.480	605	880	1.465	605	860
55	1.310	610	700	1.330	580	755	1.470	605	870
56	1.240	545	695	1.295	600	690	1.325	575	750
57	1.370	570	800	1.225	535	690	1.280	595	685
58	1.295	520	775	1.350	555	795	1.215	530	685
59	1.320	550	770	1.270	505	765	1.330	550	780
60	1.015	285	730	1.025	310	715	1.080	360	720
61	625	215	410	990	265	725	995	295	705
62	470	165	305	590	205	385	945	250	695
63	265	125	140	255	115	140	365	150	210
64	250	140	105	215	105	110	225	105	120
65	20	15	5	25	20	5	60	45	20
66 und älter	0	0	0	0	0	0	5	5	0

Quelle: Personalstandstatistik am jeweiligen 30.06.

3. A 3 Aktive Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter nach Alter und Bereichen in den Jahren 2014 bis 2016

Alter in Jahren	2014				2015				2016						
	Insgesamt	Schuldenst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schuldenst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schuldenst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen
Durchschnittsalter	47,7	49,3	44,4	47,6	51,3	47,6	49,3	43,9	47,9	51,3	47,6	49,1	43,8	48,2	51,6
Insgesamt	33.165	15.535	8.700	8.190	735	33.200	15.695	8.675	8.090	745	33.710	16.030	8.780	8.135	760
16 geb. 2000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	5	0	0
17	5	0	5	0	0	5	0	5	0	0	15	0	15	5	0
18	10	0	10	0	0	30	0	25	5	0	20	0	20	0	0
19	45	0	35	10	0	90	0	70	20	0	100	0	75	20	0
20	70	0	50	20	0	105	0	85	20	0	145	0	115	25	0
21	75	0	60	20	0	110	0	85	20	0	140	0	115	20	0
22	70	0	55	15	0	100	0	80	20	0	125	0	100	25	0
23	150	0	125	25	0	90	0	75	20	0	120	0	95	20	0
24	170	25	130	20	0	180	15	135	30	0	120	10	90	20	0

Alter in Jahren	2014				2015				2016						
	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen
25	190	45	120	25	0	260	75	165	20	0	260	80	145	35	0
26 geb. 1990	290	120	140	30	0	285	115	140	30	0	400	180	185	35	0
27	270	125	115	25	0	360	165	160	35	0	385	185	155	45	0
28	305	145	120	35	0	325	160	130	35	0	435	225	165	45	0
29	315	160	115	40	0	360	185	130	45	0	420	220	145	55	0
30	315	155	110	50	0	360	195	120	45	0	435	230	145	60	0
31	435	205	160	65	0	380	205	115	60	0	440	240	135	65	0
32	435	225	150	55	5	510	265	175	70	5	440	240	125	75	0
33	400	185	150	65	5	475	255	155	60	5	575	305	180	85	5
34	495	210	185	95	5	440	220	155	65	5	535	295	165	65	10
35	495	155	205	130	5	510	225	180	95	5	490	255	155	70	10

Alter in Jahren	2014				2015				2016						
	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen
36 geb. 1980	555	145	255	145	10	510	165	205	135	5	545	260	180	100	10
37	570	130	215	215	10	575	160	250	150	10	540	185	205	145	5
38	605	110	215	265	15	580	135	215	215	10	580	170	250	150	15
39	555	100	165	270	20	620	120	215	270	15	595	145	220	215	10
40	635	135	155	335	15	555	100	160	275	20	640	135	215	270	15
41	650	160	135	335	20	650	145	155	330	15	570	105	160	280	25
42	825	315	165	325	25	660	170	130	335	25	670	155	160	330	20
43	850	340	205	275	30	845	330	165	325	30	670	180	135	330	25
44	835	365	205	235	25	855	345	200	275	30	855	340	165	330	25
45	965	525	220	195	25	850	375	205	235	30	870	355	205	280	30
46 geb. 1970	1.065	555	240	240	30	970	530	220	190	25	850	380	200	235	35

Alter in Jahren	2014				2015				2016						
	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen
47	1.280	710	295	255	20	1.065	555	240	240	30	970	530	220	190	25
48 geb. 1968	1.320	695	285	310	30	1.275	705	290	255	25	1.060	550	245	235	30
49	1.385	695	315	360	20	1.315	695	280	310	30	1.270	700	290	255	25
50	1.520	785	350	360	30	1.375	690	310	360	20	1.310	690	280	310	30
51 geb. 1965	1.505	805	330	345	25	1.510	780	340	355	30	1.370	685	310	360	20
52	1.485	765	375	325	20	1.490	795	325	340	25	1.505	780	335	355	30
53	1.495	765	395	305	30	1.470	760	365	325	20	1.480	790	320	345	25
54	1.345	680	360	280	25	1.480	755	390	305	30	1.465	755	360	325	20
55	1.310	645	365	275	30	1.330	675	360	275	25	1.470	750	390	305	30
56	1.240	655	335	230	20	1.295	635	360	270	30	1.325	670	355	275	25
57	1.370	750	350	230	35	1.225	645	335	225	20	1.280	630	355	270	25

Alter in Jahren	2014				2015				2016						
	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen	Insgesamt	Schulienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche	Hochschulen
58	1.295	735	315	225	25	1.350	745	345	225	35	1.215	640	330	220	25
59	1.320	725	310	255	30	1.270	725	305	215	25	1.330	730	340	225	35
60	1.015	700	45	240	35	1.025	710	35	250	30	1.080	700	145	210	25
61	625	355	25	210	30	990	695	20	235	35	995	700	20	245	30
62 geb. 1954	470	265	15	160	30	590	330	25	205	30	945	655	20	235	35
63	265	80	15	145	25	255	65	15	145	30	365	125	25	180	30
64	250	80	10	125	30	215	65	15	115	25	225	55	10	135	30
65	20	5	0	5	10	25	10	0	5	10	60	15	5	20	20
66 und älter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5

4. V 2 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Laufbahngruppe, Einstufung, Art der Versorgung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016

Stand 1. Januar 2015												
Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	6.995	4.075	2.925	6.155	3.845	2.310	685	150	535	160	80	80
höherer Dienst	2.040	1.180	860	1.835	1.125	710	170	35	135	35	20	15
B 11	15	15	5	15	10	5	0	0	0	0	0	0
B 10	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
B 9	30	25	5	30	25	0	5	0	5	0	0	0
B 8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 6	40	30	5	35	30	0	5	0	5	0	0	0
B 5	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
B 4	10	10	5	10	10	0	0	0	0	0	0	0
B 3	10	10	0	10	10	0	0	0	0	0	0	0
B 2	100	80	20	95	80	15	5	0	5	0	0	0
R 8	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 6	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 5	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0

Stand 1. Januar 2015

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
R 4	10	5	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 3	35	30	5	30	30	5	5	0	5	0	0	0
R 2	80	55	25	70	55	15	10	0	10	0	0	0
R 1	90	45	50	70	40	35	15	5	10	10	5	5
C 4	120	95	25	115	90	20	5	0	5	0	0	0
C 3	100	75	25	90	75	15	10	0	10	0	0	0
C 2	40	20	15	35	20	10	5	0	5	0	0	0
W 3	5	5	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0
H 4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A 16 hD + Zulage	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0
A 16 hD	155	125	30	145	125	20	10	0	10	0	0	0
A 15 hD	265	175	90	240	175	70	25	5	20	0	0	0
A 14 hD	180	100	80	155	90	60	20	5	15	5	5	0
A 13 hD	715	260	460	660	230	430	45	20	25	10	10	5
gehobener Dienst	2.825	1.425	1.405	2.520	1.315	1.200	255	85	170	55	25	30
A 15 gD L	5	5	5	5	5	5	0	0	0	0	0	0
A 14 gD L	50	20	30	50	20	30	0	0	0	0	0	0
A 13 gD L	190	50	140	170	40	135	15	5	5	5	5	0

Stand 1. Januar 2015

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
A 14 gD S	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A 13 gD S + Zulage	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A 13 gD S	265	200	70	250	200	50	15	0	15	0	0	0
A 12	1.210	435	770	1.100	380	715	85	45	40	25	10	15
A 11	630	395	235	550	370	180	70	20	50	15	10	5
A 10 gD	335	230	105	285	220	60	45	5	40	5	0	5
A 9 gD	130	80	50	100	75	20	25	5	20	10	0	5
mittlerer Dienst	2.110	1.460	650	1.790	1.395	395	255	35	225	70	35	30
A 9 mD S + Zulage	190	165	25	185	165	20	10	5	5	0	0	0
A 9 mD S	1.245	905	340	1.070	885	185	155	10	145	20	10	10
A 8	460	285	170	370	265	105	60	5	55	25	15	10
A 7	195	95	95	145	75	70	25	10	20	20	10	10
A 6 mD	25	5	15	15	0	15	5	5	0	5	0	0
A 5 mD	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
einfacher Dienst	15	10	10	10	10	5	5	0	5	0	0	0
A 6 eD S	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A5 + „A“ ED	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0
A 4	10	5	5	5	5	5	0	0	0	0	0	0

Stand 1. Januar 2015												
Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
sonstige/Angestellte/ Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2016												
Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	7.900	4.495	3.400	6.985	4.255	2.730	750	160	590	160	80	80
höherer Dienst	2.295	1.290	1.010	2.070	1.225	845	190	40	150	40	25	15
B 11	15	15	5	15	10	5	0	0	0	0	0	0
B 10	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
B 9	30	25	5	30	25	0	5	0	5	0	0	0
B 8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 6	40	35	5	35	35	0	5	0	5	0	0	0
B 5	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
B 4	10	10	5	10	10	0	0	0	0	0	0	0
B 3	10	10	0	10	10	0	0	0	0	0	0	0
B 2	115	90	25	105	90	15	5	0	5	0	0	0

Stand: 1. Januar 2016

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
R 8	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 6	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 5	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 4	10	5	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 3	35	30	10	30	30	5	5	0	5	0	0	0
R 2	85	60	30	75	60	20	10	0	10	0	0	0
R 1	100	45	55	75	40	35	15	5	15	10	5	5
C 4	125	100	25	120	100	20	5	0	5	0	0	0
C 3	105	80	25	95	80	15	10	0	10	0	0	0
C 2	40	25	20	35	20	15	5	0	5	0	0	0
W 3	10	5	5	5	5	0	0	0	0	5	5	0
H 4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A 16 hD + Zulage	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A 16 hD	170	135	35	160	135	25	10	0	10	0	0	0
A 15 hD	305	205	100	275	195	80	30	5	20	5	0	0
A 14 hD	195	105	90	170	95	75	20	5	15	5	5	0
A 13 hD	850	290	560	785	255	525	50	20	30	15	10	5
gehobener Dienst	3.245	1.595	1.645	2.905	1.485	1.425	280	90	190	55	25	30

Stand: 1. Januar 2016

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
A 15 gD L	10	5	5	10	5	5	0	0	0	0	0	0
A 14 gD L	65	25	40	65	25	40	0	0	0	0	0	0
A 13 gD L	225	50	175	210	40	165	15	10	5	0	0	0
A 14 gD S	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A 13 gD S + Zulage	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A 13 gD S	295	220	75	275	220	55	20	0	15	0	0	0
A 12	1.400	495	905	1.280	435	845	90	50	40	30	10	20
A 11	715	445	270	625	420	205	80	20	60	15	5	5
A 10 gD	380	260	120	325	250	75	50	5	40	5	5	5
A 9 gD	140	90	55	110	85	25	30	5	25	5	0	5
mittlerer Dienst	2.340	1.600	740	1.995	1.535	460	280	35	245	65	30	35
A 9 mD S + Zulage	210	175	30	200	175	25	10	5	5	0	0	0
A 9 mD S	1.370	990	380	1.185	975	210	170	10	160	20	10	10
A 8	525	325	200	430	300	130	65	10	60	25	15	15
A 7	210	100	110	170	85	85	25	10	20	15	10	5
A 6 mD	25	5	15	15	0	15	5	5	0	5	0	0
A 5 mD	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
einfacher Dienst	20	10	10	15	10	5	5	0	5	0	0	0

Stand: 1. Januar 2016

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
A 6 eD S	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A5 + „A“ ED	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0
A 4	10	5	5	5	5	5	0	0	0	0	0	0
sonstige/Angestell- te/Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2017

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	8.915	4.890	4.030	7.890	4.620	3.270	850	180	670	175	85	90
höherer Dienst	2.595	1.410	1.185	2.340	1.345	995	215	45	170	45	25	20
B 11	15	15	5	15	15	5	0	0	0	0	0	0
B 10	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
B 9	35	30	5	30	30	0	5	0	5	0	0	0
B 8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
B 6	40	35	10	35	35	0	5	0	5	0	0	0
B 5	5	5	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2017

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
B 4	10	10	5	10	10	0	0	0	0	0	0	0
B 3	10	10	0	10	10	0	0	0	0	0	0	0
B 2	120	95	25	115	95	20	10	0	10	0	0	0
R 8	5	5	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 6	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 5	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
R 4	10	5	5	5	5	0	5	0	5	0	0	0
R 3	40	30	10	30	30	5	5	0	5	0	0	0
R 2	100	65	35	85	65	20	15	0	10	0	0	0
R 1	110	50	60	85	45	40	20	5	15	10	5	5
C 4	135	105	30	125	105	20	10	0	5	0	0	0
C 3	120	90	25	105	90	15	10	0	10	0	0	0
C 2	45	25	20	40	25	15	5	0	5	0	0	0
W 3	10	5	5	5	5	0	0	0	0	5	5	0
H 4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A 16 hD + Zulage	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A 16 hD	180	140	40	170	140	30	10	0	10	0	0	0
A 15 hD	340	220	120	310	215	95	30	5	20	5	0	5

Stand: 1. Januar 2017

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
A 14 hD	230	115	110	200	110	90	25	5	20	5	5	0
A 13 hD	1.005	335	665	930	305	630	60	25	35	10	10	5
gehobener Dienst	3.730	1.735	1.995	3.345	1.605	1.740	325	100	220	65	25	35
A 15 gD L	10	5	5	10	5	5	0	0	0	0	0	0
A 14 gD L	75	25	50	75	25	50	0	0	0	0	0	0
A 13 gD L	265	55	210	250	45	200	15	5	10	0	0	0
A 14 gD S	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A 13 gD S + Zulage	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A 13 gD S	330	240	90	310	240	70	20	0	20	0	0	0
A 12	1.645	560	1.090	1.510	485	1.020	110	60	50	30	10	20
A 11	815	475	340	710	445	265	85	20	65	15	5	10
A 10 gD	425	275	145	355	265	90	60	10	50	10	5	5
A 9 gD	155	95	65	120	85	30	30	5	30	10	5	5
mittlerer Dienst	2.570	1.730	840	2.190	1.660	530	310	35	275	65	35	35
A 9 mD S + Zulage	220	185	40	210	180	30	15	5	10	0	0	0
A 9 mD S	1.490	1.070	420	1.280	1.045	235	190	15	175	20	10	10
A 8	605	365	240	495	340	155	75	10	65	30	15	15
A 7	225	105	120	190	90	100	25	5	20	10	5	5

Stand: 1. Januar 2017

Laufbahngruppe/ Einstufung des Versorgungsverur- sachers	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwengeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
A 6 mD	25	5	20	15	0	15	5	5	0	5	0	0
A 5 mD	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
einfacher Dienst	20	10	10	15	10	5	5	0	5	0	0	0
A 6 eD S	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A5 + „A“ ED	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0
A 4	10	5	5	10	5	5	0	0	0	0	0	0
sonstige/Angestell- te/Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

5. V 3 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Alter, Art der Versorgung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016

Stand: 1. Januar 2015 ohne Waisengeldempfänger							
Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Durchschnittsalter	x	64,1	65,0	62,6	60,4	59,9	60,5
Insgesamt	6.840	6.155	3.845	2.310	685	150	535
29	0	0	0	0	0	0	0
30	0	0	0	0	0	0	0
31	0	0	0	0	0	0	0
32	0	0	0	0	0	0	0
33	0	0	0	0	0	0	0
34	0	0	0	0	0	0	0
35	0	0	0	0	0	0	0
36	0	0	0	0	0	0	0
37	5	5	0	5	0	0	0
38	5	5	0	5	0	0	0
39	10	5	0	5	5	0	0
40	5	5	0	5	0	0	0
41	15	15	5	10	0	0	0
42	15	5	0	5	10	5	5
43	10	5	0	5	5	0	5
44	10	10	5	5	0	0	0
45	15	15	5	10	0	0	0
46	15	15	5	10	5	0	0
47	35	25	10	15	10	5	10
48	45	30	10	25	10	5	10
49	50	35	5	30	20	5	15
50	65	45	25	25	15	5	15
51	55	40	15	25	15	5	10
52	60	40	15	25	15	5	10
53	85	60	20	35	25	5	20

Stand: 1. Januar 2015 ohne Waisengeldempfänger							
Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
54	80	55	20	35	25	5	15
55	100	75	25	50	30	5	20
56	105	65	30	40	35	5	30
57	105	80	40	35	30	5	20
58	115	80	35	45	35	5	25
59	115	90	40	50	30	5	25
60	350	315	230	85	35	10	25
61	390	355	270	85	35	5	25
62	375	345	280	65	30	5	25
63	545	505	295	210	45	5	35
64	575	545	315	230	30	0	30
65	650	625	335	290	25	5	20
66	635	605	345	260	25	5	20
67	560	540	310	230	15	5	15
68	340	330	215	110	15	5	10
69	335	320	200	125	15	5	10
70	245	230	180	45	20	5	15
71	215	205	180	25	10	0	10
72	130	115	105	15	10	5	10
73	90	75	65	10	15	5	10
74	60	50	45	5	10	5	5
75	55	40	40	5	10	5	5
76	50	40	35	10	10	5	5
77	35	30	30	0	5	0	5
78	15	15	10	0	0	0	0
79	15	15	10	0	5	0	5
80	10	10	10	0	0	0	0
81	10	5	5	0	5	0	5
82	0	0	0	0	0	0	0
83	5	5	5	0	0	0	0
84	5	5	5	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2015 ohne Waisengeldempfänger							
Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
86	0	0	0	0	0	0	0
88	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand: 1. Januar 2016 ohne Waisengeldempfänger							
Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Durchschnittsalter	x	63,6	64,5	61,8	59,3	59,0	59,3
Insgesamt	5.910	5.295	3.465	1.830	615	141	474
28	0	0	0	0	0	0	0
31	0	0	0	0	0	0	0
33	3	0	0	0	3	0	3
34	0	0	0	0	0	0	0
35	0	0	0	0	0	0	0
36	6	6	3	6	0	0	0
37	6	6	3	3	0	0	0
38	6	3	3	3	3	0	3
39	6	3	0	3	0	0	0
40	12	12	3	9	0	0	0
41	12	6	0	3	9	3	6
42	9	3	0	3	6	3	3
43	12	12	6	6	0	0	0
44	12	9	3	6	3	0	3
45	15	12	6	9	3	0	3
46	33	24	9	15	9	3	6
47	36	27	9	18	9	3	6
48	45	30	6	24	15	3	12
49	54	42	24	18	15	3	12
50	51	39	18	21	12	3	9
51	48	36	15	21	12	3	9

Stand: 1. Januar 2016
ohne Waisengeldempfänger

Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
52	72	51	21	30	21	3	18
53	75	51	21	30	21	6	15
54	96	72	24	48	27	6	18
55	93	57	24	36	33	6	27
56	90	63	30	33	27	6	21
57	102	69	30	36	33	9	24
58	99	78	36	42	21	6	18
59	114	81	33	48	33	9	21
60	378	348	270	81	30	6	24
61	369	345	282	63	21	6	18
62	369	330	255	75	39	6	30
63	483	459	294	165	27	3	24
64	411	384	234	150	24	3	21
65	588	564	330	234	24	6	18
66	564	549	318	231	15	3	12
67	345	333	222	111	12	3	9
68	336	327	204	123	12	3	9
69	246	231	186	48	15	6	9
70	219	207	183	24	9	0	9
71	132	120	108	12	12	3	9
72	90	78	69	12	12	3	6
73	60	51	45	6	9	3	6
74	54	45	42	3	12	3	6
75	48	42	33	9	9	3	6
76	36	30	30	0	6	0	6
77	15	12	12	3	3	0	3
78	15	12	12	3	3	0	3
79	12	12	9	0	0	0	0
80	9	6	6	0	3	0	3
81	0	0	0	0	0	0	0
82	3	3	3	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2016 ohne Waisengeldempfänger							
Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
83	6	3	3	0	0	0	0
85	3	3	3	0	0	0	0
87	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2016

Stand: 1. Januar 2017 ohne Waisengeldempfänger							
Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Durchschnittsalter	x	65,2	66,1	63,9	61,9	61,1	62,2
Insgesamt	8.740	7.890	4.620	3.270	850	180	670
31	0	0	0	0	0	0	0
32	0	0	0	0	0	0	0
33	5	5	0	0	0	0	0
34	0	0	0	0	0	0	0
35	0	0	0	0	0	0	0
36	5	0	0	0	0	0	0
37	5	5	0	5	0	0	0
38	5	5	0	5	0	0	0
39	10	10	0	5	0	0	0
40	10	10	5	5	0	0	0
41	10	5	0	5	5	0	5
42	10	10	5	5	0	0	0
43	20	20	5	15	0	0	0
44	20	10	0	10	10	5	5
45	15	10	0	10	5	5	5
46	20	15	5	10	0	0	0
47	20	15	5	15	5	0	5
48	25	20	5	15	5	0	5
49	40	30	10	15	10	5	10

Stand: 1. Januar 2017
ohne Waisengeldempfänger

Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
50	65	45	15	30	20	5	15
51	65	40	10	30	25	5	20
52	80	60	25	35	20	5	15
53	70	55	20	30	15	5	15
54	80	60	25	35	20	5	15
55	105	75	25	50	30	10	20
56	100	70	25	45	30	10	20
57	130	95	35	60	35	10	25
58	130	85	35	50	45	5	40
59	135	105	50	50	30	10	25
60	285	245	145	95	40	10	35
61	465	425	305	120	40	10	30
62	420	375	280	100	40	10	30
63	645	600	315	285	45	10	35
64	625	590	335	255	35	5	25
65	795	740	375	365	55	10	50
66	830	795	440	355	35	5	35
67	715	680	365	315	30	5	25
68	640	605	345	260	35	5	30
69	555	530	305	230	25	5	20
70	335	320	210	110	15	5	10
71	330	315	190	125	15	5	10
72	245	225	180	45	20	5	15
73	215	200	175	25	15	0	10
74	125	110	100	15	15	5	10
75	90	75	65	10	15	5	10
76	60	50	40	5	10	5	5
77	55	40	35	5	15	5	10
78	50	35	30	10	10	0	10
79	35	30	30	0	5	0	5
80	15	15	10	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2017
ohne Waisengeldempfänger

Alter in Jahren	Insgesamt	Ruhegehalt			Witwengeld		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
81	15	15	10	0	5	0	5
82	10	10	10	0	0	0	0
83	10	5	5	0	5	0	5
84	0	0	0	0	0	0	0
85	5	5	5	0	0	0	0
86	5	5	0	0	0	0	0
88	0	0	0	0	0	0	0
90	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017

6. V 4/5 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Art des früheren Dienstverhältnisses, Laufbahngruppe, Art der Versorgung und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016

Stand: 1. Januar 2015
gerundete Werte

Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwen-/ Witwergeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	6.995	4.075	2.925	6.155	3.845	2.310	685	150	535	160	80	80
Beamte im Schuldienst	2.150	645	1.505	1.970	540	1.425	140	85	55	40	20	20
höherer Dienst	865	330	535	805	300	505	50	25	25	15	5	5
gehobener Dienst	1.280	315	970	1.165	240	925	90	60	30	25	10	15
Beamte im Vollzugsdienst	3.100	2.385	715	2.655	2.325	335	365	25	340	80	40	40
höherer Dienst	105	90	15	90	90	0	10	0	10	0	0	0
gehobener Dienst	1.065	875	190	930	870	65	115	0	115	15	5	10
mittlerer Dienst	1.930	1.420	510	1.630	1.365	265	235	20	215	60	35	30
einfacher Dienst	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beamten in übrigen Bereichen	1.555	925	630	1.365	865	500	160	40	120	30	20	15
höherer Dienst	880	640	240	775	620	155	90	10	80	15	10	5
gehobener Dienst	480	235	245	425	210	215	45	20	30	10	5	5
mittlerer Dienst	185	45	140	155	30	130	20	10	10	5	5	5
einfacher Dienst	15	10	5	10	10	0	5	0	5	0	0	0

Stand: 1. Januar 2015 gerundete Werte												
Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwen-/ Witwergeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
sonstige/ Angst/ Arb	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Richter	190	120	75	160	110	50	20	5	20	10	5	5
höherer Dienst	190	120	75	160	110	50	20	5	20	10	5	5
Angestellte/ Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
höherer Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand: 1. Januar 2016 gerundete Werte												
Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwen-/ Witwergeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	7.900	4.495	3.400	6.985	4.255	2.730	750	160	590	160	80	80
Beamte im Schuldienst	2.545	740	1.805	2.340	625	1.715	155	95	65	45	20	25
höherer Dienst	1.035	380	655	960	345	615	55	25	30	15	10	5
gehobener Dienst	1.510	360	1.150	1.380	280	1.100	100	70	30	30	10	15
Beamte im Vollzugsdienst	3.385	2.595	790	2.910	2.540	375	400	20	380	70	35	35
höherer Dienst	105	95	15	95	90	0	10	0	10	0	0	0
gehobener Dienst	1.160	950	205	1.015	945	70	130	0	130	15	5	10

Stand: 1. Januar 2016
gerundete Werte

Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwen-/ Witwergeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
mittlerer Dienst	2.115	1.550	565	1.800	1.500	300	255	20	235	55	30	25
einfacher Dienst	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beamten in übrigen Bereichen	1.765	1.040	725	1.560	975	585	170	40	125	35	20	15
höherer Dienst	950	695	255	840	675	170	95	10	85	15	10	5
gehobener Dienst	575	285	290	510	255	255	50	20	30	10	10	5
mittlerer Dienst	225	50	175	195	35	160	20	15	10	10	5	5
einfacher Dienst	15	10	5	10	10	0	5	0	5	0	0	0
sonstige/ Angst/ Arb	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Richter	205	125	85	170	115	55	25	0	25	10	5	5
höherer Dienst	205	125	85	170	115	55	25	0	25	10	5	5
Angestellte/ Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
höherer Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2016

Stand: 1. Januar 2017
gerundete Werte

Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwen-/ Witwergeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	8.915	4.890	4.030	7.890	4.620	3.270	850	180	670	175	85	90
Beamte im Schuldienst	3.050	855	2.195	2.815	725	2.090	185	105	80	50	20	30
höherer Dienst	1.230	440	790	1.150	405	745	65	30	35	15	10	10
gehobener Dienst	1.820	410	1.410	1.665	320	1.345	120	80	40	35	15	20
Beamte im Vollzugsdienst	3.655	2.780	875	3.135	2.715	415	445	25	420	75	35	40
höherer Dienst	110	95	15	95	95	0	10	0	10	0	0	0
gehobener Dienst	1.240	1.010	230	1.080	1.000	80	145	0	140	15	5	10
mittlerer Dienst	2.305	1.675	630	1.955	1.620	335	290	25	265	60	30	30
einfacher Dienst	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beamten in übrigen Bereichen	1.985	1.120	860	1.755	1.055	700	190	45	145	35	20	15
höherer Dienst	1.025	740	285	910	720	190	105	10	95	15	10	5
gehobener Dienst	670	315	355	600	285	315	60	20	40	10	5	5
mittlerer Dienst	265	55	210	235	40	195	25	15	10	10	5	5
einfacher Dienst	20	10	5	15	10	5	5	0	5	0	0	0
sonstige/ Angst/ Arb	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Richter	230	135	95	185	125	60	30	5	30	10	5	5
höherer Dienst	230	135	95	185	125	60	30	5	30	10	5	5

Stand: 1. Januar 2017
gerundete Werte

Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt			Ruhegehalt			Witwen-/ Witwergeld			Waisengeld		
	Insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Angestellte/ Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
höherer Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017

7. V 6 Neuzugänge nach Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, Geschlecht und Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2014 bis 2016

Stand: 1. Januar 2015							
Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Neuzugänge insgesamt	1.040	465	570	465	305	250	20
Ruhegehalt	940	440	500	450	250	225	15
Dienstunfähigkeit	145	50	95	75	35	35	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	5	0	0	0	0	0	0
35 bis unter 45	10	0	10	0	5	5	0
45 bis unter 50	15	0	15	5	0	10	0
50 bis unter 55	30	5	25	25	5	5	0
55 bis unter 60	60	30	25	25	25	10	0
60 und älter	25	10	15	20	0	5	0
Besondere Altersgrenze	215	190	25	0	215	0	0
Besondere Altersgrenze – hinausgeschoben	0	0	0	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung / bei bes. AG	30	10	20	20	0	10	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2015							
Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
35 bis unter 45	0	0	0	0	0	0	0
45 bis unter 50	0	0	0	0	0	0	0
50 bis unter 55	0	0	0	0	0	0	0
55 bis unter 60	0	0	0	0	0	0	0
60 und älter	30	10	20	20	0	10	0
Antragsaltersgrenze – allgemein	260	65	195	240	0	20	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0
35 bis unter 45	0	0	0	0	0	0	0
45 bis unter 50	0	0	0	0	0	0	0
50 bis unter 55	0	0	0	0	0	0	0
55 bis unter 60	0	0	0	0	0	0	0
60 und älter	260	65	195	240	0	20	0
Regelaltersgrenze – gesetzlich	270	110	155	115	0	140	15
Regelaltersgrenze nach dem 67. Lebensjahr	0	0	0	0	0	0	0
Regelaltersgrenze – hinausgeschoben	15	10	5	0	0	15	0
Einstweiliger Ruhestand	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Gründe	5	5	0	0	0	5	0

Stand: 1. Januar 2015							
Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Witwengeld	75	10	65	10	50	15	5
Waisengeld	20	15	10	5	5	10	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand: 1. Januar 2016							
Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Neuzugänge insgesamt	995	500	495	405	340	225	20
Ruhegehalt	900	470	435	385	295	210	15
Dienstunfähigkeit	145	55	90	65	45	35	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0
35 bis unter 45	5	0	5	0	5	0	0
45 bis unter 50	15	5	10	5	5	5	0
50 bis unter 55	35	15	20	10	15	5	0
55 bis unter 60	50	25	25	25	15	10	0
60 und älter	35	10	25	25	5	5	0
Besondere Altersgrenze	245	215	30	0	245	0	0

Stand: 1. Januar 2016

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Besondere Altersgrenze – hinausgeschoben	0	0	0	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung / bei bes. AG	30	10	20	15	0	15	0
Im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0
35 bis unter 45	0	0	0	0	0	0	0
45 bis unter 50	0	0	0	0	0	0	0
50 bis unter 55	0	0	0	0	0	0	0
55 bis unter 60	0	0	0	0	0	0	0
60 und älter	30	10	20	15	0	15	0
Antragsaltersgrenze – allgemein	255	65	190	230	0	25	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0
35 bis unter 45	0	0	0	0	0	0	0
45 bis unter 50	0	0	0	0	0	0	0
50 bis unter 55	0	0	0	0	0	0	0
55 bis unter 60	0	0	0	0	0	0	0
60 und älter	255	65	190	230	0	25	0

Stand: 1. Januar 2016

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Regelaltersgrenze – gesetzlich	215	115	100	75	0	135	10
Regelaltersgrenze nach dem 67. Lebensjahr	0	0	0	0	0	0	0
Regelaltersgrenze – hinausgeschoben	5	5	0	0	0	5	0
Einstweiliger Ruhestand	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Gründe	0	0	0	0	0	0	0
Witwengeld	70	15	55	15	35	10	5
Waisengeld	25	15	10	5	10	5	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2016

Stand: 1. Januar 2017

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Neuzugänge insgesamt	1 085	460	620	520	300	240	20
Ruhegehalt	965	430	540	480	255	220	15
Dienstunfähigkeit	170	50	125	100	30	45	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0
35 bis unter 45	10	5	10	0	5	5	0

Stand: 1. Januar 2017							
Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
45 bis unter 50	15	5	10	5	5	5	0
50 bis unter 55	35	10	25	20	10	5	0
55 bis unter 60	50	15	35	25	15	15	0
60 und älter	55	15	40	45	0	10	0
Besondere Altersgrenze	220	195	25	0	220	0	0
Besondere Altersgrenze – hinausgeschoben	0	0	0	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung / bei bes. AG	40	15	30	25	0	15	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0
35 bis unter 45	0	0	0	0	0	0	0
45 bis unter 50	0	0	0	0	0	0	0
50 bis unter 55	0	0	0	0	0	0	0
55 bis unter 60	0	0	0	0	0	0	0
60 und älter	40	15	30	25	0	15	0
Antragsaltersgrenze – allgemein	330	75	255	300	0	30	0
im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 35	0	0	0	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2017

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
35 bis unter 45	0	0	0	0	0	0	0
45 bis unter 50	0	0	0	0	0	0	0
50 bis unter 55	0	0	0	0	0	0	0
55 bis unter 60	0	0	0	0	0	0	0
60 und älter	330	75	255	300	0	30	0
Regelaltersgrenze – gesetzlich	190	85	105	55	0	125	10
Regelaltersgrenze nach dem 67.Lj.	0	0	0	0	0	0	0
Regelaltersgrenze – hinausgeschoben	0	0	0	0	0	0	0
Einstweiliger Ruhestand	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Gründe	0	0	0	0	0	0	0
Witwengeld	90	25	70	30	40	15	5
Waisengeld	25	10	15	15	5	5	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017

8. V 8 Durchschnittsalter bei Einstellung der Zahlung von Ruhegehalt nach Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2007 bis 2016

Stand am 01.01. ...	Anzahl	Durchschnittsalter in Jahren				
		Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
2008	20	53,8	46,6	59,0	50,0	60,5
2009	30	58,9	53,8	59,7	61,9	•
2010	40	62,5	53,9	60,9	68,9	77,8
2011	30	59,4	55,5	60,1	62,0	56,0
2012	55	60,0	56,5	60,3	61,5	•
2013	65	62,2	54,0	61,4	65,9	73,7
2014	70	63,2	57,3	62,6	69,3	69,3
2015	85	63,6	57,4	64,1	67,8	71,3
2016	65	62,6	58,9	63,1	66,4	63,2
2017	90	64,1	59,8	64,2	67,4	72,0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar des jeweiligen Jahres

9. V 9 Durchschnittlicher Ruhegehaltssatz nach Laufbahngruppe, Einstufung und Art der Versorgung für die Jahre 2014 bis 2016

Stand: 1. Januar 2015 ohne Fälle mit 0,0 % Ruhegehaltssatz								
Laufbahngruppe/ Einstufung	Empfängerinnen/Empfänger von				Ruhegehaltssatz in Prozent			
	Insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld	insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld
Insgesamt	6.995	6.150	685	160	46,9	47,6	40,8	47,9
höherer Dienst	2.040	1.835	170	35	50,4	50,5	50,4	45,2
B 11	15	15	0	0	53,5	53,7	•	•
B 10	5	5	0	0	59,8	59,8	•	•
B 9	30	30	5	0	66,8	66,4	70,8	•
B 8	0	0	0	0	•	•	•	•
B 7	0	0	0	0	•	•	•	•
B 6	40	35	5	0	68,6	68,1	70,9	•
B 5	5	5	0	0	63,0	66,7	•	•
B 4	10	10	0	0	42,6	44,8	•	•
B 3	10	10	0	0	68,3	68,2	•	•
B 2	100	95	5	0	65,5	65,3	69,0	•
R 8	5	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 6	5	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 5	5	5	0	0	72,2	72,4	•	•
R 4	10	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 3	35	30	5	0	70,3	70,5	68,4	•
R 2	80	70	10	0	67,1	66,5	71,6	•
R 1	90	70	15	10	37,4	36,7	38,7	41,6
C 4	120	115	5	0	58,8	59,9	35,0	•
C 3	100	90	10	0	49,1	50,2	39,2	•
C 2	40	35	5	0	39,4	39,7	35,2	•
W 3	5	0	0	5	52,1	•	•	51,5
H 4	0	0	0	0	•	•	•	•
A 16 hD + Zulage	5	5	0	0	47,3	47,3	•	•
A 16 hD	155	145	10	0	57,7	57,3	62,9	•

Stand: 1. Januar 2015
ohne Fälle mit 0,0 % Ruhegehaltssatz

Laufbahngruppe/ Einstufung	Empfängerinnen/Empfänger von				Ruhegehaltssatz in Prozent			
	Insge- samt	Ruhege- halt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld	insge- samt	Ruhege- halt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld
A 15 hD	265	240	25	0	51,1	50,8	54,5	•
A 14 hD	180	155	20	5	49,7	50,0	48,9	42,3
A 13 hD	715	660	45	10	42,1	42,0	40,5	49,4
gehobener Dienst	2.825	2.520	255	55	44,8	45,4	38,3	46,4
A 15 gD L	5	5	0	0	37,1	37,1	•	•
A 14 gD L	50	50	0	0	41,5	41,5	•	•
A 13 gD L	190	170	15	5	40,9	41,6	32,6	37,0
A 14 gD S	0	0	0	0	•	•	•	•
A 13 gD S + Zulage	5	5	0	0	62,2	62,2	•	•
A 13 gD S	265	250	15	0	51,5	51,5	50,9	•
A 12	1.210	1.100	85	25	43,0	43,3	38,6	47,8
A 11	630	550	70	15	45,8	46,7	38,3	47,4
A 10 gD	335	285	45	5	45,0	46,6	34,5	47,0
A 9 gD	130	100	25	10	48,1	50,7	39,3	43,4
mittlerer Dienst	2.110	1.790	255	70	46,4	47,6	36,9	50,3
A 9 mD S + Zulage	190	185	10	0	42,5	43,1	28,7	•
A 9 mD S	1.245	1.070	155	20	45,2	46,6	34,7	49,0
A 8	460	370	60	25	49,7	51,1	40,8	50,3
A 7	195	145	25	20	50,3	51,5	42,4	52,2
A 6 mD	25	15	5	5	48,1	49,5	40,3	54,7
A 5 mD	0	0	0	0	•	•	•	•
einfacher Dienst	15	10	5	0	44,9	45,6	40,1	•
A 6 eD S	5	0	0	0	32,3	•	•	•
A5 + "A" ED	5	5	0	0	48,1	51,7	•	•
A 4	10	5	0	0	47,4	45,5	•	•

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand: 1. Januar 2016
ohne Fälle mit 0,0 % Ruhegehaltssatz

Laufbahngruppe/ Einstufung	Empfängerinnen/Empfänger von				Ruhegehaltssatz in Prozent			
	Insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld	insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld
Insgesamt	7.895	6.985	750	160	46,7	47,3	40,9	48,0
höherer Dienst	2.295	2.070	190	40	50,1	50,2	50,0	47,1
B 11	15	15	0	0	47,7	47,6	•	•
B 10	5	5	0	0	59,8	59,8	•	•
B 9	30	30	5	0	66,9	66,4	70,8	•
B 8	0	0	0	0	•	•	•	•
B 7	0	0	0	0	•	•	•	•
B 6	40	35	5	0	67,9	67,4	70,9	•
B 5	5	5	0	0	59,6	64,1	•	•
B 4	10	10	0	0	42,6	44,8	•	•
B 3	10	10	0	0	68,3	68,2	•	•
B 2	115	105	5	0	65,1	64,9	69,4	•
R 8	5	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 6	5	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 5	5	5	0	0	72,2	72,4	•	•
R 4	10	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 3	35	30	5	0	70,7	70,6	71,2	•
R 2	85	75	10	0	67,0	66,7	69,0	•
R 1	100	75	15	10	38,8	37,4	41,9	45,7
C 4	125	120	5	0	59,8	60,4	42,3	•
C 3	105	95	10	0	49,9	51,1	39,2	•
C 2	40	35	5	0	40,5	41,4	32,3	•
W 3	10	5	0	5	52,0	53,5	•	51,5
H 4	0	0	0	0	•	•	•	•
A 16 hD + Zulage	5	5	0	0	50,7	50,7	•	•
A 16 hD	170	160	10	0	57,0	56,7	62,0	•
A 15 hD	305	275	30	5	50,8	50,6	52,6	48,0
A 14 hD	195	170	20	5	48,7	49,0	48,9	42,3
A 13 hD	850	785	50	15	42,2	42,3	40,1	45,5
gehobener Dienst	3.245	2.905	280	55	44,7	45,2	38,8	46,9

Stand: 1. Januar 2016 ohne Fälle mit 0,0 % Ruhegehaltssatz								
Laufbahngruppe/ Einstufung	Empfängerinnen/Empfänger von				Ruhegehaltssatz in Prozent			
	Insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld	insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld
A 15 gD L	10	10	0	0	38,5	38,5	•	•
A 14 gD L	65	65	0	0	41,9	41,9	•	•
A 13 gD L	225	210	15	0	41,7	42,4	33,8	•
A 14 gD S	0	0	0	0	•	•	•	•
A 13 gD S + Zulage	5	5	0	0	62,2	62,2	•	•
A 13 gD S	295	275	20	0	50,7	50,7	51,2	•
A 12	1.400	1.280	90	30	42,9	43,1	38,9	47,8
A 11	715	625	80	15	45,8	46,6	39,9	47,5
A 10 gD	380	325	50	5	44,9	46,4	34,8	47,4
A 9 gD	140	110	30	5	47,9	50,6	37,5	46,6
mittlerer Dienst	2.340	1.995	280	65	46,2	47,4	36,8	49,5
A 9 mD S + Zulage	210	200	10	0	42,3	43,0	29,7	•
A 9 mD S	1.370	1.185	170	20	44,9	46,3	34,5	48,3
A 8	525	430	65	25	49,8	51,0	41,7	50,8
A 7	210	170	25	15	50,0	51,5	41,0	48,8
A 6 mD	25	15	5	5	48,1	49,5	40,3	57,0
A 5 mD	0	0	0	0	•	•	•	•
einfacher Dienst	20	15	5	0	45,7	46,6	40,1	•
A 6 eD S	5	5	0	0	40,4	44,8	•	•
A5 + "A" ED	5	5	0	0	48,1	51,8	•	•
A 4	10	5	0	0	47,4	45,5	•	•

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2016

Stand: 1. Januar 2017 ohne Fälle mit 0,0 % Ruhegehaltssatz								
Laufbahngruppe/ Einstufung	Empfängerinnen/Empfänger von				Ruhegehaltssatz in Prozent			
	Insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld	insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld
Insgesamt	8.915	7.890	850	175	46,6	47,1	41,3	49,2

Stand: 1. Januar 2017
ohne Fälle mit 0,0 % Ruhegehaltssatz

Laufbahngruppe/ Einstufung	Empfängerinnen/Empfänger von				Ruhegehaltssatz in Prozent			
	Insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld	insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld
höherer Dienst	2.595	2.340	215	45	50,0	49,9	50,2	49,4
B 11	15	15	0	0	45,1	44,8	•	•
B 10	5	5	0	0	62,2	62,2	•	•
B 9	35	30	5	0	67,1	66,8	70,8	•
B 8	0	0	0	0	•	•	•	•
B 7	0	0	0	0	•	•	•	•
B 6	40	35	5	0	68,0	67,6	69,9	•
B 5	5	5	0	0	57,3	60,5	•	•
B 4	10	10	0	0	42,6	44,8	•	•
B 3	10	10	0	0	68,3	68,2	•	•
B 2	120	115	10	0	65,1	64,8	69,7	•
R 8	5	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 6	5	5	0	0	71,8	71,8	•	•
R 5	5	5	0	0	72,2	72,4	•	•
R 4	10	5	5	0	71,2	70,9	71,8	•
R 3	40	30	5	0	70,4	70,6	68,8	•
R 2	100	85	15	0	66,4	66,0	68,8	•
R 1	110	85	20	10	39,8	38,7	41,5	47,0
C 4	135	125	10	0	60,6	61,4	45,9	•
C 3	120	105	10	0	51,0	52,1	40,6	•
C 2	45	40	5	0	41,8	43,2	30,9	•
W 3	10	5	0	5	52,0	53,5	•	51,5
H 4	0	0	0	0	•	•	•	•
A 16 hD + Zulage	5	5	0	0	50,2	50,2	•	•
A 16 hD	180	170	10	0	56,4	56,1	62,0	•
A 15 hD	340	310	30	5	50,2	50,2	51,6	45,1
A 14 hD	230	200	25	5	48,7	48,8	49,7	42,3
A 13 hD	1.005	930	60	10	42,7	42,7	40,9	48,5
gehobener Dienst	3.730	3.345	325	65	44,6	45,1	39,3	47,8
A 15 gD L	10	10	0	0	39,3	39,3	•	•

Stand: 1. Januar 2017 ohne Fälle mit 0,0 % Ruhegehaltssatz								
Laufbahngruppe/ Einstufung	Empfängerinnen/Empfänger von				Ruhegehaltssatz in Prozent			
	Insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld	insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld
A 14 gD L	75	75	0	0	42,5	42,6	•	•
A 13 gD L	265	250	15	0	42,3	42,9	34,5	•
A 14 gD S	0	0	0	0	•	•	•	•
A 13 gD S + Zulage	5	5	0	0	62,2	62,2	•	•
A 13 gD S	330	310	20	0	50,3	50,4	50,1	•
A 12	1.645	1.510	110	30	43,0	43,2	39,2	47,9
A 11	815	710	85	15	45,4	46,1	39,3	46,7
A 10 gD	425	355	60	10	45,2	46,3	37,6	51,0
A 9 gD	155	120	30	10	47,8	50,3	38,2	48,8
mittlerer Dienst	2.570	2.190	310	65	46,2	47,3	37,3	50,3
A 9 mD S + Zulage	220	210	15	0	41,8	42,4	32,1	•
A 9 mD S	1.490	1.280	190	20	44,7	46,0	35,3	49,3
A 8	605	495	75	30	50,0	51,2	42,2	51,1
A 7	225	190	25	10	49,9	51,1	39,9	50,8
A 6 mD	25	15	5	5	49,1	50,1	41,7	54,7
A 5 mD	0	0	0	0	•	•	•	•
einfacher Dienst	20	15	5	0	46,5	47,6	40,1	•
A 6 eD S	5	5	0	0	40,4	44,8	•	•
A5 + "A" ED	5	5	0	0	51,9	55,5	•	•
A 4	10	10	0	0	46,9	45,0	•	•

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017

10. V 11 Durchschnittliche Versorgungsbezüge im Monat Januar nach Laufbahngruppe, Einstufung und Art der Versorgung für die Jahre 2014 bis 2016

Stand: 1. Januar 2015 ohne Waisengeld				
Laufbahngruppe/Einstufung	Versorgungsempfängerinnen und -empfänger		Durchschnittliche Bruttobezüge im Januar in Euro	
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld
Insgesamt	6.155	685	2.035	972
höherer Dienst	1.835	170	2.898	1.666
B 11	15	0	7.000	•
B 10	5	0	6.892	•
B 9	30	5	6.340	4.043
B 8	0	0	•	•
B 7	0	0	•	•
B 6	35	5	5.249	3.446
B 5	5	0	4.334	•
B 4	10	0	3.068	•
B 3	10	0	4.712	•
B 2	95	5	4.122	2.221
R 8	5	0	6.528	•
R 6	5	0	5.915	•
R 5	5	0	5.514	•
R 4	5	0	5.362	•
R 3	30	5	4.940	2.260
R 2	70	10	4.088	2.346
R 1	70	15	2.084	1.337
C 4	115	5	4.144	1.465
C 3	90	10	2.984	1.429
C 2	35	5	2.163	1.214
W 3	0	0	•	•
H 4	0	0	•	•
A 16 hD + Zulage	5	0	3.074	•
A 16 hD	145	10	3.516	2.009

Stand: 1. Januar 2015
ohne Waisengeld

Laufbahngruppe/Einstufung	Versorgungsempfängerinnen und -empfänger		Durchschnittliche Bruttobezüge im Januar in Euro	
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld
A 15 hD	240	25	2.802	1.741
A 14 hD	155	20	2.481	1.342
A 13 hD	660	45	1.872	972
gehobener Dienst	2.520	255	1.806	809
A 15 gD L	5	0	2.046	•
A 14 gD L	50	0	2.070	•
A 13 gD L	170	15	1.870	883
A 14 gD S	0	0	•	•
A 13 gD S + Zulage	5	0	2.944	•
A 13 gD S	250	15	2.336	1.332
A 12	1.100	85	1.748	815
A 11	550	70	1.760	746
A 10 gD	285	45	1.613	689
A 9 gD	100	25	1.559	785
mittlerer Dienst	1.790	255	1.476	668
A 9 mD S + Zulage	185	10	1.469	576
A 9 mD S	1.070	155	1.471	640
A 8	370	60	1.476	691
A 7	145	25	1.506	745
A 6 mD	15	5	1.624	917
A 5 mD	0	0	•	•
einfacher Dienst	10	5	1.310	953
A 6 eD S	0	0	•	•
A5 + „A“ ED	5	0	1.408	•
A 4	5	0	1.388	•
sonstige/Angst/Arb	0	0	•	•
Sonstige	0	0	•	•

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand: 1. Januar 2016
ohne Waisengeld
gerundete Werte

Laufbahngruppe/Einstufung	Versorgungsempfängerinnen und -empfänger		Durchschnittliche Bruttobezüge im Januar in Euro	
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer- geld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer- geld
Insgesamt	6.985	750	2.045	980
höherer Dienst	2.070	190	2.893	1.640
B 11	15	0	5.560	•
B 10	5	0	7.058	•
B 9	30	5	6.271	4.119
B 8	0	0	•	•
B 7	0	0	•	•
B 6	35	5	5.303	3.512
B 5	5	0	4.981	•
B 4	10	0	3.126	•
B 3	10	0	4.772	•
B 2	105	5	4.199	2.296
R 8	5	0	6.678	•
R 6	5	0	5.927	•
R 5	5	0	5.618	•
R 4	5	0	5.413	•
R 3	30	5	5.046	2.799
R 2	75	10	4.174	2.302
R 1	75	15	2.150	1.262
C 4	120	5	4.236	1.797
C 3	95	10	3.097	1.454
C 2	35	5	2.303	1.135
W 3	5	0	4.032	•
H 4	0	0	•	•
A 16 hD + Zulage	5	0	3.335	•
A 16 hD	160	10	3.557	1.934
A 15 hD	275	30	2.854	1.700
A 14 hD	170	20	2.474	1.361
A 13 hD	785	50	1.913	924
gehobener Dienst	2.905	280	1.828	828

Stand: 1. Januar 2016
ohne Waisengeld
gerundete Werte

Laufbahngruppe/Einstufung	Versorgungsempfängerinnen und -empfänger		Durchschnittliche Bruttobezüge im Januar in Euro	
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld
A 15 gD L	10	0	2.172	•
A 14 gD L	65	0	2.113	•
A 13 gD L	210	15	1.925	829
A 14 gD S	0	0	•	•
A 13 gD S + Zulage	5	0	2.999	•
A 13 gD S	275	20	2.360	1.372
A 12	1.280	90	1.768	822
A 11	625	80	1.779	791
A 10 gD	325	50	1.626	720
A 9 gD	110	30	1.582	785
mittlerer Dienst	1.995	280	1.485	689
A 9 mD S + Zulage	200	10	1.483	563
A 9 mD S	1.185	170	1.477	661
A 8	430	65	1.490	725
A 7	170	25	1.516	766
A 6 mD	15	5	1.635	933
A 5 mD	0	0	•	•
einfacher Dienst	15	5	1.339	925
A 6 eD S	5	0	1.143	•
A5 + „A“ ED	5	0	1.432	•
A 4	5	0	1.412	•
sonstige/Angst/Arb	0	0	•	•
Sonstige	0	0	•	•

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2016

Stand: 1. Januar 2017
ohne Waisengeld
gerundete Werte

Laufbahngruppe/Einstufung	Versorgungsempfängerinnen und -empfänger		Durchschnittliche Bruttobezüge im Januar in Euro	
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld
Insgesamt	7.890	850	2.070	988
höherer Dienst	2.340	215	2.900	1.650
B 11	15	0	5.253	•
B 10	5	0	7.539	•
B 9	30	5	6.244	4.201
B 8	0	0	•	•
B 7	0	0	•	•
B 6	35	5	5.505	3.488
B 5	5	0	4.576	•
B 4	10	0	3.191	•
B 3	10	0	4.869	•
B 2	115	10	4.277	2.378
R 8	5	0	6.790	•
R 6	5	0	6.103	•
R 5	5	0	5.735	•
R 4	5	5	5.451	2.974
R 3	30	5	5.151	2.715
R 2	85	15	4.210	2.190
R 1	85	20	2.268	1.147
C 4	125	10	4.370	1.634
C 3	105	10	3.216	1.513
C 2	40	5	2.429	1.095
W 3	5	0	4.117	•
H 4	0	0	•	•
A 16 hD + Zulage	5	0	3.380	•
A 16 hD	170	10	3.593	1.982
A 15 hD	310	30	2.883	1.733
A 14 hD	200	25	2.523	1.409
A 13 hD	930	60	1.971	936
gehobener Dienst	3.345	325	1.860	830

Stand: 1. Januar 2017
 ohne Waisengeld
 gerundete Werte

Laufbahngruppe/Einstufung	Versorgungsempfängerinnen und -empfänger		Durchschnittliche Bruttobezüge im Januar in Euro	
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwer-geld
A 15 gD L	10	0	2.277	•
A 14 gD L	75	0	2.190	•
A 13 gD L	250	15	1.988	792
A 14 gD S	0	0	•	•
A 13 gD S + Zulage	5	0	3.061	•
A 13 gD S	310	20	2.377	1.335
A 12	1.510	110	1.808	825
A 11	710	85	1.798	802
A 10 gD	355	60	1.646	740
A 9 gD	120	30	1.603	786
mittlerer Dienst	2.190	310	1.506	701
A 9 mD S + Zulage	210	15	1.491	668
A 9 mD S	1.280	190	1.492	673
A 8	495	75	1.531	727
A 7	190	25	1.537	783
A 6 mD	15	5	1.734	1 039
A 5 mD	0	0	•	•
einfacher Dienst	15	5	1.362	867
A 6 eD S	5	0	1.163	•
A5 + „A“ ED	5	0	1.520	•
A 4	10	0	1.383	•
sonstige/Angst/Arb	0	0	•	•
Sonstige	0	0	•	•

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017

11. V 12 Neuzugänge wegen Dienstunfähigkeit nach Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2014 bis 2016

Stand: 1. Januar 2015			
Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich
Insgesamt	145	50	95
Beamte im Schuldienst	75	15	60
höherer Dienst	20	5	15
gehobener Dienst	55	10	45
Beamte im Vollzugsdienst	35	25	10
gehobener Dienst	5	5	0
mittlerer Dienst	30	20	10
Beamten in übrigen Bereichen	35	10	25
höherer Dienst	10	5	5
gehobener Dienst	15	0	15
mittlerer Dienst	10	0	10
Richter	0	0	0
höherer Dienst	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand: 1. Januar 2016			
Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich
Insgesamt	145	55	90

Stand: 1. Januar 2016			
Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich
Beamte im Schuldienst	65	10	55
höherer Dienst	15	0	15
gehobener Dienst	50	10	40
Beamte im Vollzugsdienst	45	35	10
gehobener Dienst	10	5	5
mittlerer Dienst	35	25	5
Beamten in übrigen Bereichen	35	10	20
höherer Dienst	5	0	0
gehobener Dienst	15	5	10
mittlerer Dienst	15	5	10
Richter	0	0	0
höherer Dienst	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2016

Stand: 1. Januar 2017			
Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich
Insgesamt	170	50	125
Beamte im Schuldienst	100	20	80
höherer Dienst	35	10	25
gehobener Dienst	65	10	55

Stand: 1. Januar 2017

Art des früheren Dienstverhältnisses/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich
Beamte im Vollzugsdienst	30	20	10
gehobener Dienst	5	5	0
mittlerer Dienst	25	15	5
Beamten in übrigen Bereichen	45	10	35
höherer Dienst	5	5	0
gehobener Dienst	20	5	20
mittlerer Dienst	15	0	10
Richter	0	0	0
höherer Dienst	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017

12. V 13 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nach Art der Mindestversorgung, Art der Versorgung, Laufbahngruppe und Geschlecht in den Jahren 2014 bis 2016

Stand; 1. Januar 2015

Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Mindestversorgung											
	Insgesamt	männlich	weiblich	keine			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	6.995	4.075	2.925	3.970	2.495	1.475	2.510	1.300	1.210	515	275	240
Ruhegehalt	6.155	3.845	2.310	3.770	2.445	1.325	1.950	1.145	805	430	250	180
höherer Dienst	1.835	1.125	710	1.490	935	555	30	10	20	310	180	135
gehobener Dienst	2.520	1.315	1.200	1.425	785	640	980	460	520	115	70	45
mittlerer Dienst	1.790	1.395	395	855	725	130	930	665	260	5	5	0
einfacher Dienst	10	10	5	0	0	0	10	10	5	0	0	0
sonstige/Ange- stellte/Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Witwengeld	685	150	535	150	30	120	470	105	365	70	15	50
höherer Dienst	170	35	135	115	20	95	10	5	5	50	15	35
gehobener Dienst	255	85	170	35	10	25	205	70	135	15	5	10
mittlerer Dienst	255	35	225	0	0	0	250	35	220	5	0	5
einfacher Dienst	5	0	5	0	0	0	5	0	5	0	0	0
Waisengeld	160	80	80	50	25	25	90	50	45	15	10	10
höherer Dienst	35	20	15	25	15	10	5	0	0	10	5	5

Stand; 1. Januar 2015												
Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich	Mindestversorgung								
				keine			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
gehobener Dienst	55	25	30	25	10	15	30	15	15	0	0	0
mittlerer Dienst	70	35	30	0	0	0	60	35	25	5	0	5
einfacher Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand; 1. Januar 2016												
Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich	Mindestversorgung								
				keine			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	7.900	4.495	3.400	4.540	2.725	1.815	2.820	1.480	1.340	540	290	250
Ruhegehalt	6.985	4.255	2.730	4.300	2.660	1.640	2.230	1.330	900	455	265	190
höherer Dienst	2.070	1.225	845	1.720	1.035	685	30	10	15	320	180	140
gehobener Dienst	2.905	1.485	1.425	1.675	865	815	1.100	535	565	130	85	45
mittlerer Dienst	1.995	1.535	460	905	760	145	1.085	770	315	5	5	0
einfacher Dienst	15	10	5	0	0	0	15	10	5	0	0	0
sonstige/Ange- stellte/Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Witwengeld	750	160	590	180	35	145	500	110	395	70	15	55

Stand; 1. Januar 2016												
Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich	Mindestversorgung								
				keine			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
höherer Dienst	190	40	150	125	20	105	10	5	5	50	15	40
gehobener Dienst	280	90	190	50	15	35	215	70	145	15	5	10
mittlerer Dienst	280	35	245	0	0	0	275	35	240	5	0	5
einfacher Dienst	5	0	5	0	0	0	5	0	5	0	0	0
Waisengeld	160	80	80	60	35	30	85	40	45	15	5	10
höherer Dienst	40	25	15	30	20	10	5	0	0	5	5	0
gehobener Dienst	55	25	30	30	15	15	25	10	15	0	0	0
mittlerer Dienst	65	30	35	0	0	0	55	30	25	5	0	5
einfacher Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2016

Stand; 1. Januar 2017												
Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Insgesamt	männlich	weiblich	Mindestversorgung								
				keine			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt	8.915	4.890	4.030	5.125	2.910	2.210	3.245	1.690	1.560	545	290	260
Ruhegehalt	7.890	4.620	3.270	4.835	2.830	2.005	2.595	1.525	1.070	460	265	195

Stand; 1. Januar 2017

Art der Versorgung/ Laufbahngruppe	Mindestversorgung											
	Insgesamt	männlich	weiblich	keine			amtsunabhängig			amtsabhängig		
				Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich
höherer Dienst	2.340	1.345	995	1.980	1.155	830	30	10	20	325	180	145
gehobener Dienst	3.345	1.605	1.740	1.930	905	1.025	1.285	620	665	130	85	45
mittlerer Dienst	2.190	1.660	530	920	770	150	1.265	885	380	5	5	0
einfacher Dienst	15	10	5	0	0	0	15	10	5	0	0	0
sonstige/Ange- stellte/Arbeiter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Witwengeld	850	180	670	215	45	170	565	120	445	70	15	55
höherer Dienst	215	45	170	145	25	120	10	5	5	55	15	40
gehobener Dienst	325	100	220	65	20	45	245	80	165	15	5	10
mittlerer Dienst	310	35	275	0	0	0	305	35	270	5	0	5
einfacher Dienst	5	0	5	0	0	0	5	0	5	0	0	0
Waisengeld	175	85	90	75	35	40	85	40	45	15	5	5
höherer Dienst	45	25	20	35	20	15	0	0	0	5	5	0
gehobener Dienst	65	25	35	35	15	20	30	10	15	0	0	0
mittlerer Dienst	65	35	35	5	5	5	55	30	25	5	0	5
einfacher Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017

13. V 14 Neuzugänge nach Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, Alter, Geschlecht und Art des früheren Dienstverhältnisses in den Jahren 2014 bis 2016

Stand: 1. Januar 2015							
Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Dienstunfähigkeit							
Zusammen	145	50	95	75	35	35	0
30	0	0	0	0	0	0	0
31	0	0	0	0	0	0	0
33	0	0	0	0	0	0	0
36	0	0	0	0	0	0	0
39	0	0	0	0	0	0	0
40	0	0	0	0	0	0	0
41	5	0	5	0	5	0	0
42	0	0	0	0	0	0	0
43	5	0	5	0	0	0	0
45	5	0	5	0	0	0	0
46	0	0	0	0	0	0	0
47	5	0	5	0	0	0	0
48	5	0	5	0	0	0	0
49	5	0	5	0	0	5	0

Stand: 1. Januar 2015

Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
50	10	5	5	5	0	0	0
51	5	0	5	5	0	0	0
52	5	0	5	5	0	0	0
53	5	0	5	5	0	0	0
54	5	0	5	5	0	0	0
55	5	5	5	5	5	0	0
56	10	5	5	5	5	0	0
57	15	10	5	5	5	5	0
58	15	5	10	5	5	5	0
59	15	5	5	10	5	0	0
60	10	5	5	5	0	5	0
61	5	0	5	5	0	0	0
62	0	0	0	0	0	0	0
63	5	0	5	5	0	0	0
64	0	0	0	0	0	0	0
65	5	0	0	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung/bei bes. Altersgrenzen							
Zusammen	30	10	20	20	0	10	0

Stand: 1. Januar 2015							
Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
60	5	0	5	0	0	0	0
61	5	0	5	5	0	0	0
62	0	0	0	0	0	0	0
63	15	5	10	10	0	5	0
64	5	5	0	5	0	0	0
65	0	0	0	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze – allgemein							
Zusammen	260	65	195	240	0	20	0
63	155	30	120	145	0	10	0
64	85	20	65	85	0	5	0
65	20	10	10	10	0	5	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2015

Stand: 1. Januar 2016							
Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Dienstunfähigkeit							
Zusammen	145	55	90	65	45	35	0
32	0	0	0	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2016

Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
33	0	0	0	0	0	0	0
36	0	0	0	0	0	0	0
37	0	0	0	0	0	0	0
38	0	0	0	0	0	0	0
42	0	0	0	0	0	0	0
43	0	0	0	0	0	0	0
44	0	0	0	0	0	0	0
45	5	0	0	0	0	5	0
46	0	0	0	0	0	0	0
47	5	0	5	0	0	0	0
48	0	0	0	0	0	0	0
49	5	0	5	0	5	0	0
50	5	0	0	0	5	0	0
51	5	5	5	0	5	0	0
52	5	0	5	0	5	0	0
53	5	5	5	5	5	0	0
54	10	5	5	5	5	0	0
55	5	5	5	0	5	0	0
56	10	5	5	5	5	0	0
57	15	5	5	5	0	5	0
58	10	5	5	5	5	5	0

Stand: 1. Januar 2016							
Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
59	10	5	5	5	5	0	0
60	15	5	10	10	5	0	0
61	5	0	5	5	0	0	0
62	5	0	5	0	0	0	0
63	5	0	0	5	0	0	0
65	5	0	0	0	0	0	0
66	0	0	0	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung / bei bes. Altersgrenzen							
Zusammen	30	10	20	15	0	15	0
60	10	5	10	10	0	0	0
61	5	0	5	0	0	5	0
62	0	0	0	0	0	0	0
63	5	0	5	5	0	0	0
64	5	5	0	0	0	5	0
65	5	0	0	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze – allgemein							
Zusammen	255	65	190	230	0	25	0
63	140	35	105	130	0	10	0
64	100	20	80	90	0	10	0
65	10	5	5	5	0	5	0
66	0	0	0	0	0	0	0

Stand: 1. Januar 2017							
Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
Dienstunfähigkeit							
Zusammen	170	50	125	100	30	45	0
33	0	0	0	0	0	0	0
36	0	0	0	0	0	0	0
37	0	0	0	0	0	0	0
40	5	0	5	0	0	5	0
41	0	0	0	0	0	0	0
42	5	0	0	0	0	0	0
43	0	0	0	0	0	0	0
44	0	0	0	0	0	0	0
45	0	0	0	0	0	0	0
46	5	0	5	0	0	5	0
47	5	0	0	5	0	0	0
48	0	0	0	0	0	0	0
49	5	0	0	0	0	0	0
50	10	5	5	5	0	0	0
51	5	0	5	5	0	0	0

Stand: 1. Januar 2017

Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
52	10	0	5	0	0	5	0
53	5	5	5	5	5	0	0
54	10	0	5	5	5	0	0
55	10	0	10	5	0	0	0
56	10	5	5	5	0	5	0
57	10	5	5	5	5	5	0
58	10	5	5	5	5	0	0
59	15	5	10	5	0	5	0
60	15	5	15	15	0	0	0
61	20	5	15	15	0	0	0
62	5	5	5	5	0	0	0
63	5	0	5	5	0	5	0
64	5	0	5	5	0	0	0
65	5	0	5	0	0	0	0
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung / bei bes. Altersgrenzen							
Zusammen	40	15	30	25	0	15	0
60	10	0	10	5	0	0	0
61	5	0	5	5	0	0	0

Stand: 1. Januar 2017

Alter beim Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Geschlecht		Art des früheren Dienstverhältnisses			
		männlich	weiblich	Beamte im Schuldienst	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in übrigen Bereichen	Richter
62	0	0	0	0	0	0	0
63	20	5	15	10	0	5	0
64	5	5	5	0	0	5	0
Antragsaltersgrenze – allgemein							
Zusammen	330	75	255	300	0	30	0
61	0	0	0	0	0	0	0
63	210	45	165	195	0	15	0
64	90	15	75	85	0	5	0
65	25	10	15	10	0	15	0
66	5	0	5	5	0	0	0

Quelle: Versorgungsempfängerstatistik am 1. Januar 2017



**Ministerium der Finanzen
des Landes Brandenburg**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel.: (03 31) 8 66-6007

E-Mail: pressestelle@mdf.brandenburg.de

www.mdf.brandenburg.de

